Die deutsche Landwirtschaft zur Zeit Caprivis und ihr Kampf gegen die Handelsverträge

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde genehmigt
von der Philosophischen Fakultät
der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin

von

Wilhelm Treue

aus

Berlin

Tag der Promotion: 31. Mai 1933
Tag der mündlichen Prüfung: 18. Febr. 1932

BERLIN 1933

387

Referenten: Prof. Dr. Hartung.
Prof. Dr. Oncken.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Inhaltsangabe.

Einleitung 5

I. Die Lage der deutschen Landwirtschaft um 1890

a) Die Kornfrage 10
b) Die Finanznot 23
c) Die Leutenot 29
d) Der landwirtschaftliche Betrieb 33

II. Der Beginn der neuen Wirtschaftspolitik
Der Abschluß des deutsch-österreichisch. Handelsvertrages 40

III. Die neue Zollpolitik und die deutschen Landwirte

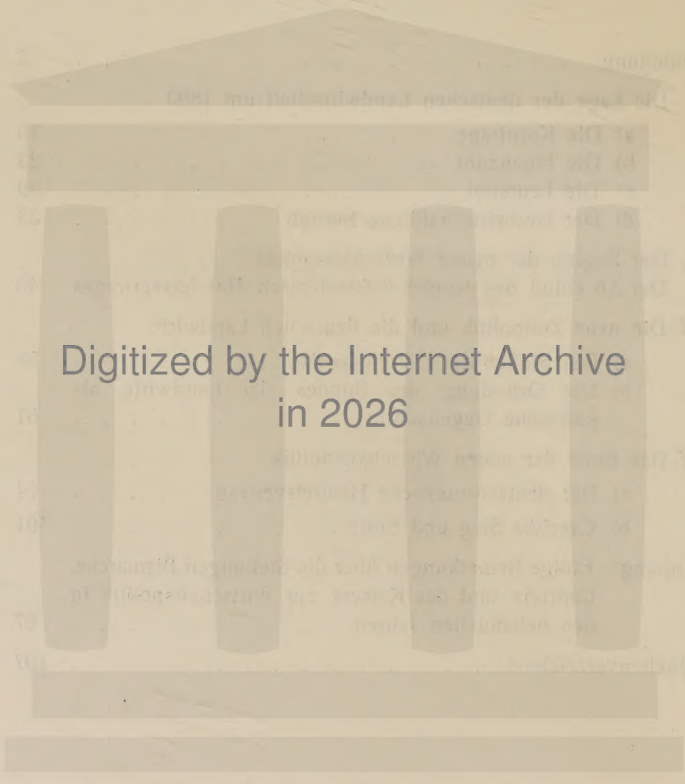
a) Das Sinken der Getreidepreise 58
b) Die Gründung des Bundes der Landwirte als politische Gegenaktion 61

IV. Das Ende der neuen Wirtschaftspolitik

a) Der deutsch-russische Handelsvertrag 74
b) Caprivis Sieg und Sturz 91

Anhang: Einige Bemerkungen über die Stellungen Bismarcks, Caprivis und des Kaisers zur Wirtschaftspolitik in den behandelten Jahren 97

Quellenverzeichnis 107



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41544301_0044

Einleitung.

Man ist gewohnt, von einer „Agrarkrisis der neunziger Jahre“[1]) zu sprechen. Und doch ist diese Bezeichnung nicht richtig, wenn man damit sagen will, daß die deutsche Landwirtschaft sich in der Gefahr des völligen Ruins befunden habe. Die Landwirtschaft hatte in jenen Jahren Nöte verschiedenster Art zu überstehen. Aber weder die Landwirte selbst noch die im Grunde adlig-agrarische Regierung und Verwaltung hielten diese Nöte für so tiefgehend, daß diese dem Bestand der deutschen Landwirtschaft hätten gefährlich werden können.

Seit Jahrzehnten bedrückten die Landwirte verschiedene Ungelegenheiten, deren wichtigste folgende waren:

1. Die Konkurrenz des getreidebauenden Auslandes, nicht allein auf dem entstehenden Weltmarkte, vielmehr ebenso auf dem deutschen Binnenmarkte. Diese bedrückende Konkurrenz erstand nicht von einem Jahre zum anderen, sie steigerte sich in ihrer Wirkung alle die Jahre hindurch. Und mächtiger als ihre tatsächliche Wirkung war für den Landwirt die immerwährende Aussicht, die ausländische Konkurrenz ins Unermeßliche anwachsen und den deutschen Getreidebau erdrücken sehen zu müssen. Vom Großvater hörte der Enkel, wie einst der Landwirtschaft ein bedürftiger deutscher Markt zur Verfügung gestanden, wie sogar das Ausland sich in reichem Maße des deutschen Kornes bedient habe — der Vater schon erzählte ihm jedoch klagend, daß diese schönen Zeiten vorüber seien, daß der Export bis auf ein Geringes aufgehört habe und fremdes Getreide aus überseeischen Ländern auch den deutschen Markt zu erobern beginne. Was seine Vor-

[1]) Beckmann kennt sogar „Die Zeit der großen Agrarkrise von 1870—1900“, „Die Agrarkrise von 1875—1900“ und „die Epoche der Agrarkrise von 1880—1900“ Fritz Beckmann, „Der Bauer im Zeitalter des Kapitalismus“, in Schmollers Jahrbuch 1926 (50 II) S. 726 und 738.

fahren ihm erzählten, sah der Enkel mit immer größerer Eile sich erfüllen: Die Einfuhr des ausländischen Getreides nahm zu, die Preise sanken und es schien die Zeit bevorzustehen, da der Erlös den Aufwand an Arbeit und Geld zu decken nicht imstande sein würde.

2. Nicht dies allein war es, was den Landwirt bedrückte. Aus mancherlei Gründen hatte er Hypotheken auf seinem Besitz ruhen und auch persönlichen Kredit beansprucht. In guten Jahren, wenn die Preise und die Menge der Ernte den Ertrag des Gutes vorteilhaft gestalteten, war es nicht schwierig, die Zinsen für das geliehene Kapital zu zahlen — zumal die älteren Schulden eine verhältnismäßig niedrige Verzinsung erforderten. Wenn aber die Preise sanken, Mißernten außerdem die Menge des Geernteten verringerten, wurden die Zinsen zu einer drückenden Mehrbelastung. Neue Kapitalien wurden aufgenommen, um alte verzinsen zu können, häufig auch zu anderen Zwecken, die gleichfalls keinen Ertrag abwarfen. Und dieses neue Kapital wurde teurer als das frühere, sei es, weil der Zinsfuß allgemein stieg, sei es, weil es nur noch mit geringerer Sicherheit ausgeliehen wurde. Die Schuldenlast stieg, mit ihr stiegen die Zinsforderungen, die an eine vom Auslande her geschwächte Landwirtschaft gestellt wurden.

3. Dazu kam ein dauernd sich steigernder Mangel an Arbeitskräften. In den Städten gab es Arbeitslose, aber auf dem Lande fehlten die Hände auch für die einfachsten Arbeiten. Je mehr die Industrie sich entwickelte, je stärker sich das Leben in den Städten konzentrierte, um so eiliger wurde der Zug zur Stadt. Geldlohn statt Naturallohn zu erlangen, außerdem besser entlohnt zu werden für eine auf bestimmte Stunden beschränkte Arbeit und daneben alle Möglichkeiten des Vergnügens und der Gesellschaft zu haben, von denen die Städte voll waren — das überwog gewöhnlich die verwandtschaftlichen Bindungen —, abgesehen von den Schwierigkeiten, die bei einer Ansiedlung zu überwinden waren. Und sicher hofften viele, nicht ihr Leben in der Stadt zu beschließen, sondern einst, zu einem behäbigen Wohlstande gelangt, geschätzt unter ihren alten Freunden eines mühelosen und sorgenfreien Alters sich zu erfreuen. Einigen gelang es, diesen Wunsch sich zu erfüllen. Sie wurden

zu neuen Wegweisern in die Städte. Und wer nicht ein Opfer ihrer Erzählungen wurde, der lernte in seiner Militärzeit vielleicht das städtische Leben so hoch schätzen, daß er kein Verlangen trug, frühzeitig in seine Heimat zurückzukehren. Den Landwirten wurden auf diese Art ihre Knechte und Mägde, oft auch ihre Söhne und Töchter genommen. Wollten sie nicht ihren Besitz allein bebauen, wozu sie sich oft nicht imstande fühlten, weil sie zu alt oder die Ländereien zu ausgedehnt waren, so mußten sie durch immer wiederholte Lohnsteigerungen sich bemühen, den Wohlstand des ländlichen Arbeiters dem des städtischen zu nähern, damit sie überhaupt Arbeiter fanden. Und dieser Mehraufwand wiederum fiel in eine Zeit, die täglich neue und gesteigerte Anforderungen stellte ohne bessere Früchte und höheren Lohn zu bieten als frühere Jahre.

4. Daß um diese Zeit der Zustand der Äcker und des Viehes wenn nicht zurückging, so doch häufig genug stehen blieb auf einer Stufe, die den Anforderungen nicht mehr genügte, wird aus mehreren Gründen verständlich. Es fehlten die Arbeiter, die das Land pflegen und das Vieh warten konnten. Es fehlte an Geld, um Maschinen kaufen zu können, die den Arbeiter bis zu einem gewissen Grade — keineswegs ganz — entbehrlich machten. Die Maschinen waren zu teuer, ihre Konstruktion gewöhnlich so kompliziert, daß ihre Bedienung für einen einfachen Landarbeiter unmöglich war. Und diese Kompliziertheit verursachte außerdem eine zu große Zahl von Reparaturen, die viel Geld kosteten und den Arbeitsgang störten. Die Folge war, daß der vernachläßigte Acker Früchte von geringerem Werte und in kleinerer Menge trug als bisher — in Jahren, da der Landwirt mehr Geld brauchte als früher, um allen Bedürfnissen gerecht werden zu können.

Es ist klar: alle diese Umstände wirkten zusammen, sie faßten ineinander, einer bewirkte den anderen. Infolge der durch ausländische Konkurrenz geringer gewordenen Getreidepreise hatte man seltener die Möglichkeit zur Beschaffung von menschlichen oder maschinellen Arbeitskräften. Geringere Hilfsmittel bewirkten die Vernachlässigung der Äcker. Der vernachlässigte Acker rächte sich durch geringere Erträge. Und wieder waren die Einnahmen gesunken. Es ist

nicht verwunderlich, daß die Landwirte selbst in dieser Zeit von einer Krisis sprachen. Sie hörten, daß ihre Eltern und Voreltern in einem gesicherten Wohlstande gelebt hatten, sie sahen diesen Wohlstand schwinden und fühlten sich eingeordnet in eine neue Welt, in der mehr als bisher um das Leben gestritten werden mußte, da die Konkurrenz eine gesteigerte war. Sie bemerkten zugleich aber mit Mißvergnügen, daß es ihnen allein schlecht zu gehen schien. Die Industrie stieg zu ungeahnter Bedeutung heran, es gab Menschen, die ihr eine größere Zukunft weissagten als der Landwirtschaft. Und mit der Industrie erwuchs eine neue Art Menschen, mit einem geringeren Sinn für die Werte der Tradition, der Familie, des Grundbesitzes und des vererbten Eigentums. Der Landwirt sah sich zurückgestoßen, verdrängt. Bismarck half ihm zwar erheblich durch die Einführung der Schutzzollpolitik. Aber die Klagen, die vor 1879 begonnen hatten hörten nach 1887 nicht auf. Der Landwirt suchte von sich aus seine Lage zu bessern. In Selbsthilfeverbänden begann er sich zu schaffen, was ihm der Staat nicht gewähren konnte oder wollte: Kredit- und Anschaffungsgenossenschaften, Verkaufs- und Einkaufsvereine. Durch die Intensivierung des Betriebes, die Anwendung von künstlichem Dünger, eine bessere Fruchtwechselwirtschaft suchte man die Rentabilität zu erhöhen. Die Landwirtschaft schuf sich Einrichtungen, mit denen sie wohl die schlechten Zeiten erträglich zu gestalten hoffte. Sie fühlte in sich die Kraft, zu leben und die Notstände zu überwinden.

Da aber traf sie ein Schlag, der mindestens so sehr psychologisch wie wirtschaftlich zu werten ist. Bismarck hatte zurücktreten müssen, ein Mann, der den Schutz der Landwirtschaft zu einer seiner Aufgaben gemacht hatte, der selbst als Landwirt zu ihr gehörte, und daher ein noch gesteigertes Vertrauen besaß. Sein Nachfolger wurde ein Mann, von dem man wußte, daß er nicht Grundbesitzer war, der auch durch keine Leistung von vornherein die Stimmung der Landwirte für sich hatte. Und dieser neue Mann begann unter dem jungen Kaiser einen „neuen Kurs", der auf wirtschaftlichem Gebiete die Werte der Landwirtschaft zu leugnen, die der Industrie ins Ungebührliche zu erhöhen schien. Nun faßte der Landwirt alle seine Beschwerden

zusammen, er sah, wie sehr sie vereint ihn drückten. Aber was er in dem Ansehen, zum wichtigsten Stande des Vaterlandes zu gehören, mit Stolz zu tragen bereit war, wurde unerträglich, wenn die Landwirtschaft nur gut war, um mit Opfern der sich dehnenden Industrie neue Vorteile zu erkaufen. Ein Gefühl völliger Verlassenheit bemächtigte sich der Landwirte. Hatten sie schon Notzeiten unter Bismarcks Schutz erlebt, so sahen sie jetzt in eine gefahrvolle Zukunft, in der sie, dieses Schutzes entbehrend, neuen Anforderungen nicht gewachsen sein und untergehen würden. So ist die ganze Agitation gegen die Handelsverträge von 1892 bis 1894 zu verstehen. Jeder Handelsvertrag schien wie ein Schritt näher dem Untergange. Daß gerade in diesen Jahren die Kornpreise besonders tief sanken, hielt man — zu Unrecht — für eine Wirkung eben der Verträge. Und leicht schien es zu errechnen, daß die Landwirtschaft unter dem amerikanischen, dem russischen und dem südosteuropäischen Getreide ersticken müsse. Diese Befürchtungen genügten, um aus dem konservativsten Teile der Bevölkerung einen erbitterten Gegner der Regierung und ganz besonders des Mannes zu machen, der mit seinem Namen den „neuen Kurs" deckte, der und dessen Beamte die Verträge mit den anderen Staaten in einem neuen Geiste vereinbart hatten. Und je länger der Kampf dauerte, der nur von einer Seite heftig geführt werden konnte, umso mehr wurde Caprivi zum Symbol. Wenn er gestürzt war — so schien es — konnten neue, bessere Zeiten beginnen, vorher nicht.

Tatsächlich aber war die Notlage nicht erdrückend. Durch die Selbsthilfeverbände war die innere Lage der Landwirtschaft gefestigt gegen Notstände; der Bund der Landwirte bot seit 1893 die Möglichkeit einer einigen Vertretung nach außen gegen den Staat und die Parteien. Als sich später zeigte, wie gering die Schäden durch die Handelsverträge waren, wurde auch die innere Stärkung der Landwirtschaft deutlich, die sie in den Jahren des parlamentarischen Kampfes gegen Caprivi erfahren hatte.

I. Die Lage der deutschen Landwirtschaft um 1890.

a) Die Kornfrage.

Seit der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts hatten die Fortschritte der Technik es ermöglicht, den Bau und den Betrieb von Dampfschiffen und Eisenbahnen bedeutend zu verbilligen. Die Folge davon war, daß nun nicht mehr allein hochwertige Edelgüter und Fertigfabrikate von Kontinent zu Kontinent rentabel befördert werden konnten, sondern auch Massenartikel von verhältnismäßig geringem Wert und Rohprodukte traten in den Austausch ein zwischen weit entfernten Ländern.

Einer dieser Massenartikel war das Korn, Weizen sowohl wie Mais und Roggen. Hatten bisher die einfuhrbedürftigen Länder Europas ihren Bedarf hauptsächlich aus Rußland, den südosteuropäischen Ländern und dem östlichen Deutschland gedeckt, so traten nun die neuen Angebote hinzu aus Indien, Nordafrika, Südamerika, besonders aber aus Nordamerika, aus den Vereinigten Staaten und Kanada.

Von der amerikanischen Konkurrenzmöglichkeit machte man sich in den ersten Jahren des überseeischen Angebotes phantastische Vorstellungen. Die Farmer Nordamerikas arbeiteten unter den günstigsten Verhältnissen, weit vorteilhafter als die Bauern Europas.[2]) Sie waren in der Lage, Korn in großen Mengen zu produzieren, ihr Getreide war bei weitem gleichmäßiger[3]) in seiner Güte als das europäische. Männer, die in jenen Jahren Studienreisen nach den Vereinigten Staaten unternahmen, erzählten von umfassenden Meliorationsplänen der Regierungen, von Bewässerungsanlagen, durch die riesige wüstenhafte Gebiete in frucht-

---

[2]) Louis Demeaux, Der deutschen Landwirtschaft Notlage, Osterwieck 1890, S. 3.

[3]) H. Mahraun, Der landwirtschaftliche Notstand, seine Gründe und seine Heilung, Berlin 1889, S. 10.

barstes Ackerland verwandelt werden sollten. Das allein in den Vereinigten Staaten zum Kornbau zur Verfügung stehende Land betrug nach einer Schätzung[4]) 120 bis 140 Millionen Hektar. „Das in Kanada noch freie pflugbare Land ist aber noch viel größer". Und ein anderer Reisender[5]) — Wohltmann — der 1893 eine Studienreise nach den Vereinigten Staaten unternommen hatte, erklärte, daß „für die nächste Zukunft eine erhebliche Abschwächung der amerikanischen Weizenkonkurrenz noch nicht in Aussicht stehe." Ja, man könnte, wie viele meinten, eher mit einem gesteigerten Angebot rechnen. Die durchschnittliche Weizenernte in den Vereinigten Staaten sei zweifellos noch steigerungsfähig, sie könne sich in den nächsten zwanzig Jahren verdoppeln.[6])

1890 machte sich die Gefahr des Preissturzes, hervorgerufen durch ein Überangebot von Getreide, noch nicht bemerkbar. Schlechte Ernten, über die Mehrzahl der getreidebauenden Länder verbreitet, sorgten vorerst noch für ein Steigen der Korn- und Mehlpreise. Der Großhandelspreis in Berlin für Weizen, der 1886 noch 151 Mark betragen hatte, war 1889 schon bei 188 Mark per t[7]) und stieg 1891 auf 224 Mark. Und in London war der Preis:[8])

1887—1889	31 sh	4 d
1888—1890	31 sh	2 d
1889—1891	32 sh	11 d
1890—1892	33 sh	1 d.

Vorläufig machten sich auch noch nicht die Transportverbilligungen in dem Maße bemerkbar, wie sie es in den späteren Jahren taten — worauf noch zurückzukommen sein wird. Immerhin sah man schon die ersten Zeichen dieser Erscheinung. Und die verheerenden Folgen für den europäischen Markt waren leicht vorauszusehen, wenn etwa die Verkehrsverbilligungen zusammentrafen mit reichlichen Ernten: erheblich

---

4) Martin Wilckens, Nordamerikanische Landwirtschaft, Tübingen 1890, S. 271 f.

5) F. Wohltmann, Landwirtschaftliche Reisestudien über Chicago und Nordamerika, Breslau 1894.

6) Wilckens a. a. O. S. 272.

7) Meitzen, Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des Preußischen Staates, Bd. 8, 1908, S. 373.

8) Oskar Stillich, Die englische Agrarkrisis, Jena 1899, S. 37

sinkende Preise für alle Getreidesorten waren das sichere Ergebnis. Die durchschnittliche Fracht per Tonne und Meile in den Vereinigten Staaten betrug 1882 1,24 cts., sie sank in den folgenden Jahren bis 1890 auf 0,93 cts.[9]) Gleichzeitig wurde das Eisenbahnnetz ausgebaut, das immer neue Gebiete der Landwirtschaft erschloß und das Angebot noch weiter steigerte. Vorläufig hielten sich die Preise noch überall. Der Druck des amerikanischen Angebotes beherrschte noch nicht die europäischen Märkte. Auch in Rußland, wo sich die Mißernten besonders auswirkten, stiegen vorerst noch die Preise. Sie zeigten jedoch bereits die Tendenz, in normalen Jahren nachzugeben. Die lokalen Getreidepreise in Rußland per Pud in Kopeken waren:[10])

	Winterweizen		Sommerweizen		Roggen	
	I	II	I	II	I	II
1889	79	93	77	87	51	69
1890	68	82	67	78	50	68
1891	118	123	120	119	118	124

So waren also Anzeichen vorhanden, die ein gesteigertes ausländisches Angebot, mit den Folgen der Preissenkung und des Kampfes um die Märkte, für die nahe Zukunft in Aussicht stellten. Daß die bisherigen niedrigen Zölle ohne Einfluß auf die Preisgestaltung geblieben waren, hatte sich schon 1887 gezeigt.[11]) Seit dem Beginn der achtziger Jahre waren die Preise stetig gefallen.

1887 waren die Zölle erhöht worden. Die Erhöhung wurde ausdrücklich verlangt zum Schutze der deutschen Landwirtschaft gegen die ausländische Konkurrenz — gegeben wurde sie allerdings, wie Marschall am 26. Februar 1894 im Reichstage sagte — „um Rußland ein paroli zu bieten für die Erhöhung der Eisenzölle im Frühjahr 1887". Die deutschen Landwirte selbst hielten sich nicht mehr für stark genug, um ohne staatliche Hilfe der ausländischen Konkurrenz Widerstand

---

[9]) Franz v. Juraschek, Übersichten der Weltwirtschaft, Jahrg. 1890 bis 1902, Abt. 1, München 1905, S. 25, Anm. 1.

[10]) Juraschek, a. a. O. S. 51.

[11]) von Marcard, die Ergebnisse der preußischen Landwirtschaft in den Jahren 1887 und 1888, Berlin 1890 S. 32.

leisten zu können. „Gegen die erdrückende ausländische Konkurrenz gibt es nur den ausreichend hohen Schutzzoll“,[12]) sagte man 1890. Und diese Ansicht behielt man in den landwirtschaftlichen Kreisen seitdem bei. Man vertrat sie in späteren Jahren mit steigender Heftigkeit im Reichstage, je mehr sich zeigte, daß die Regierung niedrigere Zollsätze für ausreichend hielt als die Landwirte. Den freihändlerischen Standpunkt noch der siebziger Jahre hatte man — zum größeren Teil wegen der tatsächlich vorhandenen Schwierigkeiten, teils aber auch aus Bequemlichkeit — gründlich aufgegeben.

Süddeutsche Landwirte, die unter dem ausländischen Kornangebot weniger litten als die nord- und ostdeutschen, da ihre Absatzgebiete entfernter von den Häfen lagen und ihr Angebot nicht so groß war, wie das der ausgesprochen agrarischen Gebiete Deutschlands, betonten, daß die Mehrzahl der Landwirte auf Getreidebau und Viehhaltung angewiesen sei. Auch sie hielten es für fast unmöglich „bei der bisherigen Entwertung der Bodenfrüchte“[13]) die Landwirtschaft auf der Höhe zu erhalten. Darüber war man sich einig, daß die Krisis keine vorübergehende war, die man allein durch Selbsthilfe, durch zeitweise Einschränkung des Betriebes hätte überstehen können. Und da man sah, daß die Industrie trotz ihres dauernden Aufblühens von Zöllen geschützt wurde, konnte man, wie die Landwirte glaubten, „mit guten Gewissen uns Landwirten noch viel weniger in unserer gedrückten Lage zumuten, daß wir dieselben entbehren sollen“.[14]) Um so mehr aber glaubten die Landwirte berechtigt zu sein zu der Forderung von Zöllen, als das Ausland die Zölle tragen müsse. Eine Einfuhr von ausländischem Getreide schien unmöglich, wenn dieses nicht wenigstens um die Höhe des Zollsatzes billiger war als das deutsche Getreide.[15]) So verteure also der Zoll nicht das deutsche Getreide, er sorge nur dafür, daß der Preis auf einer für den deutschen Landwirt tragbaren Höhe und der deutsche

---

[12]) L. Demeaux, a. a. O. S. 24.

[13]) Franz Engelheim, Unsere landwirtschaftlichen Zustände, Stuttgart 1890, S. 5.

[14]) Derselbe, S. 262.

[15]) Immanuel Hoffmann, Die Hoffnung der Getreidebörsen, Düsseldorf 1890, S. 6.

Markt dem deutschen Landwirte wenigstens bis zu einem gewissen Grade gesichert bliebe. Hoffmann behauptete sogar, daß die Zölle von 1887 das Getreide verbilligt hatten: „Die Zölle hatten die Wirkung eines Ausfuhrverbotes für Getreide“.[16])

Ob der Zoll preissteigernd oder nur preiserhaltend wirkte, ob nicht schon die Erhaltung eines Preises, der über dem des Weltmarktes lag, eine ungerechtfertigte Verteuerung des Lebens für den Verbraucher bedeute, oder ob der Verbraucher diese Verteuerung hinnehmen müsse, damit die Landwirtschaft dem Staate erhalten bliebe — das wurden nun Fragen, die in den folgenden Jahren immer wieder erwogen und beantwortet wurden. Zu einer Klärung kam man dabei nicht. Denn zu sehr war jede Stellungnahme parteilich bedingt, als daß man mehr hätte sagen können als: die Landwirtschaft ist zwar so wichtig, daß sie erhalten werden muß; aber die nur verbrauchende Bevölkerung, die in ihrer Zahl dauernd zunimmt, ist berechtigt, das Korn so billig zu kaufen, wie immer es möglich ist. Gegen die Behauptung, „einer Zollpolitik“ in dem verteuernden Sinne „wird die deutsche Landwirtschaft vermutlich niemals mehr entraten können“,[17]) der Forderung einer Subvention für die Landwirtschaft für alle Zeiten, unabhängig vom jeweiligen Preise, traten immer wieder die Vertreter der städtischen Bevölkerung auf. Unter dem bezeichnenden Pseudonym „Mercator“[18]) wies einer von ihnen 1890 darauf hin, daß der Zoll nicht nur die Preisschwankungen nicht aufgehoben habe, sondern daß er auch entgegen den agrarischen Behauptungen das Brot verteuere. Denn die deutsche Landwirtschaft sei nicht mehr in der Lage, das deutsche Volk zu ernähren. „Wenn“, so sagte er, „der Bedarf an Getreide für Deutschland 17 Millionen Tonnen beträgt, die eigene Produktion aber 14 Millionen Tonnen, so ist das Bedürfnis einer Einfuhr von 3 Millionen Tonnen vorhanden, für welche heute der Zoll bezahlt werden muß.“ Außerdem würde aber noch deutsches Korn ausgeführt, für das eine entsprechende Menge ausländischen Getreides mehr eingeführt werden müsse. Der Zoll ver-

---

[16]) Immanuel Hoffmann, a. a. O. S. 8.

[17]) H. Mahraum, a. a. O. S. 33.

[18]) Mercator, Die Hoffnung der Landwirtschaft und des Handels in den östlichen Provinzen, Danzig 1890, S. 8 f.

teuerte also das Getreide und mithin das Brot. Tatsächlich war das ja auch der Zweck der Schutzzölle. Sie sollten, als eine indirekte Steuer vom Verbraucher erhoben, den Landwirten zugute kommen.

Die Bevölkerung wuchs in jenen Jahren so schnell, daß die deutsche Landwirtschaft auch bei Benutzung aller vorhandenen Meliorationsmöglichkeiten nicht in der Lage war, das deutsche Volk zu ernähren. Die Zahlen für die Erntemenge in Deutschland und für die reine Einfuhr (nach Abzug der deutschen Ausfuhr und der dafür nötigen Einfuhr) sind für die Jahre 1888 bis 1897:[19])

	Erntemenge Weizen u. Roggen t	Reine Einfuhr
1888—1889	8 053 582	1 344 052
1889—1890	7 735 839	1 421 677
1890—1891	8 698 999	1 301 028
1891—1892	7 116 561	2 206 833
1892—1893	9 990 591	1 014 492
1893—1894	10 455 206	922 429
1894—1895	10 087 291	1 903 421
1895—1896	9 403 315	2 228 038
1896—1897	10 240 705	2 104 675

In einem Aufsatz[20]) wurde zwar 1895 behauptet, Deutschland habe „im Durchschnitt der letzten drei Jahre bereits annähernd 10 Prozent mehr Brotgetreide erzeugt, als bei Wegfall jeden Imports zur Ernährung der einheimischen Bevölkerung erforderlich war." Die Auslandseinfuhr habe die inländische Ernte vom Lebensmittelmarkt verdrängt und „trieb unser Brotgetreide in die Vieh- und Schweineställe." Das bewies aber nur, vorausgesetzt, daß die Rechnung richtig war, (sie war falsch), daß Deutschland Brotgetreide oder Futtermittel einführen mußte, daß es also nicht ausschließlich von der eigenen Produktion sich zu ernähren imstande war. Aber nicht nur die Steigerung der Bevölkerungssumme forderte eine größere Kornmenge. Auch der allgemeine Wohlstand hob sich in diesen Jahren. Das zeigt sich

---

[19]) Nachrichten vom Deutschen Landwirtschaftsrat, II. Jahrg. Nr. 9, 1897, S. 281, 282.

[20]) Edmund Klapper, Weiteres zur Verstaatlichung der Getreideeinfuhr, in „Fühlings Landwirtschaftiche Zeitung" 1895 Nr. 4.

in dem Korn-(Mehl-)verbrauch pro Kopf der Bevölkerung.[21])

1888—1889	169 kg	1892—1893	192 kg
1889—1890	160 kg	1893—1894	196 kg
1890—1891	175 kg	1894—1895	208 kg
1891—1892	161 kg	1895—1896	198 kg
		1896—1897	208 kg

Daß die deutsche Landwirtschaft den Bedarf einer so rasch wachsenden Bevölkerung „zu den Freihandelspreisen und überhaupt zu angemessenen Preisen nicht mehr erzeugen kann",[22]) das wurde allgemein eingesehen.

Die Landwirte aber waren zum Teil der Ansicht, daß Deutschland sich selbst ernähren könne; außerdem waren sie zur Rechtfertigung ihrer Zölle gezwungen, zu behaupten, daß sie genügend Getreide bauen könnten. Sie bezeichneten es als eine „Irrlehre der Freihändler . . ., daß die deutsche Landwirtschaft unter allen Umständen außerstande sei, den gesamten Bedarf des deutschen Volkes an Brotgetreide auf eigenem Boden zu produzieren".[23]) Man forderte nur Produktionsbedingungen, d. h. Preise, die den Kornbau lohnend machten. Dann würde die Landwirtschaft „in wenigen Jahren ihre Produktion so steigern, daß das eine Zehntel des deutschen Bedarfes an Brotkorn, welches heute noch aus dem Auslande eingeführt werden muß, auf eigenem Boden gebaut werden würde".[24]) Denn die landwirtschaftliche Produktion war nicht eine feststehende Größe. Hatte Thaer 1812 die Erträge in Deutschland pro Morgen für Weizen auf 5,8 Zentner, Roggen auf 4,8, Gerste auf 4,2, Hafer auf 2,5 geschätzt, so waren sie in den folgenden hundert Jahren bis 1908 gestiegen auf 11,1 Zentner Weizen, 8,2 Zentner Roggen, 9,8 Zentner Gerste und 11,5 Zentner Hafer.[25]) In der Provinz Sachsen hatten sich die Ernteerträge guter Wirtschaften in den 20 Jahren von 1873 bis 1893 für

[21]) Nachrichten vom Deutschen Landwirtschaftsrat a. a. O.

[22]) W. Lexis, Die Wirkung der Getreidezölle (in Georg Hanßen Festschrift) Tübingen 1889, S. 202 f.

[23]) Mahraun a. a. O. S. 32.

[24]) XVII. Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer 1892, S. 26.

[25]) Meitzen, a. a. O. S. 428.

Weizen, Roggen, Hafer und Kartoffeln fast genau um 50 Prozent gehoben.[26]) An diese Erfolge anknüpfend, glaubten viele, man werde Deutschland durch Moorkulturen, durch Drillsaat, besseren Fruchtwechsel und klügere Ausnutzung des menschlichen und tierischen Düngers[27]) dahin bringen, daß es von der ausländischen Einfuhr unabhängig würde. Daher erklärte man auch die Handelsverträge der 90er Jahre als auf einer falschen Basis stehend. „Das für diese (Handelsvertrags-)Politik maßgebend gewesene Bedürfnis der Nation nach ausländischem Brotgetreide existiert nicht".[28])

Der Aufforderung, die oft an die Landwirte gerichtet wurde, sich umzustellen von dem unrentablen Getreidebau auf Weidewirtschaft und auf den Anbau von Gemüsen und Obst, wurde entgegengehalten, daß eine solche Umgestaltung „abgesehen von den Bodenverhältnissen ebenso aus klimatischen wie aus wirtschaftlichen Gründen ausgeschlossen"[29]) sei. Man konnte nicht ein gleich großes Gebiet mit Gemüse und Obst bepflanzen, wie mit Getreide. Dazu war die Nachfrage, auch in der Umgebung der Städte, eine zu geringe. Und sicher war dieser Einwand richtig gegenüber einer so allgemein gehaltenen Aufforderung. Allerdings war zuzugeben, daß unter dem Schutze der dauernd erhöhten Zölle Böden für den Getreidebau benutzt wurden, die unter normalen Umständen als unbenutzbar brach liegen geblieben oder anderweitig verwendet worden wären, jetzt aber die Rentabilität der ganzen Wirtschaft belasteten. Außerdem war es sicher, daß, wenn man einmal die ganze Zollfrage durch Aufgabe des Kornbaues erledigt hatte, die Kornpreise sofort stiegen. Auf die Folgen dieser Maßnahme wies Zoltowski[30]) hin. Für die Stadtbevölkerung waren sie: erhöhte Brotpreise und Hungersnotgefahren. Denn es schien keineswegs

---

[26]) H. Thiel, in Menzel-Lengerkischer Landwirtschaftskalender 1894, S. 69.

[27]) Z. B. W. Hartmann, Kann Deutschland seinen Bedarf an Getreide selbst produzieren? Leipzig 1894.

[28]) Eduard Klapper, An den deutschen Kaiser, ein Wort über Bauernnot und Fürstenpflicht, Berlin 1895, S. 5.

[29]) v. Marcard, a. a. O. S. 33.

[30]) Adam Graf Zoltowski, Ist es für den mitteleuropäischen Landwirt tunlich, angesichts der überseeischen Konkurrenz den Anbau von Halmfrüchten aufzugeben? Diss. Leipzig 1889, S. 15 f.

sicher, daß das Ausland dem europäischen Bedarf jederzeit ohne Hindernisse gerecht werden könnte. Für den Landwirt bedeutete die Aufgabe des Getreidebaues den Verlust des Strohes, d. h. er mußte intensive Wirtschaft ohne Stallmist treiben, wenn es überhaupt möglich war, eine Umgestaltung der Landwirtschaft von Grund aus vorzunehmen. Dazu kamen dann noch die politischen Gefahren. Wenngleich eine Schrift aus dem nichtagrarischen Lager behauptete,[31]) daß Deutschland aus militärischen Gründen nicht eine eigene Landwirtschaft brauche, da man es nicht „wie eine Festung einschließen" kann, so wären doch für den Staat die politisch-militärischen Gründe in hohem Grade mitbestimmend gewesen, wenn man überhaupt den Gedanken der Aufgabe des Getreidebaues erwogen hätte. Das beweist die Tätigkeit des preußischen Generalstabes auf diesem Gebiete.[32])

Bei aller Gefahr, die man für den deutschen Markt in der Menge des amerikanischen Angebotes sah, übersah man doch nicht, daß ebenso wichtig die Produktionsweise war. Darin waren die Vereinigten Staaten der europäischen Landwirtschaft überlegen. Abgesehen davon, daß die amerikanische Produktion verbilligt wurde durch Bebauung von fast ausschließlich jungfräulichen Böden, die keiner Pflege bedurften, gab es doch auch noch andere Vorzüge gegenüber der europäischen Produktion. Der Farmer war unseren Bauern überlegen an „Strebsamkeit, Tatkraft und Intelligenz", er bediente sich vortrefflicher Geräte; Eisenbahnen und durchgreifende Absatzorganisationen erleichterten ihm den Verkauf.[33]) Diese Einrichtungen zu studieren, sie, für die europäischen Bedürfnisse umgebildet, nachzuahmen, das war eine der Aufgaben der europäischen Landwirte. Selbsthilfe war immer der Ruf derjenigen gewesen, die der Landwirtschaft den bösen Willen vorgeworfen hatten, sie wolle nichts aus eigener Kraft tun, sie fordere nur Staatshilfe, Subventionen auf Kosten der übrigen Stände. Aber auch

---

[31]) Robert Drill, Soll Deutschland seinen ganzen Getreidebedarf selbst produzieren? Stuttgart 1895, S. 11.

[32]) Reichsarchiv, Der Weltkrieg 1914—1918, Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft, 1, S. 293 ff.

[33]) Oetken, Die Landwirtschaft in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Berlin 1893, S. 819 f.

ernste Landwirte hatten sich der Einsicht niemals verschlossen, daß der Staat allein die Landwirtschaft weder in die Höhe bringen noch sie auf der Höhe halten konnte. Dazu bedurfte es der tatkräftigen und überzeugten Selbsthilfe der Landwirte.

Die allgemeinen Hilfsmaßnahmen — der Selbsthilfe sowohl wie des Staates — werden in einem anderen Kapitel zu schildern sein. Hier ist es nur nötig, auf die Einrichtungen hinzuweisen, die direkt mit der Kornfrage in Zusammenhang stehen.

Schon 1888 hatte von Graß-Klanin[34]) „die Assoziation des landwirtschaftlichen Angebotes" gefordert. In den folgenden Jahren weitete er seine Vorschläge aus.[35]) Seine Schriften sind so viel diskutiert worden, daß es angebracht ist, auf sie einzugehen, zumal Graß tatsächlich wohl der Einzige ist, der von einem großen Gesichtspunkte her Vorschläge machte, die das Wichtige herausgriffen und nicht am Kleinen hängen blieben. Er geht aus davon, daß der deutsche Landwirt bald nach der Ernte einen schnellen Absatz seiner Ware erstreben muß, „um die Bedürfnisse vorher aufgewendeter Betriebsmittel zu befriedigen". Es tritt also ein allgemeines plötzliches großes Kornangebot ein, dessen Folge sinkende Preise sind. Graß fordert nun „ein vernünftiges Zurückhalten der Ware, sobald dieselbe nicht begehrt wird". Der Wirt soll sein Korn nicht „preisgeben" sondern verkaufen. Damit er aber dennoch Geld bekommt, sollen an den Eisenbahnlinien „Silos", Getreidespeicher, gebaut werden, an die der Landwirt sein Getreide abliefert, und deren Eigentümer ihm mit Hilfe der Reichsbank einen Lombardkredit gewähren. Eigentümer der Silos aber werden die landwirtschaftlichen Genossenschaften sein. Auf diese Weise wird man also das gesamte Getreideangebot in den Organisationen der Landwirtschaft konzentrieren, es dem Zwischenhandel entziehen und so die Preise selbst bilden können.

Es ist deutlich,[36]) daß Graß, ganz von den amerikanischen Zuständen ausgehend, sie als vorbildlich hin-

[34]) von Graß-Klanin, Die Assoziation des landwirtschaftlichen Angebotes, Danzig 1888.

[35]) Derselbe, Die wirtschaftliche Bedeutung der Kornzölle und die Möglichkeit ihrer Herabsetzung, Berlin 1891.

[36]) Otto Böhm, Die Kornhäuser. Eine Studie über die Organisation des Getreideverkaufs in Amerika . . . Stuttgart 1898.

stellte. Über die Möglichkeit einer Ringbildung in so großem Maße, wie sie ihm vorschwebte, ist viel gestritten worden. Und so lange man nicht einmal über den Wert dieses Vorschlages einig war, konnte er als Hilfsmaßnahme für die deutsche Landwirtschaft nicht in Betracht kommen. Bis zur Verwirklichung des Graßschen Vorschlages mußten die deutschen Landwirte versuchen, sich mit anderen Mitteln aufrecht zu erhalten. Sie mußten danach trachten, die Qualität ihrer Ware zu bessern, sie zu vereinheitlichen, das Korn besser zu pflegen, um beim Verkauf höhere Preise zu erzielen, ja, um überhaupt mit dem ausländischen Getreide konkurrieren zu können.[37]) Wo es aber möglich war, da gingen sie über zur Weidewirtschaft und zum Gemüse- und Obstbau. In dem Maße, in dem sich die deutsche Bevölkerung vermehrte und ihr Wohlstand sich hob, stieg auch das Bedürfnis nach wertvolleren Nahrungsmitteln.

In den ersten Jahren des allgemeinen Imperialismus schon war der Gedanke der Annäherung einzelner Staaten aufgekommen. Mit dem Erstarken der amerikanischen Getreidekonkurrenz, die nicht nur der deutschen sondern auch der westeuropäischen Landwirtschaft zu einer immer größeren Gefahr wurde, drang dieser Koalitionsgedanke weiter hinein in das Volk, in die einzelnen Volksschichten. In einem Vortrage in Straßburg hielt Lujo Brentano[38]) es schon 1884 für notwendig, daß Deutschland — trotz der weiteren Erhöhung der deutschen Zölle — sein Wirtschaftsgebiet werde erweitern müssen. Eine Bindung mit Frankreich schien wohl aus politischen Gründen unmöglich. Aber er forderte „eine zollpolitische Einigung mit Österreich und den christlichen Balkanstaaten und Abschließung dieses Zollgebietes durch hohe Schutzzölle auf landwirtschaftliche und industrielle Produkte". Damals sah er mehr darin als nur den Schutz der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion von Deutschland und Österreich: es spielte zugleich ein großdeutscher Gedanke mit hinein — Brentano sprach von „Deutschland und Deutsch-Österreich". Wenn der Gedanke des Zoll-

[37]) Engelheim, a. a. O. S. 35, Conrad in Conrads Jahrbuch 1891, S. 505.

[38]) Lujo Brentano, Über eine zukünftige Handelspolitik des Deutschen Reiches, Schmollers Jahrbuch 1885, S. 21.

bündnisses von Deutschland und Österreich allein in den folgenden Jahren auch fallen gelassen wurde, so tauchten doch immer wieder Bündnispläne auf. Freilich konnten sich nicht nur agrarische Länder vereinigen — wie es bei Deutschland, Österreich-Ungarn und den Balkanstaaten der Fall gewesen wäre. Denn damit wäre die Schwierigkeit der Kornverwertung nur gestiegen. Daher betonten die späteren Vorschläge auch immer, daß mindestens Frankreich noch mit in den Bund aufgenommen werden müßte. „Der ganze europäische Kontinent vereint" wäre imstande gewesen, „die überseeische Konkurrenz mit Erfolg abzuwenden".[39]) Und in dieser festen Stellung wäre man dann bereit gewesen, mit Amerika in handelspolitische Verhandlungen zu treten. Daß die europäische Lage mit Notwendigkeit zu einem europäischen Bündnis in irgend einer Weise hinführen müsse, das schien auch Miaskowski[40]) sicher. Denn nicht nur die landwirtschaftlichen und industriellen Interessen verlangten eine solche Bindung, sondern auch die deutsche Sozialgesetzgebung werde mit der Zeit „auf lediglich nationaler Basis" nicht mehr möglich sein. Im Grunde forderte man nichts anderes als ein so großes und abgerundetes Wirtschaftsgebiet, wie es Rußland und die Vereinigten Staaten schon seit langer Zeit besaßen, „ein so großes Wirtschaftsgebiet, daß in demselben eine wirtschaftliche Autarkie möglich ist".[41])

Wie ernsthaft in diesen Jahren der Plan eines geeinten Mittel- und Westeuropas besprochen wurde, das zeigen die Verhandlungen des land- und forstwirtschaftlichen Kongresses, der im September 1890 in Wien stattfand.[42]) Da hoffte man auf das Jahr 1892, das „Kometenjahr", in dem die meisten europäischen Zoll- und Handelsverträge abliefen, und das so die beste Gelegenheit bot, „eine neue Ära zu beginnen". Und hier wurde auch zum ersten Male der Begriff „Mittel-

---

[39]) Heinrich Schwerin, Ein Vorschlag zur Lösung der handelspolitischen Wirren, Berlin 1890, S. 13.

[40]) August v. Miaskowski, Agrarpolitische Zeit- und Streitfragen, Leipzig 1889, S. 129.

[41]) Miaskowski, a. a. O. S. 278.

[42]) Max Ritter von Proskowetz, Bericht über die Verhandlungen und Beschlüsse des Intern. land- und forstwirtschaftl. Kongresses Wien 1890, VII. Sektion, Volkswirtschaft, Wien 1890.

europa" definiert: unter Mitteleuropa habe man „ganz Europa mit Ausnahme von Rußland und England" zu verstehen. Die Deutschen — Freiherr von Cetto, München — wiesen damals sofort auf die Gefahr hin, die der deutschen Landwirtschaft „vorwiegend durch Österreich und die Balkanstaaten drohen würde". Wie weit man aber überhaupt noch von einer Einigung auch nur der Landwirtschaft der verschiedenen Staaten entfernt war, bewies die völlige Zurückhaltung Frankreichs, das sich auf den Artikel XI des Frankfurter Friedensvertrages stützte. Umginge man diesen Artikel, „so könnte sich Frankreich mit Amerika verständigen, mit dem gute Beziehungen für Frankreich notwendig seien". Damit waren alle Einigungsbestrebungen hinfällig geworden. Der Kongreß faßte zwar eine Resolution im mitteleuropäischen Sinne und wählte eine Kommission, die beauftragt wurde, „einen Aufruf zur Bildung eines internationalen, die Anbahnung einer Zolliga bezweckenden Vereines zu verfassen" — aber produktive Arbeit wurde in Zukunft nicht mehr geleistet.

Und so ging es auch den übrigen Vorschlägen zur europäischen Einigung. Sie hatten nicht einmal einen einzigen Stand hinter sich, waren reine Wunschgestalten eines einzelnen oder einer kleinen Gruppe. Hinzu kam, daß sich zuweilen hinter den Plänen hochpolitische Absichten verbargen.[43]) Wie weit auf die Unionsbestrebungen im kontinentalen Europa, besonders in Deutschland und Österreich, die gleichzeitige englische „Empire-Bewegung" eingewirkt haben mag, ist nicht genau festzustellen. Immerhin ist zu bedenken, daß sich seit 1891 neben die 1884 gegründete Imperial Federation League die United Empire Trade League mit einem ausgesprochen wirtschaftlichen Programm stellte,[44]) die besonders die Meistbegünstigungsverträge mit dem Zollverein und Belgien bekämpfte. Und gerade in den folgenden Jahren bis 1895 entwickelte diese Liga eine lebhafte Tätigkeit.

---

[43]) Le Comte, Paul de Leusse, La paix par l'union douanière franco-allemande, Straßburg 1888, der über das Zollbündnis mit Deutschland zur Monarchie in Frankreich gelangen wollte; oder H. v. Samson-Himmelstjerna, Revanche oder Zolliga? Freiburg i. B. 1891, der von Frankreich die endgültige Aufgabe Elsaß-Lothringens forderte und ihm dafür in der Liga die Führung zugestehen wollte.

[44]) Vosberg-Rekow, Das britische Weltreich und der deutsche Wettbewerb, Berlin 1898, S. 63 f.

b) Die Finanznot.

Eng verbunden mit den Fragen der ausländischen Konkurrenz und der Höhe der Getreidepreise sind die Fragen der Verschuldung, der hypothekarischen Belastung und Überlastung. Denn solange das Korn, das bei der Mehrzahl der deutschen Bauern den Hauptverkaufsartikel bildet, einen guten Verdienst bietet, ist der Landwirt in der Lage, die Zinsen für seine Hypotheken zu zahlen und die Hypotheken selbst im Laufe der Jahre abzulösen: seinen Besitz schuldenfrei zu machen.

Nach dem Urteile der Landwirte und der ihnen nahestehenden staatlichen Behörden war die deutsche Landwirtschaft zu Anfang der neunziger Jahre mit einer „ungeheuren Schuldenlast bedeckt".[45]) Bei genaueren Mitteilungen über die Höhe der Verschuldung schwankten die Angaben um 40 bis 50 Prozent des Besitzwertes.[46]) Sie schien gleichmäßig verteilt über Deutschland und Österreich.[47]) Allerdings scheint nach einer Untersuchung[48]) für ein kleines Industriegebiet die Höhe der Verschuldung in der Nähe von Industriebetrieben abzunehmen. In dem von Vasters behandelten Gebiet, das hauptsächlich mittlere bäuerliche Betriebe umfaßt, war die Höchstverschuldung in Erkelenz 14,7 Prozent des Brutto- oder 17,2 Prozent des Grundvermögens. Für Geilenkirchen sind die Prozentsätze 21,3 bzw. 28,7, für Jülich 12,3 bzw. 14,5. Daß auch eine höhere Verschuldung der Landwirtschaft in Industriegebieten nicht unbedingt gefährlich zu sein braucht, zeigte Altkemper.[49]) Eine so gelegene Landwirtschaft hatte die Möglichkeit, „für einen aufnahmefähigen Nahmarkt hochwertige Produkte zu erzeugen". Gerade für die letzten Jahrzehnte gab Langsdorff eine besonders starke Zunahme der Verschul-

---

[45]) Mahraun, a. a. O. S. 39.

[46]) K. v. Langsdorff, Die Landwirtschaft im Königreich Sachsen, Dresden 1889, S. 76 ff.

[47]) Walter Schiff, Zur Frage der Organisation des landwirtschaftlichen Kredits in Deutschland und Oesterreich, Leipzig 1892, S. 41.

[48]) Joseph Vasters, Die Landwirtschaft in den Kreisen Erkelenz, Geilenkirchen und Jülich, Diss. Jena, Halle 1912, S. 28.

[49]) Johannes Altkemper, Die Landwirtschaft der Kreise, Recklinghausen und Gelsenkirchen unter dem Einflusse der Industrie Bonn 1905, S. 192.

dung an, die durch ungünstiges Wetter und niedrige Preise hervorgerufen wurde. War schon die Gesamthöhe der landwirtschaftlichen Verschuldung nur schwer festzustellen, so sind die Angaben über ihr Verhältnis zum Besitzwert und seiner Steigerung, die unzweifelhaft im Laufe der Jahre eingetreten ist, noch dürftiger. Auch die staatlichen Statistiken versagen in diesem Falle. Die Höhe der landwirtschaftlichen Gesamtverschuldung für Deutschland gab Freyberg[50]) für das Jahr 1893 mit 8126½ Millionen Mark an. Die Hypothekenbewegung in Preußen 1886—1887 bis 1896—1897 war nach der Zeitschrift des Königlich preußischen Statistischen Bureaus folgende:[51]) Die Eintragungen in sämtlichen Gemeinden mit ländlichem Charakter betrugen 7,28 Milliarden Mark, die Löschungen 5,8 Milliarden Mark, die Mehrverschuldung 2,1 Milliarden Mark. Bei den Löschungen ist zu beachten, daß die Löschung durch Zwangsversteigerungen nie über 10,9 Prozent aller Löschungen betrug. Die Mehrverschuldung der einzelnen Jahre war:

1886—1887	133,16 Mill. Mk.	1892—1893	208,68 Mill. Mk.
1887—1888	88,63 „ „	1893—1894	228,29 „ „
1888—1889	116,81 „ „	1894—1895	237,28 „ „
1889—1890	179,13 „ „	1895—1896	255,61 „ „ nach einer Korr. v. 1902
1891—1892	206,65 „ „	1896—1897	277,50 Mill. Mk.

Sie stieg also von Jahr zu Jahr. Der preußische ländliche Grundbesitz, der 1883 ohne das Rheinland einen Grundsteuerreinertrag von 394,26 Millionen Mark (für 1896 war die entsprechende Zahl 390,87 Mill. Mark)[52]) und einen Verkaufswert von mindestens 24 Milliarden Mark besaß,[53]) hatte 1893 in den sieben Jahren der Beobachtung durch den Staat „etwa ein Sechstel oder Siebentel des den preußischen Grundbesitzern bisher

[50]) Karl Freiherr v. Freyberg, Die landwirtschaftliche Verschuldungsfrage in Theorie und Praxis, München 1894, S. 9.

[51]) Zeitschrift des Kgl. Preuß. Stat. Bureaus 38. Jahrg. 1898, S. XLII.

[52]) Zeitschr. des Kgl. Preuß. Stat. Bureaus 1898, S. 104.

[53]) Zeitschr. des Kgl. Preuß. Stat. Bureaus 1894, Stat. Korrespond. S. IL.

noch gehörigen Teiles von dem allenfalls noch verschuldungsfähigen Werte ihrer Besitzungen auf die Hypothekengläubiger" übertragen. Und bei aller Ungleichmäßigkeit der Angaben, die auch das staatliche Bureau hervorhob,[54]) stand doch das regelmäßige Fortschreiten der Verschuldung fest. Welche Gefahr dieser Zustand in sich barg, erkannte man sehr wohl: nach der geltenden Verschuldungsordnung bedeutete die Zunahme der Verschuldung, trotz der Steigerung des Bodenwertes, „eine fortschreitende Auslieferung der besseren Wertteile" an Pfandbriefinhaber oder Hypothekengläubiger, „an Personen, die dem Grundbesitz an sich fremd gegenüberstehen". „Bei der Annahme, daß eine Zweidrittel-Verschuldung das äußerste Maß sei, welches der Grundbesitz noch ertragen kann, um nicht die notwendigste Widerstandsfähigkeit gegen die Schwankungen der Wirtschaft bedingungslos einzubüßen", kam man zu dem Schluß, daß bei einer weiteren jährlichen Zunahme der Verschuldung um rund 0,2 Miliarden (wie bisher) etwa 1930 „die Verschuldung auf 16 Milliarden gestiegen und damit die Enteignung des Grundbesitzes zwar nicht der Form, wohl aber der Sache nach im wesentlichen vollendet sein" würde. Dabei setzte man noch voraus, daß die erheblich gestiegenen Bodenpreise in der Zwischenzeit keine Senkung erfahren und daß auch die Roheinnahmen mindestens die gleichen bleiben würden.

Den Grund für die Höhe der Verschuldung und ihre dauernde Zunahme sah man einmal darin, daß zwar die Hypothekenzinsen — deren Höhe man außerdem beklagte — eine feste Summe ausmachten, daß aber die Einnahmen der Landwirte sich dauernd veränderten, gewöhnlich verringerten.[55]) Zum andern aber, und das war der wichtigere Grund, waren Pacht und Grundwert im Verhältnis zu den verringerten Erträgen zu hoch angesetzt.[56]) Und die Zölle, die der Landwirt als eine dauernde Einrichtung betrachtete, schoben eine Umordnung auf eine gesundere Grundlage immer wieder hinaus. Ja, in der Hoffnung auf eine noch bessere zukünftige Zollwirkung kauften viele junge Landwirte — so sagten die Zollgegner — Grundstücke

54) Zeitschr. a. a. O. S. 226 f.

55) Mahraun, a. a. O. S. 27.

56) Conrad, In Conrads Jahrbuch 1891, S. 507, 514.

zu Preisen, die in keinem Verhältnis zu den tatsächlichen Werten standen. Und durch die Gewohnheit, nur einen geringen Betrag beim Kaufe eines Gutes bar zu zahlen, das Übrige als Restkaufschilling stehen zu lassen, erhöhten sich noch die Zinslasten. Hinzu kam, daß durch ungesunde Erbschaftsregelungen eine große Zahl von landwirtschaftlichen Betrieben seit vielen Jahren mit Erbschaftsgeldern überlastet waren. Sering[57]) sah in diesen beiden letzten Zuständen für die größeren Güter geradezu die „Ursache der Krisis . . und sie ist akut geworden durch die sinkende Preisbewegung bei steigenden Löhnen".

Die Folgen dieser Zustände, besonders wenn sie gemeinsam auf den Betrieben lasteten, waren Verkäufe und Zwangsversteigerungen, die sich weniger der Zahl nach als in dem Verhältnis der Fläche zur Zahl steigerten. Im preußischen Staate kam vom 1. April 1886 bis zum 31. März 1897 an land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken zur Zwangsversteigerung:[58])

Jahre	Zahl	Gesamtfl. ha	Jahre	Zahl	Gesamtfl. ha
1886—1887	2979	110 063	1892—1893	2299	89 266
1887—1888	2355	81 681	1893—1894	1998	69 327
1888—1889	2446	81 280	1894—1895	1566	60 287
1889—1890	2014	61 801	1895—1896	1834	67 259
1890—1891	2220	55 310	1896—1897	1517	64 107
1891—1892	1536	62 351			

Besonders schwer litten unter den Zwangsversteigerungen die Ostprovinzen, Ostelbien, von denen zeitweise jede einzelne mehr versteigerte Fläche aufwies, als die übrigen Provinzen gemeinsam.

Gegen diesen allgemeinen Notstand einzuschreiten wurde der Staat mit steigender Heftigkeit aufgefordert. Die bescheidensten Forderungen bezogen sich noch auf das geltende Steuersystem. Die Aufhebung oder Minderung der Grundsteuer erschien in einigen Vorschlägen[59]) für das gegebene Mittel. Und um die dem Staate dadurch verloren gehenden Einnahmen auf

[57]) Max Sering, Die innere Kolonisation im östlichen Deutschland, Leipzig 1893, S. 93 f.

[58]) Zeitschr. d. Kgl. Preuß. Stat. 1898, S. XLII.

[59]) Von Zadow-Alt-Wuhrow, Der Alte und der Neue Kurs, Berlin 1892, S. 22 ff, und „Die Post" 21. Mai 1891, „Reichsbote" 11. Jan. 1891.

anderem Wege einzubringen, sollte die — nach dem neuen Gesetz ohnehin schon weitergreifende — Einkommensteuer auch auf die kleineren Einkommen ausgedehnt werden — eine Maßnahme, die der offiziellen Sozialpolitik genau entgegengesetzt war. Auch für Österreich wurde eine Steuerreform vorgeschlagen[60]) mit dem Ziele einer progressiven Erbschafts- und Einkommensteuer, der besseren steuerlichen Erfassung des Großkapitals und der Börsensteuer. Alle steuerlichen Reformvorschläge von landwirtschaftlicher Seite waren so wenig ausgearbeitet und ihrer Ausführung hätte so tief in das Leben der gesamten Bevölkerung eingegriffen, daß sie ernstlich nie erwogen worden sind.

Häufiger und besser ausgearbeitet und begründet war der Ruf nach staatlicher Hilfe bei der Gründung von Genossenschaften. Besonders groß für den landwirtschaftlichen Betrieb ist das Bedürfnis nach langfristigen Krediten. Um ihm gerecht werden zu können, sollte der Staat mit Hilfe der Reichsbank ein „weitverzweigtes Netz kleiner Kassen“[61]) ins Leben rufen, in Anlehnung an die Gemeinden und Gemeindeverbände, die durch ihre Tätigkeit in den Sparkassen bewiesen hatten, daß sie der Aufgabe gewachsen waren. Im engen Zusammenhange damit stand der Ruf nach der Senkung des Zinsfußes und der Umwandlung der kündbaren Hypotheken in unkündbare Amortisationsschulden.[62]) Und Mahraun[63]) erweiterte das Programm dahin, daß durch eine Änderung der bestehenden hypothekarischen Beleihungsform der Gläubiger ein „Miteigentum“ am bäuerlichen Besitze erhalten sollte — wie er sich ausdrückte: „an die Stelle der Hypothek tritt der Gutsanteil, an die Stelle des Kapitalprinzipes das Anteilsprinzip“. Er übersah dabei, daß damit die Hypothek, die bis dahin eine im Ganzen gesicherte Rente von gleichbleibender Höhe geliefert hatte, zu einem Spekulationsobjekt wurde und der Aktie so nahe rückte, daß sie ihren Hauptreiz, der gerade in der festen Verzinsung liegt, verloren hätte.

---

[60]) Carl Morré, Die Arbeiterpartei und der Bauernstand, Graz 1893, 2. Aufl. S. 59 ff.

[61]) Mahraun, a. a. O. S. 83.

[62]) C. A. Zakrzewski, Zur Schuldentlastung der landwirtschaftlichen Betriebe, Berlin 1895, S. 10.

[63]) A. a. O. S. 96 ff.

Die ganz Radikalen sahen in allen diesen vorgeschlagenen Maßnahmen nur kleine Mittel, die den völligen Ruin der Landwirtschaft zwar ein paar Jahre hinauszögern, ihn aber nicht verhindern konnten, so lange die Landwirtschaft in private Betriebe zerstreut blieb. Die Verstaatlichung schien in jenen Jahren besonders begünstigt zu sein. Durch die Notlage war Gelegenheit geboten „zur massenhaften Beschaffung neuer Staatsdomänen zu einem verhältnismäßig billigen Preise".[64]) Nur der Grundbesitzer hatte ein Recht auf Fortbestehen, der sich aus eigener Kraft halten konnte. Wirtschafts- und sozialpolitische Hindernisse, die etwa bei der Verstaatlichung besonders des Großgrundbesitzes auftreten würden, glaubte man leicht beseitigen zu können.[65])

Die Vorschläge zur Verstaatlichung fanden nie großen Beifall unter den Landwirten selbst. Diese hatten kein Interesse daran, ihre ererbten Besitze aufzulösen und sie mehr oder weniger kommunistisch zu bewirtschaften. Sie waren nicht zivilisiert genug zu solchen Anschauungen. Da aber der Staat, trotz seiner ethischen Verpflichtung zu helfen,[66]) in seinen Maßnahmen beschränkt war und nur langsam mit ihnen vorwärts kam, gingen die Landwirte immer mehr zur Selbsthilfe über. Sie lieferten sich zu keiner Zeit hoffnungslos und untätig ihrem Schicksale aus — auch nicht, als die Regierung Caprivis mit ihrer Wirtschaftspolitik sich gegen sie zu wenden schien. Sie gründeten ihre eigenen Kreditgenossenschaften. Auf dem Kongreß deutscher Landwirte[67]) war schon 1889 als bestes Mittel gegen die Gefahren der Bewucherung die Organisation des ländlichen Kreditwesens in der Form der Raiffeisen-Darlehenskassen genannt worden. Die Organisation nach dem Schultze-Delitzsch-System glaubte man damals ablehnen zu müssen, da der Zinssatz von 6 bis 8 Prozent für zu hoch gehalten wurde. Außerdem sollten die Kreditkassen geteilt werden in obligatorische

---

[64]) Demeaux, a. a. O. S. 91.

[65]) Ludwig Fuld, Die Verstaatlichung des Grund und Bodens, Hamburg 1892, S. 24.

[66]) A. Buchenberger, Grundezüge der deutschen Agrarpolitik, Berlin 1899, 2. Aufl. S. 47.

[67]) Congreß Deutscher Landwirte XX. Hauptversammlung, Berlin 1889, S. 96.

Realkredit-Genossenschaften und einfach organisierte lokale Kreditgenossenschaften für den Personalkredit. Betont wurde immer wieder, daß nur bei allereinfachster Organisation die Genossenschaften ein weites Wirkungsfeld haben konnten.[68]) Bei dieser Ansicht blieb man auch in den folgenden Jahren.[69]) Und mit der Zeit trat in allen Teilen Deutschlands eine immer stärkere Verbreitung der Kreditgenossenschaften ein, so daß am 27. Oktober 1893 der tausendste Raiffeisen-Verein als Mitglied bei der „Landwirtschaftlichen Centraldarlehnskasse für Deutschland" aufgenommen werden konnte.[70])

c) Die Leutenot.

Weder das Steigen der Getreidepreise noch die Milderung der Verschuldung in irgend einer Form konnten die von Jahr zu Jahr — mit dem Zunehmen und Wachsen der Städte und der Entwicklung der Industrie steigende — empfindlicher werdende Leutenot beheben. Es stand fest, daß eine große Zahl von Landarbeitern jährlich in die Städte zog. Gegen die Abwanderung vom Lande mußten Maßnahmen ergriffen werden — das erkannten besonders die Landwirte. Nicht nur Kapital und Kredit waren ihnen nötig, sondern auch „Arbeitskräfte in genügender Zahl".[71]) Besonders litt der Großgrundbesitz unter diesem Mangel,[72]) während die mittleren und kleinen Bauern ihren Besitz gewöhnlich allein mit ihrer Familie bewirtschaften konnten. Bei einem preußischen Durchschnitt von 15,2 ländlichen Arbeitern auf 100 Hektar Kulturland hatten Ostpreußen 12,54, Westpreußen 12,93, Pommern nur 10,86.[73]) Bedenkt man auch, daß die großen Güter des Ostens eine bessere Ausnützung der Arbeitskraft gewähren, so bleibt doch wenigstens ein Teil dieses Unterschiedes nur mit der Leutenot zu erklären, zumal

---

[68]) Magnus-Matzdorf, Zur Beseitigung der landwirtschaftlichen Not, Berlin 1890, S. 17.

[69]) Freyberg, a. a. O. S. 21.

[70]) „Das Land" 1893, Nr. 5.

[71]) Albert Platzmann-Saida, Erörterungen über einige Fragen aus der Agrar- und Sozialpolitik des Deutschen Reiches am Ausgange des 19. Jahrh. Dresden 1892, S. 24.

[72]) Schäffle, Zur wirtschaftlichen Orientierung über die neue Handelspolitik, in Zeitschr. für die gesamte Staatswissenschaft, 1893, S. 118.

[73]) Backhaus a. a. O. S. 67.

die östlichen Provinzen über Mangel an Arbeitern besonders klagten. Die Not wurde bald so groß, daß seit 1892 von der Regierung, für die Ostprovinzen die Beschäftigung von ausländischen Arbeitern, vorwiegend aus Rußland und dem österreichischen Galizien, gestattet werden mußte.[74]) Und von dieser Erlaubnis wurde ein dauernd steigender Gebrauch gemacht. Wie stark die Wanderung vom Osten nach dem Westen war, zeigt die Untersuchung von Altkemper.[75]) Im Oberbergamt Dortmund waren am 1 Januar 1900 bei einer Gesamtzahl von 204 000 Arbeitern „rund 70 000, die aus den östlichen Provinzen zugezogen waren. Von diesen entfallen auf Oberschlesien 6285, auf Posen 24 667, auf Ostpreußen 30 628, auf Westpreußen 7898". Viele, die nicht nach Westdeutschland zogen, wanderten aus. Auch von diesen stellten die östlichen Provinzen die größte Zahl.[76]) Die Veranlassung zu der allgemeinen Wanderung nach Westen boten die Lohnverhältnisse. Ein Bergmann erhielt in den Jahren 1890 bis 1893 folgende Löhne:[77])

1890 bei	266	Schichten	1208,30 Mark,
1891 „	268	„	1302,40 „
1892 „	247	„	1077,20 „
1893 „	279	„	1116,80 „

Der Durchschnittslohn pro Schicht betrug also etwa 4,44 Mark. Bei einer durchschnittlichen Arbeitszeit von jährlich 265 Schichten ergibt das 1176,60 Mark. Den durchschnittlichen Jahreslohn eines „ersten Knechtes" gab Altkemper für das Jahr 1890 mit 360 Mark an (S. 48). Der Lohn eines Häuers stellte sich somit um 816 Mark höher als der des „ersten Knechtes".

Auch die Löhne der ländlichen Arbeiter stiegen natürlich in diesen Jahren,[78]) freilich nicht so sehr, wie der Reichsbote 1890 angab,[79]) der „seit etwa 40 Jahren" auf dem Lande eine Lohnsteigerung „auf das Doppelte,

---

[74]) Denkschrift über die zur Förderung der Landwirtschaft in den letzten Jahren ergriffenen Maßnahmen, Berlin 1896, S. 11.

[75]) Altkemper, a. a. O. S. 34.

[76]) Ghibellinus, Kaiser werde hart, Weimar 1891, S. 18.

[77]) Altkemper a. a. O. S. 55 ff.

[78]) Buchenberger a. a. O. S. 46.

[79]) Reichsbote, 12. Juni 1890.

wenn nicht auf das Dreifache" wahrnehmen wollte. Die Ursachen dieser Lohnsteigerung lagen nicht nur in der industriellen Entwicklung Deutschlands, in der Verkehrserleichterung und der Anziehungskraft der hohen städtischen Löhne, die die Landwirte zu immer neuen Lohngewährungen veranlaßten. Es kam hinzu,[80]) „das Streben der Arbeiterschaft, an den Kulturfortschritten immer mehr teilzunehmen" — außerdem auch eine gewisse Entwertung des Geldes, besonders in den Jahren nach 1900. Wenn unter diesen Einflüssen die Löhne in den östlichen Gebieten prozentual die höchsten Steigerungen aufwiesen, so war das weniger ein Zeichen für die Begehrlichkeit der Arbeiter als für ihren sozialen Tiefstand im Anfange der Epoche.

Die Verdienste für freie Arbeiter in Pfennigen waren 1873, 1892 und 1913 folgende:[81])

Tagelöhner freier Arbeiter				Prozent Steigerung		
Bezirk	1873	1892	1913	bis 92	92-13	73-13
Samland, Natangen	110	143	208	30	45,5	89,1
Litauen	79	130	162	64,6	24,6	105,0
Masuren	89	111	151	24,7	36,0	69,7
Kulmer Land	119	134	171	12,6	27,6	43,7
Mittelschlesien	86	103	130	19,8	26,1	51,2
Rg.-Bz. Stralsund	182	190	218	4,4	14,7	19,8
Meckl.-Schwerin	142	169	200	19,0	18,3	40,8
Havelland	167	169	212	1,2	25,5	26,9
Niederlausitz	103	125	181	21,4	44,8	75,7
Rg.-Bz. Merseburg	135	166	190	23,0	14,4	40,7
N-W Kgr. Sachsen	143	178	217	24,5	21,9	51,7
Sachs.-Altenburg	130	184	225	41,5	22,3	73,1
Ostholstein	160	178	205	11,3	15,2	28,1
Holst.-Marschen	190	250	300	31,6	20,0	57,9
Hadeln u. Keding.	183	212	250	15,8	17,9	36,3
Lüneburg. Heide	140	160	225	14,3	46,3	60,7
Oldenb. Münsterl.	132	168	—	27,3	—	—

[80]) Paul Schütze, Studien über die Entwicklung der Lohnverhältnisse ländlicher Arbeiter in Norddeutschland seit 1870. Diss. Königsberg 1914, S. 19.

[81]) Paul Schütze. a. a. O. S. 20. (Die für 1913 angeführten Zahlen zeigen, daß es sich 1892 nicht um eine konjunkturbedingte Lohnsteigerung handelte).

Tagelöhner freier Arbeiter				Prozent Steigerung		
Bezirk	1873	1892	1913	bis 92	92-13	73-13
Westfäl. Münsterl.	139	167	203	20,1	21,5	46,0
„ Industriekr.	207	227	280	9,7	23,3	35,3
Reg.-Bez. Cassel	142	163	225	14,8	38,0	54,8
Westerwald	150	179	225	19,3	25,7	50,0
Wetterau	132	148	200	12,1	28,3	51,5
Niederrhein	143	170	232	18,9	36,4	62,6
Kreis Heinsberg	122	149	225	22,1	51,0	84,4
Köln-Bonn	157	183	250	16,5	36,6	59,2
Eifel	148	155	205	4,7	32,3	38,5

Und es waren nicht die besten Arbeiter, die auf dem Lande blieben. Die intelligentesten zogen gewöhnlich in die Städte.[82])

Gegen die Lohnsteigerung anzukämpfen war hoffnungslos für die Landwirte. Sie mußten zufrieden sein, wenn sie überhaupt Arbeiter behielten. Um diese nach Möglichkeit seßhaft zu machen, sie also der Landwirtschaft zu sichern, und um überhaupt den Bestand zu stärken, wurde 1891 die „Parzellierung aller Domänen, Aufhebung aller Familienfideikommisse" vorgeschlagen.[83]) Andere forderten ein Heimstättengesetz.[84]) Durch eine ausgedehnte Siedlung namentlich im Osten, Nordosten und Norden Deutschlands glaubte man, die Produktion steigern, die bäuerliche Bewirtschaftung heben und auch der sozialdemokratischen Propaganda „einen Grundstock konservativer staatserhaltender Elemente" entgegenstellen zu können. Wenn es gelang, durch Rentengüter und Heimstättengesetzgebung „um die Wende des Jahrhunderts tausende neuer Bauernstellen mit einer eine Million Hektar betragender Fläche nutzbaren Landes im Deutschen Reiche anzusiedeln", dann war der Landwirtschaft bedeutend geholfen. Aber der Staat hat in den folgenden Jahren — bis heute — nicht diesen Notstand beseitigen können. Auch die wohlwollendste Gesetzgebung eines Staates vermag nicht den Drang der Menschen aufzuhalten oder gar positiv zu bestimmen.

[82]) Buerstenbinder und Guradze-Kotlischowitz, Intensiv oder extensiv? Berlin 1891, S. 8.

[83]) Ghibellinus, a. a. O. S. 18.

[84]) Platzmann-Saida, a. a. O. S. 26, 29.

d) Das landwirtschaftliche Betriebswesen.

Von außen traten immer wieder an die Landwirte die Aufforderungen zu besserer — intensiverer — Arbeit. Auch die Landwirte selbst meinten, wenn sie von Selbsthilfe sprachen, neben der genossenschaftlichen Kreditaufbringung besonders die betrieblichen Verbesserungen. Welches waren nun die Mängel der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland, und was tat man, um sie zu vermeiden und die Betriebe zu verbessern, d. h. konkurrenzfähiger zu machen?

Um der ausländischen Konkurrenz mit Aussicht auf Erfolg entgegentreten zu können, war eine Ertragssteigerung bei gleichbleibenden Produktionspreisen nötig. Die natürliche Fruchtbarkeit der deutschen Äcker sollte um ein Viertel bis ein Drittel gesteigert werden.[85]) Damit glaubte man, nicht allein die deutsche Nachfrage befriedigen zu können, sondern es fielen auch die Produktionskosten: die Preise konnten gesenkt werden und die Verdienstspannen die gleichen bleiben oder gar erhöht werden. Denn der Mehrertrag ohne Erhöhung der Produktionskosten war Nettogewinn.[86]) Die deutsche Landwirtschaft war nach dem allgemeinen Urteil der neunziger Jahre nicht „auf der Höhe der Zeit".[87]) Die Produkte, besonders das Getreide, wurde nicht genügend gepflegt. Der Boden wurde — eine Folge der weitverbreiteten Unkenntnis von den Vorgängen in ihm — nicht genügend bearbeitet.[88]) Der Kulturzustand des Landes war „fast allgemein nur sehr mittelmäßig, großenteils sogar wirklich kläglich".[89]) Es wurde stellenweise direkter Raubbau getrieben, von wirtschaftlicher Harmonie hatten nur die wenigsten Landwirte eine Ahnung. Und die unrationelle Bewirtschaftung war fast gleichmäßig verteilt über große und kleine Güter und bäuerliche Wirtschaften. Teils fehlte die Intelligenz zu einer sachgemäßeren Wirtschaft, teils

[85]) H. Putz, Radikales Mittel zur Beseitigung der gegenwärtigen Notlage der Landwirtschaft, Passau 1889, S. 7.

[86]) Otto Beseler und Kurt Rümker, Über Züchtung unserer Getreidearten . . . und Ertragserhöhung des Getreidebaues, Berlin 1890, S. 40.

[87]) Fr. Engelheim, a. a. O. S. 2 u. 35.

[88]) Die Landwirtschaft in Bayern, Denkschrift nach amtlichen Quellen bearbeitet, München 1890, S. 157.

[89]) L. Demeaux, a. a. O. S. 54. 60.

wurde diese verhindert durch zu geringe Wirtschaftsmittel. Und Conrad glaubte,[90]) daß die Zölle sogar ein Stehenbleiben bei alten Wirtschaftsweisen begünstigt und die Initiative der Wirte gehindert hätten. Besonders störend wirkte das Mißverhältnis von Produktionskosten und Verkaufserlös. Gerade dadurch wurde häufig die Rentabilität der Wirtschaften in Frage gestellt.[91]) Die den Großbesitz bekämpfenden Parteien hielten es überhaupt für unmöglich, ein großes Gut so rationell zu bewirtschaften wie ein bäuerliches. Sie verlangten daher Teilung des Großgrundbesitzes.[92]) Als Nebenfrucht dieser Teilung versprachen sie sich außerdem eine Vermehrung mittlerer und kleinerer Landwirtschaftsbetriebe und gut ausgestatteter Landarbeiterstellen.[93]) Nötig war auch eine bessere Behandlung der Ernte, gewissenhaftere Säuberung des Kornes und gesündere Lagerung, die Benutzung nur qualitativ hochstehenden Saatgutes. Um aber überhaupt das Verständnis für diese Notwendigkeit zu wecken, bedurfte es der naturwissenschaftlichen Aufklärung unter den Landwirten. Die wenigsten Landwirte nur besaßen ein zeitgemäßes fachliches Können und Wissen. Die Landwirtschaftsschulen wurden unregelmäßig besucht, außerdem gewöhnlich wegen der ungenügenden Vorkenntnisse nur mit geringem Erfolge.[94]) An dem landwirtschaftlichen Institut der Universität Königsberg waren in den Jahren 1885 bis 1895 pro Semester nie mehr als 21 Studenten, im Durchschnitt nur 12,25.[95]) „Radikale Mittel", wie die bessere Naturdüngerverwertung („Dejektenverwertung"), von der man sich neben der Qualitätsverbesserung eine Vervierfachung der Erträge versprach,[96]) konnten bei so allgemeinen Fehlern und Nachlässigkeiten keine große Wirkung haben. Zu einer besseren

---

[90]) J. Conrad, in Conrads Jahrbuch 1891, S. 513.

[91]) Die Post, 10. und 14. Juli, 13. Oktober 1891.

[92]) Vossische Zeitung, 7. Juli 1893.

[93]) Walter Mancke, a. a. O. S. 27, auch Schäffle in Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 1893, S. 114.

[94]) Ernst Müller, Die Bildung des Landwirtes und der höhere landwirtschaftliche Unterricht in Preußen, Berlin 1891, S. 9 und Demeaux a. a. O. S. 57.

[95]) Backhaus, a. a. O. S. 261.

[96]) Putz, a. a. O. S. 8 ff.

Bodenkultur reichten nicht mehr die alten Hilfsmittel, man brauchte bessere Maschinen, ja vielfach überhaupt erst Maschinen. „Bezüglich der Verbreitung vervollkommneter Geräte und Maschinen muß . . . die Tatsache hervorgehoben werden, daß in der Benutzung neuerer bewährter Ackergeräte die geringsten Fortschritte zu verzeichnen sind . . . in bäuerlichen Wirtschaften ist nach dieser Richtung noch nicht genug geschehen und man führt hier häufig die Arbeiten mit den seit altersher gebräuchlichen, meist unzweckmäßig konstruierten und schwerfälligen Geräten aus".[97]) So wurde 1890 für Bayern die Lage zusammengefaßt. Und dennoch stand Bayern in bezug auf die Verbreitung von landwirtschaftlichen Maschinen an der Spitze in Deutschland. Von je hundert Betrieben verwandten im Reich 7,4, in Sachsen 9,7, in Preußen nur 6,2, in Bayern 13,7 landwirtschaftliche Maschinen. In den übrigen Landesteilen war es also nicht besser. Nach der landwirtschaftlichen Statistik des Jahres 1882 benützte nur jeder 200. Betrieb unter 2 Hektar eine landwirtschaftliche Maschine irgend welcher Art. Nicht einmal alle Großbetriebe (über 100 ha) arbeiteten mit Maschinen.[98]) Und in ganz Ostpreußen wollte Richard Meyer 1892 nur 2 Dampfpflüge gesehen haben.[99]) Trotz einzelner technischer Fortschritte — besonders wenn die reine Landwirtschaft mit Nebengewerben verbunden war — war ein auf die Dauer unhaltbarer Zustand der Vernachlässigung des Bodens eingetreten.[100]) Max Eyth, der sich mit seinen Freunden innerhalb und außerhalb der von ihm gegründeten Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft dauernd für die Verbreitung der Maschinen einsetzte, hielt eine erweiterte Benutzung von Maschinen — auch der elektrisch betriebenen — für ebenso notwendig wie wahrscheinlich.[101]) Das verlangte von den Landwirten ein Hinausschreiten über alte Gewohnheiten, das Verlassen bis dahin sicherer Wege und Experimentieren auf frem-

---

97) Die Landwirtschaft in Bayern, S. 189 f.

98) Die Neue Zeit, 1891, Nr. 35, S. 260.

99) Die Neue Zeit, 1892, S. 428.

100) Buchenberger, a. a. O. S. 147 f.

101) Max Eyth, Die Entwicklung des landwirtschaftlichen Maschinenwesens in Deutschland, England und Amerika, in Journal für Landwirtschaft 1893, S. 128 f.

den Gebieten, die Anlage von Kapital in Geschäften, von deren Sicherheit sie keinewegs immer überzeugt waren. Die Landwirte waren, was Graß beklagt und zu bessern sich vorgenommen hatte, zu wenig Kaufleute. Dadurch wurden sie nicht nur vom Zwischenhändler und Wucherer übervorteilt, sie verloren auch den Anschluß an die Zustände in den übrigen Ländern. In England und Amerika hatte die Industrie für landwirtschaftliche Maschinen eine hohe Blüte erreicht. In Deutschland war sie kaum im Entstehen. Und wenn auch die Zwergwirtschaft, wie sie vielfach im Süden und Westen Deutschlands verbreitet war, die Anschaffung von Maschinen und ihre rentable Benutzung erschwerte — für die Vernachlässigung des landwirtschaftlichen Maschinenwesens in den anderen Gebieten Deutschlands bot das keine Erklärung. Die bestand fast immer darin, daß man versuchte, so lange wie möglich die Anschaffungskosten für Maschinen zu sparen und auf die gewohnte Weise zu wirtschaften. So lange diese Zustände herrschend blieben, bemerkte Eyth, konnte der Arbeitermangel noch nicht empfindlich sein.

Wo man versuchte, zu einer erweiterten Benutzung von landwirtschaftlichen Maschinen überzugehen, da wurden dann bald auch die Grenzen deutlich, die ihnen gezogen waren. Man fand häufig nicht die Arbeiter, die intelligent genug zur Bedienung der Maschinen waren. Und wo man sie fand, da forderten sie ganz besonders hohe Löhne.[102]) Hindernd stand außerdem im Wege, daß die Maschinen in jenen Jahren noch verhältnismäßig teuer und besonders noch zu kompliziert waren. Eyth traf das Wesentliche, wenn er sagte:[103]) „Der deutsche Landwirt ist kein Mechaniker. Das ganze Gebiet ist ihm nicht sympathisch. Manche verachten es, viele fürchten es". Und die Folge war, daß sie häufig glaubten, mit dem Kaufe der Maschine das Ihrige geleistet zu haben. Sie verstanden sie nicht zu benutzen. Die Benutzung von Dampfmaschinen war noch sehr kostspielig. Von der vorhandenen Wärmemenge nutzten die kleineren Maschinen nur 2 bis 5 Prozent, die größeren auch nur etwa 12 Prozent aus. Die geringen Vorteile zeigten sich also erst bei der

[102]) Richard Meyer, das nahende Ende des landwirtschaftlichen Großbetriebes, in „Die Neue Zeit" 1892, S. 305, 308 und 434.

[103]) Eyth, a. a. O. S. 132.

Verwendung in großen Betrieben mit nebengewerblichen Anstalten, wie Brennereien, Zuckerfabriken und Ziegeleien.[104])

Sicher gab es jedoch auch Ländereien, mit denen trotz Maschinenbenutzung, Anwendung von künstlichem Dünger und verbessertem Fruchtwechsel nicht mehr eine rentable Landwirtschaft betrieben werden konnte. Sie waren nicht ertragreich genug. Konnten sie zu Weideflächen gemacht werden, so kamen sie der Viehbesonders der Mastviehzucht zugute. Sonst mußten sie aufgeforstet werden. Auch die Intensivierung konnte nicht bis ins Unendliche getrieben werden. Sie war gebunden an die klimatischen und geologischen Bedingungen, sie war möglich nur dort, wo neben dem ausreichenden Kapital auch eine genügende Zahl von Arbeitern zur Verfügung stand, und sie war aussichtslos, wenn der Mangel an Verkehrsmöglichkeiten den Abtransport der Ernten sehr verteuerte oder verhinderte.[105]) Die Reinerträge stiegen häufig nicht im gleichen Verhältnis mit den Investierungen.[106])

Zur Anschaffung von Ernte- und Bodenbearbeitungsmaschinen waren die einzelnen Landwirte selten vermögend genug, sie besaßen auch gewöhnlich nicht so viel Land, daß sie eigene Maschinen genügend hätten auswerten können. Deswegen schlossen sie sich zu Genossenschaften zusammen. Sie gründeten nicht nur Kreditgenossenschaften für den Real- und Personalkredit, sondern mit der Zeit umspannte das Genossenschaftswesen den gesamten landwirtschaftlichen Betrieb. Zuerst waren die Genossenschaften vorwiegend gegen den Wucher gerichtet. Sie waren auch nicht rein ländlich, häufig überwogen noch die städtischen Mitglieder. Raiffeisen und Schultze-Delitzsch schufen die beiden Systeme, um die sich das ganze landwirtschaftliche Genossenschaftswesen gruppierte. Es gab Winzervereine, Molkerei-, Obstverwertungs-, Hopfenbau- und Züchterei-Genossenschaften, Spar- und Silogenossenschaften, Ankaufs- und Verkaufsvereinigungen,

---

[104]) W. Hartmann, Die neueren Kraftmaschinen und ihre Bedeutung in der Landwirtschaft, Dresden 1895, S. 3 f.

[105]) Buerstenbinder und Guradze-Kotlischowitz, a. a. O. S. 9.

[106]) Platzmann-Saida, a. a. O. S. 20.

Produktionsgenossenschaften und Vereine zur gemeinsamen Maschinenbenutzung. 1883 war die Vereinigung deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften gegründet worden. 1890 waren ihr 1319 Genossenschaften angeschlossen. 1891 waren es schon 1556.[107]) Im Deutschen Reiche stieg die Zahl der landwirtschaftlichen Genossenschaften[108])

1890 um 412 1891 um 652.

Führend waren immer mit weitem Vorsprung die Kreditgenossenschaften. Die Provinzen, in denen der kleine und kleinste und der Weinbergsbesitz am weitesten verbreitet waren, hatten sich die Vorteile des Genossenschaftswesens vor den übrigen Gebieten zu Nutze gemacht. Sie besonders bedurften des Zusammenschlusses, um sich erhalten zu können. Die Genossenschaften waren aber auch kräftiger geworden. Die Mitgliederzahl des Verbandes hatte stärker zugenommen als die Zahl der angeschlossenen Genossenschaften.

Neben diesem größten Verbande liefen viele kleinere. 1891 wurde in Berlin die landwirtschaftliche Hauptgenossenschaft gegründet, die sich besonders Einkauf für die landwirtschaftlichen Bedürfnisse und Verkauf landwirtschaftlicher Produkte zum Ziel setzte, also preisbestimmend mit dem Zwischenhandel konkurrieren wollte.[109]) In der Provinz Sachsen hatte der landwirtschaftliche Zentralverein 1888 106 Einzelvereine zu Mitgliedern. Bis 1893 wurden es 142. Seine Einnahmen hoben sich von 17 245 Mark im Jahre 1887 auf 29 283 Mark für 1892.[110])

Außer den Genossenschaften und Zentralgenossenschaften gab es zahllose Vereine und Gesellschaften, die alle mit geringen Abweichungen den gleichen Zwecken dienten. Besonders hervorzuheben ist unter diesen die schon genannte Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft. Ihre Mitgliederzahl stieg[111])

---

[107]) Jahrbuch des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften für 1898, S. 81.

[108]) Jahrbuch a. a. O. S. 73.

[109]) Der Landwirt, 1892 Nr. 65.

[110]) H. von Mendel-Steinfels, 50 Jahre der Landwirtschaft der Provinz Sachsen . . . Berlin 1894, S. 45 u. 49.

[111]) Jahrbuch der Dt. Landwirtschaftsges. Bd. 11, 1895, S. XIII ff

von 3873	am 1. X. 1887	auf 8040	am 1. X. 1892
auf 4143	am 1. X. 1888	auf 9371	am 1. X. 1893
auf 5119	am 1. X. 1889	auf 10 543	am 1. X. 1894
auf 5626	am 1. X. 1890	auf 11 052	am 1. X. 1895
auf 6820	am 1. X. 1891	auf 11 085	am 1. X. 1896

Sie war am weitesten verbreitet in Braunschweig, den beiden Sachsen, Mecklenburg-Schwerin und Brandenburg. Am geringsten war ihre Mitgliederzahl für Bayern und Elsaß-Lothringen. Ihr Kapitalvermögen betrug:

am 31. März 1890	265 812 Mark,
am 31. März 1891	310 472 Mark,
am 31. März 1892	343 156 Mark,
am 31. März 1893	498 635 Mark,
am 31. März 1894	768 696 Mark,
am 31. Dez. 1895	1 003 572 Mark.

Welchen Umfang das Geschäft für ihre Mitglieder annahm, beweisen folgende Zahlen: Die Geschäftsvermittelung der Düngerabteilung stellte sich

1880	auf zus. (Kali, Phosphat u. a.)	685 188 Dopp.-Ztr.
1889	„ „ „ „ „	977 241 „
1890	„ „ „ „ „	1 063 941 „
1891	„ „ „ „ „	1 600 914 „
1892	„ „ „ „ „	2 536 217 „
1893	„ „ „ „ „	2 935 368 „
1894	„ „ „ „ „	3 182 550 „
1895	„ „ „ „ „	2 435 349 „

Die Saatstelle hatte einen Umsatz von:

1888—1889	14 878 Doppel-Zentner	=	366 048 Mark,
1889—1890	17 102 Doppel-Zentner	=	439 107 Mark,
1890—1891	34 701 Doppel-Zentner	=	953 322 Mark.

Der Umsatz der Futterstelle war in dem einen Jahre 1890—1891 bis 1891—1892 von 544 525 Mark auf 1 503 519 Mark gestiegen.

Die Zahlen beweisen nicht nur die zunehmende Benutzung der Genossenschaften durch die Landwirte, sondern auch steigende Intensivierung der landwirtschaftlichen Betriebe.

II. Der Beginn der neuen Wirtschaftspolitik.

Der Abschluß des deutsch-österreichischen Handelsvertrages.

Seit dem Jahre 1880 war die Einfuhr von Getreide in das Deutsche Reich mit Zöllen belegt. 1885 und 1887 wurden die Zölle erhöht. Die früher freihändlerische, zollfeindliche Wirtschaftspolitik Bismarcks hatte sich über den Finanzzoll bis zur Schutzzollpolitik verändert. Seit dem November 1887 wurde die Einfuhr von einer Tonne Weizen oder Roggen mit einem Zolle von 50 Mark belegt.

Die deutschen Landwirte, denen durch die Zölle ihre bedeutendste Forderung, die des Schutzes vor der ausländischen Konkurrenz, der Sicherung des heimischen Marktes, weitgehend erfüllt worden war, hatten sich gewöhnt, den Zoll als unabänderlich anzusehen, wenn sie nicht gar eine weitere Steigerung für die Zukunft erwarteten. Denn nachdem Bismarck durch seinen Übergang vom Freihandel zum Schutzzoll bekannt hatte, daß der Schutz und die Erhaltung der heimischen Märkte für alle Wirtschaftszweige ein Lebensbedürfnis sei, war nicht zu erwarten, daß eine Rückkehr zu freihändlerischen Methoden oder auch nur eine Zollermäßigung stattfinden könnte.

Mit dem Sturze Bismarcks trat auch hier eine Änderung ein. Die dauernden Zollerhöhungen, nicht allein in Deutschland sondern auch in den übrigen Staaten mußten mit der Zeit zu einem Wirtschaftskriege aller gegen alle führen. Das Bestreben der Staaten, ihre Wirtschaft zu schützen, führte zu Zöllen, bei deren Erhöhung allein an die Erhaltung von Produktionszweigen und nicht an den materiellen Wert der verzollten Waren gedacht wurde.

Im Jahre 1892 liefen die wichtigsten Handelsverträge des Deutschen Reiches ab. Bismarcks Handelsverträge und die Verlängerungsabkommen etwa mit Österreich-Ungarn und Serbien aus den Jahren 1881, 1883 und 1887 waren reine Meistbegünstigungsverträge gewesen. Und auch die Meistbegünstigungsverträge 1881 mit der Schweiz und 1883 mit Italien hatten nur etwa 30 Tarifbindungen. Jetzt sollte zum ersten Male dieses Mittel

der Tarifbindung, eine Sicherung über die Meistbegünstigung hinaus, in weitem Maße zur Anwendung kommen. Dem neuen Reichskanzler fiel also gleich zu Anfang seiner Tätigkeit die Aufgabe zu, die Wirtschaftspolitik des Reiches für die folgenden Jahre sicher zu stellen. Die Art, wie er sich dieser Aufgabe entledigte, war neu und unerwartet. — Wir besitzen von Caprivi keine programmatischen Aufzeichnungen für seine Wirtschaftspolitik. Aber aus den gelegentlichen Reden des Reichskanzlers im Reichstage können wir erkennen, daß er von vornherein gesonnen war, die Zölle nicht weiterhin zu erhöhen, sondern sie zu ermäßigen. Gegen diese Maßnahmen hoffte er die Herabsetzung wichtiger ausländischer Einfuhrzölle besonders auf Industrieerzeugnisse eintauschen und diese durch den Abschluß von Handelsverträgen — und vielleicht sogar einer mitteleuropäischen Zollunion — sichern zu können.

Sofort nach dem Bekanntwerden dieser neuen, unerwarteten, den Landwirten verderblich erscheinenden Aussichten setzte in der Broschürenliteratur, neben der Tagespresse, ein Kampf ein um den Wert und die Notwendigkeit der Getreidezölle. Von landwirtschaftlicher Seite wurde die Beibehaltung der Zölle in der bisherigen Höhe gefordert.[112]) Es wurde dabei offen zugegeben, daß die Zölle das Getreide und damit den Landleuten die Verdienstspanne erhöhen sollten. Hatten sie diese Aufgabe bisher nicht erfüllt, wie zuweilen behauptet wurde, so war doch wenigstens das Sinken der Preise verhindert worden. Allerdings wurde mit der Zwecksetzung der Zölle auch ihre Dauer deutlich: Sie hatten eine Berechtigung nur, solange die Preise nicht erheblich stiegen. Vorausschauende Landwirte bezeichneten daher die „Ära der Schutzzölle als eine Gnadenfrist".[113]) Aber diese Erkenntnis drang schon fast bis in das liberale Lager vor, sie war keineswegs allgemein verbreitet unter den Landwirten und ihren Anhängern. Wo jedoch die städtischen, bürgerlichen Interessen rein zum Ausdruck kamen, da wurde mindestens eine Ermäßigung der Getreidezölle, eine Verbilligung des Lebens gefordert. Besonders deutlich wurde dieses

---

[112]) z. B. Demeaux, a. a. O. S. 31/34 und Engelheim a. a. O. S. 262.

[113]) Otto Beseler und Kurt Rümker a. a. O. S. 4.

Verlangen, wenn es außerdem auch noch mit geschäftlichen Überlegungen verbunden war.[114])

So war also im Volke ein Streit um die Getreidezölle, überhaupt um die Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches entstanden oder aufs Neue wachgeworden, noch bevor Genaues über die Pläne der Regierung bekannt war. Vorläufig konnte man nur um Prinzipien streiten.

Denn erst im September 1890, bei einer Begegnung des deutschen und des österreichischen Kaisers in Rohnstock wurde zum ersten Male über den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen den beiden Staaten verhandelt.[115]) Nach Bismarck, der hier eine nicht ganz zuverlässige Quelle ist, ging der Vorschlag zu diesem Vertrage von Österreich aus. Der österreichische Kaiser habe wahrscheinlich erklärt, „es müsse nun auch zur Vervollständigung des politischen Bündnisses, zu einer wirtschaftlichen Verständigung durch einen Handelsvertrag kommen". Und Kaiser Wilhelm werde erwidert haben: „Das will ich wohl machen, das kannst Du mir ruhig überlassen."[116]) Und seitdem — meint Bismarck — hat Kaiser Wilhelm unter dem Zwang gestanden, das in Rohnstock gegebene Versprechen einzulösen.

In den deutschen Zeitungen wurde aber schon im Januar 1890 von „der immer mehr hervortretenden Frage der Handelsverträge"[117]) gesprochen. Das Berliner Tageblatt glaubte, daß Deutschland „in der schutzzöllnerischen Entwicklung seinen Höhepunkt"[118]) erreicht habe. Und unterstützt wurden diese ersten Angriffe auf die bestehenden Zölle durch den immer wiederholten Hinweis auf die unerträgliche Steigerung der Preise. Der Roggenpreis, der am 1. Januar 1888 auf 11,90 Mark gestanden hatte, war fast dauernd gestiegen, so daß er im Dezember 1889 bei 17,60 Mark war.[119]) Entsprechend waren die Mehlpreise gestiegen.

---

[114]) Mercator a. a. O. S. 9.

[115]) Robert Wuttke, Der deutsch-österreichisch-ungarische Handelsvertrag, Verein für Sozialpolitik, Bd. 98, Leipzig 1902, S. 420. Auch Walter Lotz, Die Handelspolitik des Deutschen Reiches unter Graf Caprivi und Fürst Hohenlohe, Leipzig 1901, S. 73.

[116]) Ferdinand Philipp, Bismark Gespräche, Dresden 1928, S. 177.

[117]) Frankfurter Zeitung, 16. Januar 1890.

[118]) Berliner Tageblatt, 1. Januar 1890.

[119]) Conrads Jahrbuch 1890, S. 207.

Einhundert Kilogramm Brot kosteten 1889 24,72 Mark gegen 21,22 Mark ein Jahr davor. Diese dauernd zunehmende Steigerung der Brotpreise wurde von den sozialdemokratischen Zeitungen für eine untragbare Last erklärt, die allein durch die hohen Getreidezölle hervorgerufen sei. Nach einer Berechnung des Berliner Volksblattes hatte eine fünfköpfige Arbeiterfamilie jährlich ca. 56 Mark = $8^1/_5$ Prozent des Jahreseinkommens für die Zölle zu zahlen.[120]) Die radikalen Zeitungen forderten einfach die Abschaffung der hohen, preistreibenden Zölle. Sie waren gegen alle indirekten Steuern, die den Arbeitern das Leben verteuerten. Anders war die Lage für die liberalen Zeitungen, für das Berliner Tageblatt, die Vossische Zeitung, die Weserzeitung u. a. Sie waren zwar politisch gleichfalls gegen die Zölle eingestellt, mindestens gegen Zölle in der seit 1887 gebräuchlichen Höhe. Auch sie forderten also mit vielfachen Hinweisen auf die Teuerung, auf den Schmuggel an den Grenzen,[121]) auf die ganze unsoziale Last, die auf einen großen Teil der Bevölkerung drückte und eine kleine Minderheit bevorrechtigte, die Abschaffung der Zölle. „Billiges Brot, billiges Fleisch",[122]) war ihr Ruf, mit dem sie die Reichtagswahlen vom 20. Februar vorbereiteten. Aber damit wandten sie sich nicht nur gegen die rechts von ihnen stehenden Parteien, die an den bestehenden Zöllen festhielten, sondern zugleich waren sie auch zu dieser Forderung gezwungen, wenn sie nicht einen Teil ihrer Wähler an die Sozialdemokraten verlieren wollten.

Die Kreuzzeitung war der erklärte Anwalt der Landwirtschaft. Und neben ihr stand der Reichsbote, der im Februar die Zölle für unschädlich erklärte.[123]) Alle Schuld an der Teuerung wurde der Spekulation zugeschoben. Auch die Münchener Allgemeine Zeitung[124]) glaubte mit dem Nachweis sich zufrieden geben zu können, daß das Korn und die Kartoffeln in den letzten Jahren billiger geworden seien, ohne diese Preise mit denen des Weltmarktes zu vergleichen.

---

[120]) Berliner Volksblatt, 15. Februar 1890.
[121]) Frankfurter Zeitung, 20. Januar 1890.
[122]) Berliner Tageblatt, 2. Februar 1890.
[123]) Reichsbote, 5. Februar 1890.
[124]) Münchener, Allgemeine Zeitung, 12. Februar 1890.

Die Wahlen bedeuteten eine Niederlage für die Konservativen, einen Sieg für die Freisinnigen und die Sozialdemokratie. Die Konservativen verloren von ihren 120 Mandaten 30, den Nationalliberalen blieben von 100 nur noch 40. Dieser Verlust war in erster Linie den Freisinnigen zugute gekommen, deren Sitze von 32 auf 70 stiegen. Die Sozialdemokraten hatten zu ihren 11 Sitzen 24 hinzugewonnen.

„Das deutsche Volk hat am 20. Februar den Lebensmittelverteurern und ihren Begünstigern die Quittung ausgestellt."[125]) — Das war das Ergebnis dieser Wahlen: Eine verstärkte Agitation gegen die Getreidezölle. Auch von agrarischen Schriftstellern wurde der Ausfall der Wahl in einen direkten Zusammenhang mit der Zollpolitik und den Getreidepreisen gebracht.[126]) Das geringe weitere Ansteigen der Preise in den folgenden Wochen führte allerdings noch nicht, wie die Preußischen Jahrbücher meinten, zu einem „Sturm gegen die Lebensmittelverteuerer".[127]) Aber es genügte doch, um die Agitation weiter wach zu halten. Es reichte nicht mehr, wenn die Norddeutsche Allgemeine Zeitung auf die „Politik des Schutzes aller Zweige des Wirtschaftslebens" wies, die also auch den Arbeitern zugute käme.[128]) Die Verteidiger der Zölle beriefen sich überhaupt in dieser Zeit zu sehr darauf, daß das Schutzzollsystem darauf berechnet sei, „die Lage aller Arbeiter zu bessern."[129]) Weit ehrlicher war es, wenn in dem gleichen Artikel festgestellt wurde, daß mit oder nach den Getreidezöllen auch alle anderen Zölle fallen konnten. Sie waren allerdings nötig, um die Landwirtschaft konkurrenzfähig zu erhalten gegenüber dem billigen ausländischen Angebot. Die Frage war, ob sie in der bisherigen Höhe nötig waren. Das Berliner Tageblatt brachte immer wieder Artikel, die den Druck der Agrarzölle auf die Industrie beweisen sollten. Einmal war die Sonneberger Spielwarenindustrie am Export behindert, weil das Ausland Repressalien gegen die deutschen Getreidezölle unter-

[125]) Berliner Tageblatt, 28. Februar 1890.

[126]) Magnus Matzdorff, a. a. O. in der „Aufforderung zur zur Bildung von Genossenschaften und Einladung zur konstituierenden Versammlung".

[127]) Preußische Jahrbuch 1890 März.

[128]) Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 11. April 1890.

[129]) Kreuzzeitung, 11. April 1890.

nahm, das andere Mal hatte die Schutzzollpolitik der Nürnberger Spielwarenindustrie „unendlichen Schaden" gebracht.[130]) So sollten auch die Industriellen gegen die Zölle interessiert werden.

Zugleich aber zeigte sich jetzt die Wirkung des Rücktritts Bismarcks. „Fürst Bismarck, der sich vom Freihändler zum Schutzzöllner und zum Protektor des Agrariertums umgewandelt hatte, steht nicht mehr an der Spitze der Geschäfte . . . nichts ist dauernd als der Wechsel. Eine neue Zeit hat begonnen." „Daß über kurz oder lang dem System der Verteuerung der Volksnahrung und der Unterstützung der Großgrundbesitzer ein Ende gemacht wird, unterliegt keinem Zweifel."[131]) Der Mut zu Vorschlägen und Plänen war durch die neue Lage gehoben. Die Getreidezölle wurden als der kaiserlichen Sozialpolitik zuwiderlaufend bezeichnet. Und wenigstens ihre Ermäßigung sollte als „Anfang einer Finanzreform" in Angriff genommen werden. Die Zölle wollte man auf den Stand von 1885 zurücksetzen.[132])

Zu Beginn des Herbstes setzte eine neue starke Agitation ein. „Mit Genugtuung" hob das Berliner Tageblatt hervor, daß die Anregungen zu den Zollverhandlungen von Deutschland ausgegangen waren,[133]) und knüpfte an diese Handlung des „neuen Kurses" weitgehende Hoffnungen für die Zukunft. Schon in den ersten Tagen der Verhandlungen um den Handelsvertrag wurden die Aussichten als günstig für seinen Abschluß bezeichnet. Die Weserzeitung versprach sich Erleichterungen des Auslandshandels von einer Zollermäßigung — allerdings schienen die Aussichten im Reichstage ungünstig zu sein, „so lange das Zentrum und die mittelparteilichen Industriellen mit den konservativen Agrariern zusammengehen".[134]) Die Kölnische Zeitung ließ sich aus Österreich melden, daß auch dort ein Handelsvertrag keineswegs auf einstimmige Annahme zu rechnen habe. Diesseits der Leitha war die Stimmung nicht günstig. Die Industrie wußte, daß ihre Zölle ermäßigt werden würden. Alle diese die Hoff-

130) Berliner Tageblatt, 14. und 29. Mai. 1890.
131) Vossische Zeitung, 8. Mai 1890.
132) Die Nation, 1890, Nr. 34, S. 499 ff.
133) Berliner Tageblatt, 14. Oktober 1890.
134) Weserzeitung, 23. September, 24. Oktober 1890.

nungen dämpfenden Nachrichten schienen aber aufgehoben zu werden durch den Wechsel im Landwirtschaftsministerium. Am 17. November 1890 trat an die Stelle des bisherigen Ministers Lucius von Ballhausen der neue Minister von Heyden. Von ihm hoffte man, er werde klug genug sein, „um der gründlich veränderten Sachlage Rechnung zu tragen".[135]) Ein „Wechsel im System" schien damit erreicht zu sein.[136]) Die schutzzöllnerische Presse mußte sich in dieser Zeit darauf beschränken, die Verhandlungen um den Handelsvertrag in Wien als ganz unsicher hinzustellen.[137]) Daß die Zölle ermäßigt werden sollten, war auch dieser Presse klar. Die Kölnische Zeitung hielt sogar „eine gewisse Herabsetzung der Getreidezölle" für durchführbar, „ohne die wesentlichen Lebensbedingungen der deutschen Landwirtschaft zu beeinträchtigen, sofern dafür andererseits entsprechende wirtschaftliche Vorteile eingetauscht werden".[138])

Die Reichstagsverhandlungen vom 9. bis 11. Dezember zeigten, wie unklar die ganze Lage war, wie wenig man noch über einen zukünftigen Handelsvertrag sagen konnte. Und als Richter, der die Etatslage des Reiches als günstig für den Zollabbau hinstellte, eine beschleunigte „Rückkehr zu den alten Traditionen von 1879" forderte, erwiderte ihm der Reichskanzler kurz, „daß derartige Expektorationen nicht geeignet sind, die Verhandlungen mit fremden Regierungen zu erleichtern". Das Zentrum trat nicht nur für die Zölle fest ein, sondern Windthorst warnte sogar Österreich vor dem Glauben, daß Deutschland einen neuen Zolltarif brauche. „Ich bin der Ansicht, daß wir, wenn man uns nicht genügend entgegenkommt in Österreich, auch mit dem jetzigen Zollsystem fortarbeiten könnten, und ich meine, daß, wenn man in Österreich mit uns ernsthaft verhandeln will, man darauf Rücksicht zu nehmen hat". Die Regierung wurde bei ihren Verhandlungen von den Parteien im allgemeinen unterstützt.

Aber schon der Januar des Jahres 1891 brachte eine Veränderung der Lage. 1890 war von dem Sozialdemokraten Auer ein Gesetzentwurf auf Aufhebung der

[135]) Berliner Tageblatt, 16. November 1890.
[136]) Vossische Zeitung, 17. November 1890.
[137]) Kreuzzeitung, 18. November 1890.
[138]) Kölnische Zeitung, 7. November 1890.

Zölle für Getreide, Mehl, Butter, Fleisch und tierische Produkte gestellt worden. Zur gleichen Zeit hatte Richter die Ermäßigung der Kornzölle auf den Satz vor 1887 beantragt und außerdem die Revision des Zolltarifes, „welche unter gänzlicher Beseitigung der Zölle auf Korn, Vieh und Holz auch eine Entlastung des Verbrauchs der Landwirtschaft herbeiführt". Diese beiden Anträge wurden vom 13. bis zum 16. Januar beraten. Sie waren mehr ein Mittel gegen die agrarische Agitation, als ernstgemeinte Versuche, in die Gesetzgebung einzugreifen. Die Sozialdemokraten forderten als Ausgleich für die Zollausfälle außerdem Minderung der Militärlasten, ja, den Beginn einer allgemeinen Abrüstung. Auf die Annahme ihres Antrages hofften sie nicht. Für den Freisinn erklärte Richter: „In bezug auf das Ziel unterscheiden wir uns durchaus nicht von dem Antrage der sozialdemokratischen Partei" — die Handelsverträge und die Zölle in der Höhe von 1885 wurden nur als Übergang zu völligem Freihandel aufgefaßt. Die Beratung der beiden Anträge mitten in den Handelsvertragshandlungen mit Österreich-Ungarn brachte für die Regierung eine Probe auf die Richtigkeit ihres Weges. Gleich zu Beginn der Verhandlungen hatte Caprivi bemerkt: „wir können uns der Hoffnung hingeben, daß die Verhandlungen mit Österreich zu einem beide Teile befriedigenden Resultate führen werden". An einen vollen Erfolg der Verhandlungen konnte aber nicht gedacht werden, wenn auch nur der Antrag Richter angenommen wurde. Denn wenn durch diese Annahme die Zölle Deutschlands ermäßigt wurden, war nicht mit der Ermäßigung der österreichischen Industriezölle zu rechnen. Der Antrag Richter wurde erwartungsgemäß abgelehnt, die zweite Beratung des Gesetzentwurfes Auer hinausgeschoben. Am 24. Februar 1892 wurde auch er abgelehnt. Daß der Antrag Richter aber mit 210 gegen 106 Stimmen abgelehnt wurde, das gab der Regierung eine kräftige Stütze bei den Verhandlungen in Wien. Dort erkannte man, „daß der Reichskanzler nicht auf Annahme eines Handelsvertrages rechnen könne, in dem Deutschland wohl Österreich-Ungarn Zugeständnisse mache, aber seinerseits keine erhielte".[139]) Das Berliner Tageblatt stellte diesen Sieg der Agrarier als einen Pyrrhussieg

[139]) Wuttke, a. a. O. S. 434.

hin,[140]) „die Tage ihrer Politik sind gezählt". Das änderte aber nichts an der Niederlage Richters und seiner Anhänger. Freilich sahen die schutzzöllnerischen Parteien eine Zeitlang mehr in ihrem Siege, als er war Sie hofften auf vorsichtigeres Verhandeln der Regierung in Wien,[141]) zeitweise sogar auf ein Aufgeben der Verhandlungen, da der bestehende Reichstag eine wesentliche Ermäßigung der Zölle niemals annehmen werde.[142]) Daran war nicht zu denken. Und wenn die Norddeutsche Allgemeine Zeitung auch mehrfach betonte, „daß die Regierung gar nicht daran denke insbesondere die Interessen der deutschen Landwirtschaft hintanzusetzen",[143]) so faßten die im Februar in Berlin tagenden landwirtschaftlichen Vereine doch alle Resolutionen, nach denen die Herabsetzung der Getreidezölle den Ruin der deutschen Landwirtschaft zur Folge haben mußte. Jede Bevorzugung der Industrie wollte man vermieden wissen.[144]) Die Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer verlangte bei der etwaigen Bildung eines mitteleuropäischen Zollbundes Währungseinheit und Abschaffung des Meistbegünstigungsrechtes,[145]) was der Ablehnung der Bundesidee gleichkam. Im März ging durch die Zeitungen die Meldung, daß die Verhandlungen in Wien am Scheitern seien, da Deutschland einen Zoll von 4,50 Mark bot und Österreich eine Ermäßigung auf 3,50 Mark forderte.[146]) Im April war aber die Kornteuerung bereits so weit vorgeschritten, daß man begann, von der zeitweiligen Aufhebung der Getreidezölle zu sprechen. Der Roggenpreis stieg von 16,74 Mark im Jahre 1890 auf 20,63 Mark 1891, und entsprechend wurde das Brot von 27,10 auf 31,62 Mark für 100 Kilogramm verteuert.[147]) Conrad machte damals einen vielbesprochenen Vorschlag:[148]) Er erstrebte eine Senkung

[140]) Berliner Tageblatt, 17. Januar 1891.

[141]) Deutsches Wochenblatt, 1891, Nr. 4.

[142]) Reichsbote, 17. Januar 1891.

[143]) Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 9 u. 20. Februar 1891.

[144]) Archiv des Deutschen Landwirtschaftsrates (Plenarversammmlung) 2. und 3. Februar 1891, S. 227 ff.

[145]) XVI. Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer, 16. Februar, Berlin 1891 S. 32.

[146]) Münchener Allgemeine Zeitung, 9., 11. und 19. März 1891.

[147]) Conrads Jahrbuch 1892, S. 285.

[148]) J. Conrad, In Conrads Jahrbuch 1891, S. 516 f.

des Zolles auf 3 Mark. Dazu wollte er ihn in 20 Monaten um je 10 Pfennige fallen lassen. Dann sollte — wie es der Notwendigkeit entsprach — ein längerer Stillstand eintreten oder die Senkung weitergehen, nun aber nur noch in monatlichen Raten von 5 Pfennigen. Ein völliges Verschwinden der Zölle forderte er erst nach zehn bis fünfzehn Jahren. Mit diesem Vorschlage wurde der Kampf um die Suspension der Getreidezölle eingeleitet. Der Handelsvertrag war am 10. April zwischen den Regierungen der beiden Staaten vereinbart worden, er war also ziemlich gesichert. Seit Mitte Mai forderten die liberalen Zeitungen täglich die Zollsuspension. Gegen Ende des Monats schien die zeitweilige Aufhebung gesichert.[149]) Für den 5. Juni etwa erwartete man die endgültige Entscheidung. Die Weserzeitung glaubte an eine Ermäßigung des Zolles auf 2,50 Mark bis November.[150]) Sogar der Reichsbote war für zeitweilige Aufhebung der Getreidezölle, „falls die Teuerung anhält".[151]) Die Regierung wurde zur Entscheidung gedrängt. Da gab Caprivi am 1. Juni bekannt, daß eine Suspension der Getreidezölle nicht stattfinden würde. Die Preise, die auf das Gerücht von der wahrscheinlichen Aufhebung der Zölle für Weizen um 7, für Roggen um 6 Mark zurückgegangen waren, hoben sich, wie die Vossische Zeitung berichtete,[152]) sofort um 4—5 Mark. Die Vossische Zeitung hoffte, daß die Zustände bald eine Suspension erzwingen würden. Dann wäre allerdings Caprivis Stellung „gründlich erschüttert" gewesen. Die Sozialdemokratie antwortete mit acht Volksversammlungen, die am 6. Juni in Berlin unter dem Leitwort „Fort mit den Kornzöllen" stattfanden.[153]) In den folgenden Wochen wurden gleichartige Versammlungen in anderen Städten abgehalten. Das Berliner Tageblatt bemerkte in diesen Tagen:[154]) „Es ergibt sich als Kennzeichen der zollpolitischen Situation der merkwürdige Gegensatz, daß der Staatsmann, welcher heute als der entschiedenste Agrarier auftritt, doch in nicht allzu langer

149) Vossische Zeitung, 28. Mai 1891.
150) Weserzeitung, 30. Mai 1891.
151) Reichsbote, 23. Mai 1891.
152) Vossische Zeitung, 1. Juni 1891.
153) Vorwärts, 7. Juni 1891.
154) Berliner Tageblatt, 5. Juni 1891.

Zeit ein entschlossener Gegner der äußersten agrarischen Ansprüche sein wird". Caprivi hat später die Erklärung für diesen Umstand gegeben: „Hätten wir damals nachgegeben, und wäre dann zum zweiten Male eine mäßige Ernte eingetreten, so wären die agrarischen Zölle auf Nimmer- und Nimmerwiedersehen verloren gegangen".[155]) Nachdem nun die Zölle in ihrem Bestande bis zum Inkrafttreten des Handelsvertrages gesichert waren, war plötzlich auch die Allgemeinheit der Landwirte der Ansicht, daß eine Aufhebung der Zölle bis zur Ernte nicht schädigend gewirkt hätte,[156]) sie wäre allerdings aber auch „auf die Preisbildung vollkommen einflußlos gewesen".[157]) Ein konservatives Blatt gab sogar zu, daß die augenblicklichen Kornpreise zu hoch seien, man war für Suspension — nur nicht unmittelbar vor der Ernte.[158]) In den folgenden Monaten wurde diese Frage noch hin und her gewendet. Zu einer Änderung der Lage kam es nicht mehr. Die Regierung hatte ihren Standpunkt fest eingenommen. Die Agitation gegen die Getreidezölle wurde fortgesetzt. Das Berliner Tageblatt zog eine Parallele zu dem England von 1844—1846,[159]) in dem die Anti-Corn-Law-League so große Erfolge in ihrem Kampfe errungen hatte. Fast zur gleichen Zeit versuchte eine Broschüre,[160]) die englische Organisation auf Deutschland zu übertragen. Sie hatte keinen Erfolg. Als später in Rußland ein Ausfuhrverbot für Getreide erlassen wurde, schien Caprivis Stellung erschüttert. „Die Tatsachen selbst haben Herrn von Caprivi eine goldene Brücke gebaut — warum zögert er, den Rückzug anzutreten?"[161]) Man forderte noch einmal die Aufhebung der Getreidezölle. Aber nun nach der Ernte war weniger Aussicht als je auf Erfolg für diese Forderung. Der Streit ließ langsam nach. Man befand sich vor den Reichstagsverhandlungen über den Handelsvertrag.

Auch die Agitation außerhalb der Zeitungen, durch Broschüren, für und gegen die Kornzölle und damit

---

155) Reichstag, 10. Dez. 1891, Sitzungsbericht S. 3304.

156) Der Landwirt, 2. Juni 1891.

157) Reichsbote, 6. Juni 1891.

158) Deutsches Wochenblatt, 4. Juni 1891.

159) Berliner Tageblatt, 25. Juni 1891.

160) Grabowski, Der Kampf gegen gegen die Kornzölle in England, 1838—1846, Berlin 1891.

161) Vossische Zeitung, 12. und 14. August 1891.

auch für und gegen den deutsch-österreichischen Handelsvertrag war in diesem Jahre zahlreich und erbittert. Die allerwildeste Hetze allerdings — ein „Dichterwort an Wilhelm II."[162]) — wurde bald beschlagnahmt[163]) wegen seiner Verse:

„Der Blutzoll säuft unser Herzensblut,
Der Blutzoll muß fallen! Er oder wir!
Öffnet die Speicher! Blut oder Brot!
Weh' euch, weh' euch! — Wenn wir die Herrschaft haben!
Am Mark des armen Volks euch zu bereichern,
Laßt ihr das Korn verfaulen in den Speichern.
Blutfressend, Pest und Tod den letzten Säften,
Nutzt ihr die Hungersnot zu Geldgeschäften."

Und nicht viel bescheidener war jener „Ghibellinus",[164]) der den Kaiser als „den mächtigsten Mann im Reiche" in einem offenen Briefe aufforderte, hart zu werden und zu erkennen, „daß es seine nächste Aufgabe ist, den heutigen Stegreifrittern, den agrarischen Sündern und Zöllnern das Handwerk zu legen" — mit der Drohung, daß er sonst wohl nicht mit der Sozialdemokratie „fertig" werden würde.

Florian Geyer und Ghibellinus stellten sich erfolgreich gegenüber die „Borussen", von denen man nicht genau wußte, wer sich hinter dem Decknamen verbarg. Man schwankte zwischen dem Bismarck- und dem Walderseekreis. In zwei Broschüren — „Ablehnen oder Annehmen" und „Was für einen Kurs haben wir?"[165]) — entwickelten sie ihr Programm. Sie verlangten Umkehr der Politik und Rückberufung Bismarcks auf den Posten des Reichskanzlers. Den Handelsvertrag lehnten sie in der vereinbarten Form ab, weil er schlecht vorbereitet sei und Deutschland nur Nachteile bringe, dem Auslande aber, besonders Österreich und England, den Vorteil. Sie forderten geradezu eine Erhöhung der Getreidezölle auf 6,50 Mark. Mit dem Vorwurf der schlechten Vorbereitung des

---

162) Florian Geyer, Gieb uns Brot, Kaiser! Berlin 1891.

163) Tischert, Fünf Jahre deutscher Handelspolitik, Leipzig 1898, S. 66.

164) Ghibellinus, a. a. O.

165) Borussen, Ablehnen oder Annehmen und Was für einen Kurs haben wir? Beide Gotha 1891.

Handelsvertrages standen sie nicht allein. Nicht nur die Landwirtschaft machte der Regierung zum Vorwurf, daß sie nicht genügend die Interessenten befragt habe, auch der Langnamverein beklagte später, „daß die deutschen Unterhändler vielfach Konzessionen gemacht hatten, die unmöglich gewesen wären, wenn man vorher die beteiligten Kreise gehört hätte.“[166])

Am 10. Dezember 1891 begann die erste Beratung des Handelsvertrages im Reichstage. Caprivi eröffnete sie. In einer langen Rede nahm er für die Regierung Stellung zu dem Vertrage.[167]) Er ging davon aus, daß es sich bei diesem Vertrage nicht handeln konnte um die Frage: Freihandel oder Schutzzoll? „Es handelt sich heutigen Tages darum, die Mittel zu finden, die für dies Land zur gegenwärtigen Zeit die geeignetsten sind, um seine Landwirtschaft lohnend zu erhalten, seine Industrie im Betriebe zu wissen und seinen Arbeitern Arbeit zu geben.“ Besonders auf die Industrie ging er ein. Man habe gesagt, Deutschland wäre ein Industriestaat geworden, „und ich bin auch nicht abgeneigt, diesen Ausdruck anzunehmen, insofern, als die Industrie fortwährend im Steigen ist und fortwährend an Bedeutung für den Staat gewinnt.“ Für diese Industrie wurde besonders der Handelsvertrag geschlossen, um ihr einen gesteigerten Absatz, den sie im Inland nicht in genügendem Maße fand, im Auslande zu sichern. Eile war nötig, glaubte Caprivi, um die Märkte des Auslandes, „welches sich auf die Dauer von uns abschließen zu wollen scheint“, „zu ersetzen durch eine Vereinigung mit anderen naheliegenden Nationen“. Man wollte nicht Menschen exportieren, wie man es seit 1879 dauernd in hohem Maße getan hatte — sehr zur Schwächung der deutschen Wehrkraft — sondern Waren, die die Menschen im Inlande beschäftigten und den Nationalreichtum erhöhten. Zur Landwirtschaft gewandt erklärte er, daß Zölle nötig seien. Allerdings wären sie mit 5 Mark zu hoch. „Die Erhöhung der Zölle auf 5 Mark war eine Kraftprobe; und ich glaube, diese Kraftprobe ist nicht zugunsten des Staates ausgefallen. Man hat den Bogen überspannt.“ Er betonte

166) W. Beumer, 25 Jahre Tätigkeit des Vereines zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, Düsseldorf 1896, S. 225.

167) Verhandlung vom 10. Dez. 1891, 137. Sitzung S. 3302 ff.

den Wert der Landwirtschaft für Familie und Patriotismus, für die Ernährung im Frieden und besonders im Kriege. Aber er glaubte auch, daß der Zoll von 3,50 Mark die Landwirtschaft nicht fühlbar schädigen würde. „Die Landwirtschaft wird imstande sein, diese Zollherabsetzung zu tragen und weiter zu prosperieren." Und hier gebrauchte er die Worte, die in den folgenden Jahren immer wieder gegen ihn und gegen die Zölle, nur selten für ihn zitiert wurden: „Ich variiere insofern von den Herren Agrariern, glaube ich, als ich der Meinung bin, es handelt sich nicht darum, daß in dieser Beziehung die Landwirtschaft Opfer bringt, sondern darum, daß für die Landwirtschaft Opfer gebracht werden." Die Vorwürfe über die schlechte Vorbereitung des Handelsvertrages erklärte der Reichskanzler für unberechtigt. Das Reichsamt des Innern, die handelspolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes und das Preußische Handelsministerium waren an der Bearbeitung beteiligt. „Wo im Laufe der Verhandlung Fragen auftraten, die schwierig, zweifelhaft sein konnten, sind Sachverständige gehört worden." Politisch war der Vertrag eng an den Dreibund angeschlossen. Caprivi wandte sich hier gegen Bismarcks Ansicht — ohne Bismarcks Namen zu nennen — daß man mit einem Lande politisch befreundet sein und wirtschaftlich Krieg führen könne: „Wenn ich jemand wirtschaftlich mit einem Krieg überziehe, so will ich ihn schwächen; wir aber haben gerade das Interesse, unsere Verbündeten zu stärken". Im ganzen wurde der Vertrag als am Anfange einer Reihe stehend bezeichnet: „Wir haben die Hoffnung, daß mit der Zeit noch andere Staaten sich . . . anschließen werden". Und ganz in die Zukunft schauend ergänzte er sich: „Es ist nicht unmöglich, daß die Zeit kommen wird, wo sie (die europäischen Staaten) einsehen werden, daß sie Klügeres zu tun haben werden, als sich gegenseitig das Blut auszusaugen, weil sie im wirtschaftlichen Kampfe um das Dasein genötigt sein werden, alle ihre Kräfte einzusetzen" — gegen Amerika. Also auch hier die Idee des Paneuropas — wenigstens wirtschaftlich — das sich gegen Amerika, den gefährlichen Feind der Zukunft vereint. Interessant ist es, zu beobachten, wie Caprivi die Tradition zu erhalten versuchte. Er verteidigte sich entschieden gegen die Behauptung, er habe einen neuen

Weg eingeschlagen. Und wenn er auch zugeben mußte, daß er den Wagen, der „zwölf Jahre in einem Geleise gegangen ist", in ein anderes gebracht hatte, so fügte er sogleich hinzu, daß „das andere dicht neben dem ersten liegt". Auch Marschall hob am nächsten Tage „dieses Festhalten an dem Programm von 1879" hervor.[168])

In der Beratung wehrten sich die Vertreter der Landwirtschaft weniger gegen die Ermäßigung der Zölle auf 3,50 Mark, obgleich sie auch diese für verderblich erklärten, als gegen die Bindung der Zölle auf zwölf Jahre. Für diesen Zeitraum durfte man nach ihrer Ansicht nicht Abmachungen treffen, da kein Mensch so weit in die Zukunft sehen könne. Der Abgeordnete von Kardorff sagte: „Auf fünf Jahre würde ich mit mir reden lassen". Aber die Regierung ließ in dieser Frage nicht mit sich reden. Caprivi antwortete ihm, „daß die verbündeten Regierungen den Vertrag auf fünf Jahre sich n i c h t würden gefallen lassen". Und in dieser Haltung wurden sie von der Mehrheit des Reichstages unterstützt. Die Bindung auf zwölf Jahre gab eine gewisse Gewähr der Entwicklung, bot der Industrie und dem Handel die Stetigkeit, deren sie bedurften. Eine Gefahr der Ablehnung des Vertrages mit Österreich wurde in diesen Tagen nicht spürbar. Man beschränkte sich in den Reden auf die alten, in den Zeitungen seit Monaten breit getretenen Argumente des Ruins der Landwirtschaft auf der einen und der Brotverteuerung auf der anderen Seite. Angriffe auf die Junker und Großbesitzer oder auf die vaterlandslose Sozialdemokratie vermochten die Verhandlungen nicht zu beleben. Die agrarische Opposition hatte keine Tatsache, mit der sie die Schädlichkeit des Handelsvertrages beweisen konnte. Um so gefährlichere Folgen a h n t e man für die Zukunft. Alle Notstände, einzeln fast unbedeutend, wurden zusammengetragen, und an dem Bilde ihrer Gesamtheit suchte man zu beweisen, daß die Landwirtschaft trotz gestiegener Preise sich in einer Krisis befand. Da die Regierung Wert auf die Annahme des Vertrages vor Weihnachten legte und wohl auch weil die Annahme sicher war, wurde der konservative Antrag auf Kommissionsberatung abgelehnt. Unmittelbar auf die erste Beratung folgte vom 14. Dezember ab die zweite mit den Spezialdiskussionen. Am

[168]) 138. Sitzung, Sitzungsbericht S. 3320.

18. Dezember nahm der Reichstag mit 243 gegen 48 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen den Vertrag mit Österreich an.

Keine Zeitung verurteilte den Handelsvertrag direkt, nachdem er einmal angenommen war. Der Vorwärts hielt ihn für unzulänglich und keineswegs für die „rettende Tat", wie ihn der Kaiser am 18. Dezember 1891 nannte. Und wenn die Sozialdemokraten im Reichstage für den Vertrag gestimmt hatten, so eben nur, weil es galt, „dem Volke wenigstens das Erreichbare zu sichern".[169]) Die „Nation" hatte den Vertrag schon vor der Annahme den „ersten energischen Axthieb gegen die agrarisch-schutzzöllnerische Interessenpolitik des Fürsten Bismarck"[170]) genannt. Und das war denn auch die Furcht der Kreuzzeitung: der Beginn einer freihändlerischen Ära, trotz der festen Zusicherung Caprivis im Reichstage, daß man an dem Zoll von 3,50 Mark festhalten werde. Der politische Erfolg, der in dem Vertrage steckte, wurde allgemein anerkannt. Sogar der „Reichsbote" lobte den Reichskanzler, der die „Friedenspolitik des Deutschen Reiches wieder auf die Höhe geführt"[171]) habe. Als Caprivi vom Kaiser zum Dank für die erfolgreiche Arbeit am Handelsvertrage den Grafentitel erhielt, hielt nur die „Kölnische Zeitung", die noch am 8. Dezember aus Furcht vor einer Auflösung des Reichstages zur Annahme geraten hatte, den Anlaß für ungeeignet zu einer solchen Ehrung.[172])

Die „Post" hielt die Zugeständnisse an die deutsche Industrie für nicht ausreichend.[173]) Und daran war soviel richtig, daß sich die Industrie fast einmütig gegen den Handelsvertrag ausgesprochen hatte. Am 15. Dezember hatte der Langnamverein offen Stellung genommen für die Landwirtschaft und gegen die Regierung. Man versprach sich nur geringe Vorteile für die Zukunft, und außerdem liege es „der Industrie fern, Vorteile auf Kosten der Landwirtschaft zu erstreben".[174]) Diese ausgesprochen freundliche Stellung für die Land-

[169]) Vorwärts, 22. Dezember 1891.
[170]) Nation, 12. Dezember 1891.
[171]) Reichsbote, 12. Dezember 1891.
[172]) Kölnische Zeitung, 19. Dezember 1891.
[173]) Die Post, 19. Dezember 1891.
[174]) Beumer, a. a. O. S. 225.

wirtschaft hielt auch nach der Annahme des österreichischen Vertrages und der anderen für die Landwirtschaft nebensächlichen Verträge an. Aber es wurde nun klar, welches der tiefere Grund dieser Freundschaft war: man fürchtete um die eigenen Zölle. Und der Verein ermahnte gerade zu die Regierung, „an den Grundprinzipien des Schutzes der nationalen Arbeit" festzuhalten, „um so mehr . . . als die Gegner dieses Schutzes bereits heute den Sieg des schrankenlosen Freihandels für die nächste Zukunft in Aussicht stellen zu dürfen glauben".[175]) So war es auch bei den anderen Industriezweigen. Der „Verband Deutscher Glasindustrieller" verzichtete schon im Februar auf Vorteile, die nur durch Konzessionen der Landwirtschaft zu erreichen seien[176]) — tatsächlich wurden im Handelsvertrage die Glaszölle auf deutscher Seite zum Teil herabgesetzt. Die chemische Industrie trat als einziger Zweig offen für die Herabsetzung der Zölle ein in einer Resolution des „Vereins zur Wahrung der Interessen der Chemischen Industrie Deutschlands".[177]) Die Vereinigungen des Handels — wie zum Beispiel der „Deutsche Handelstag"[178]) und das „Ältesten-Kollegium der Berliner Kaufmannschaft"[179]) — begrüßten den Vertrag, auch die Bindung auf zwölf Jahre, die Landwirtschaft erwähnten sie überhaupt nicht. Ähnlich verhielt sich die Bayerische Handelszeitung.[180])

Caprivi hatte im Reichstage gesagt, daß der Handelsvertrag auf lange Sicht abgeschlossen sei, daß man also auf seine günstige Auwirkung nicht vom ersten Tage der Gültigkeit ab rechnen dürfe. Aber kaum waren die Verträge in Kraft getreten, da begann das „Berliner Tageblatt" schon ihre Vorzüge weiter zu errechnen:[181]) die Weizenpreise waren erheblich gesunken. Die Vorteile für die Industrie traten allerdings — wenn überhaupt — nicht so schnell ein. Der Langnamverein nannte auch im April 1892 noch den Vertrag

[175]) Beumer, a. a. O. S. 226.

[176]) Deutsche Konsulatszeitung, 18. Februar 1891.

[177]) Deutsche Konsulatszeitung, 1. April 1891.

[178]) Deutsche Konsulatszeitung, 29. April, 23. Dezember 1891.

[179]) Die Korporation der Kaufmannschaft von Berlin, Berlin 1920, S. 438 f.

[180]) Bayerische Handelszeitung, 13. Dezember 1891.

[181]) Berliner Tageblatt, 10. Februar 1892.

eine Enttäuschung. Man begrüßte zwar die Bindung auf zwölf Jahre, aber es war für die Zölle nur eine Bindung nach oben. Daß Caprivi am 10. Dezember 1891 gesagt hatte: „Keine Regierung ist imstande, vorauszusehen, was sie in zwölf Jahren tun wird", und daß ein Vertreter der Landwirtschaft im Reichstage direkt gegen die Industriezölle aufgetreten war: „Ich glaube nicht, daß die Landwirtschaft geneigt sein wird, wenn jetzt die landwirtschaftlichen Zölle hauptsächlich abgebröckelt werden, die industriellen Schutzzölle noch länger gegen die freihändlerischen Angriffe verteidigen zu helfen. Jeder Beweggrund hierfür fällt für uns fort . . ." — das zeigte zu deutlich die Gefahren, die der Industrie zu drohen schienen. Man konnte nun nicht noch außerdem eine Geschäftsbelebung durch die Handelsverträge zugeben.[182]) Wenn man nach diesen Angaben der Interessenten urteilen dürfte, so hätte eigentlich keines der beiden Länder einen Vorteil durch den Vertrag gehabt. Denn in Österreich errechnete der „Industriellen Club"[183]) für das erste Vertragsjahr einen Rückgang der Ausfuhr nach Deutschland bei Roggen um 19 Prozent, bei Weizen um 44 Prozent; nur der Haferexport war beträchtlich gestiegen, um 248 Prozent.

Die Agitation gegen den Handelsvertrag hörte in Deutschland auch nicht auf, nachdem er abgeschlossen war und Gültigkeit erlangt hatte. Die „Borussen" traten noch einmal auf[184]) und versuchten zu beweisen, daß die Handelsverträge, von denen nur Österreich und Italien die Vorteile, nämlich die Zahlungen Deutschlands zur Erhaltung des Dreibundes, hatten, allein dem Haß gegen Bismarck zu verdanken seien. Sie konnten nichts neues sagen, darum verfielen sie in Angriffe auf die Person des Reichskanzlers, den man nicht nur einen Dilletanten, sondern auch ein „glattes Talent" nannte. Nicht viel anders war es mit den übrigen Angriffen. Sie wandten sich durchweg gegen Caprivi, dem man eine Politik der „Angstmeierei"[185]) vorwarf. Eine Stärkung des Dreibundes wollte man in dem Vertrage niemals

[182]) Berichte des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, Berlin 1892, Nr. 57, S. 63 ff.

[183]) Mitteilungen des Industriellen Clubs 1893, Nr. 10.

[184]) Borussen, Die nächste Zukunft der deutschen Nation in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht, Gotha 1892.

[185]) Von einem alten Politiker, Darf Caprivi bleiben? Berlin o. J. (1892).

erkennen, höchstens ein Eingeständnis von Deutschlands Schwäche. Und damit war man wieder auf dem Punkte, wo man Caprivi Bismarck gegenüberstellen konnte. Der Streit 1892 ging nur dem Namen nach um die Handelsverträge, im Grunde kämpfte man um die Person Bismarcks. Bismarck hatte den Dreibund, so urteilte man, fest in der Hand gehabt. Nun aber, da der „neue Kurs" gesteuert wurde, war das Amt des Steuermanns an Österreich übergegangen.[186])

Die Landwirtschaft war in diesem Kampf nur soweit wichtig, als man an ihr die Ergebnisse dieser falschen Politik demonstrieren konnte. Für eine Erhöhung der Zölle — wie die „Borussen" sie gefordert hatten — trat kein Mensch mehr ernsthaft ein. Nur die landwirtschaftlichen Vertretungen, wie etwa der „Deutsche Landwirtschaftsrat", forderten auch jetzt noch eine ganz bestimmte Sicherung wenigstens der herabgesetzten Zölle. Und die gab ihnen der Reichskanzler.[187])

III. Die neue Zollpolitik und die deutschen Landwirte.

a) Das Sinken der Getreidepreise.

Am 1. Februar 1892 traten die neuen Handelsverträge in Kraft. Von 1890 bis 1891 war der Großhandelspreis für eine Tonne Weizen in Berlin noch von 195 auf 224 Mark gestiegen und hatte die Agitation gegen die hohen Schutzzölle gesteigert. Im Jahre 1892 fielen die Getreidepreise plötzlich. Der Weizen kostete in Berlin nur noch 176 Mark, bis 1893 verbilligte er sich sogar auf 152 Mark, und das Ende dieses Preissturzes war nicht abzusehen. Es lag nahe, die Preissenkung als eine direkte Wirkung der neuen Handelsverträge, d. h. der ermäßigten Zölle hinzustellen, die von agrarischer Seite vorausgesagt worden und erwartungsgemäß eingetreten sei. Wie das Sinken der Preise dem Pessimismus der Landwirte recht zu geben schien und mit der Zeit für viele Landwirte ein gewichtiger Grund wurde, den „Bund der Landwirte" gründen zu helfen oder ihm beizutreten, so erschwerte es die Lage der

[186]) Erwin Bauer, Caveat Populus! Leipzig 1892, S. 118.

[187]) Deutscher Landwirtschaftsrat, 20. Plenarversammlung 1892, S. 709 f., 740.

Regierung, die behauptet hatte, daß die Zollsenkung um 1,50 Mark der Landwirtschaft keinen Schaden tun könnte. Es war bei weitem leichter und auch sinnfälliger, die Preissenkungen auf die Zollherabsetzung zurückzuführen, als sie von den verwickelten Verhältnissen der Weltproduktion und des Weltmarktes abzuleiten.

Hatte das Jahr 1890 in vielen Gegenden nur durchschnittliche oder sogar Mißernten gebracht, so waren 1891—1892 gute Erntejahre. In den Vereinigten Staaten waren die Ernten:[188])

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
1890	399 262	24 807	67 168	523 621
1891	611 780	31 752	86 839	738 394
1892	515 949	27 999	80 097	661 035

Von den reichen Ernten des Jahres 1891 waren große Bestände in das Jahr 1892 mit hinübergenommen worden. Sie drückten also weiter auf die Kornpreise. In Rußland, dem vornehmlichen Roggenlieferanten Deutschlands, waren die Preise per Pud in Kopeken:[189])

	Winterweizen		Sommerweizen		Roggen		Gerste		Hafer	
	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II
1891	118	123	120	119	118	124	83	95	73	73
1892	88	—	87	100	76	82	62	80	61	66
1893	64	90	62	87	46	69	42	70	43	56

Sie erreichten damit zwar noch nicht wieder den Stand von 1890, vor der Mißernte. Aber bei den deutschen Landwirten, die geneigt gewesen waren, die Steigerung der Roggenpreise als unabänderlich hinzunehmen, verbreitete auch dieses Sinken schon die Furcht vor einem schwereren weiteren Preissturz. Verschärft wurde diese Preissenkung noch durch eine allgemeine Frachtensenkung. Der Frachtsatz für den Bushel Weizen von New York nach Liverpool,[190]) sank von 1891 bis 1893 von 3,2/16 d über 2,1/16 auf 2,6/16. Der Transport von 1 Zentner Getreide von Chicago nach Hamburg verbilligte sich in der gleichen Zeit von 55 auf 50 und 52,5 Cts.[191]) Der Weizenfrachtindex fiel von

[188]) Juraschek, a. a. O. S. 15 f.
[189]) Juraschek, a. a. O. S. 51.
[190]) Juraschek, a. a. O. S. 26.
[191]) Juraschek, a. a. O. S. 27.

100 in den Jahren 1886 bis 1890, auf 85,3 für 1891 bis 1895.[192]) Erst durch diese Frachtermäßigung erklärt es sich, daß die Exportpreise den niedrigen Farmpreisen ganz naherücken konnten. Kostete der Bushel aus den Vereinigten Staaten exportierten Weizens 1891 noch 103 cts., so war sein Preis 1893 auf 67 cts. gesunken.[193]) So wird auch die Preisgestaltung auf dem Londoner Markte erklärt. Die Londoner Preise waren:[194])

1890—1892	. . .	33 sh	1 d
1891—1893	. . .	31 sh	2 d
1892—1894	. . .	26 sh	6 d

Je billiger die Fracht wurde, je weniger ihre Kosten den Preis eines Massengutes wie Getreide belastete, um so konkurrenzfähiger wurden auf dem Weltmarkte die entfernt gelegenen getreidebauenden Länder. Argentinien, das 1889 mit einer Getreideausfuhr nach Deutschland von 200 Doppelzentner noch gar keine Bedeutung gehabt hatte, griff in den folgenden Jahren in schnell steigendem Maße in die Getreideversorgung Deutschlands ein. Deutschland erhielt von Argentinien an Getreide:[195])

1890	. . .	77 818 Doppelzentner,
1891	. . .	123 960 „
1892	. . .	501 406 „

In den ersten zehn Monaten des Jahres 1893 verdreifachte sich die Menge von 1892.

Allerdings bedeutete diese erhebliche Steigerung der Einfuhr aus Argentinien nicht zugleich eine Mehreinfuhr an Getreide nach Deutschland überhaupt. Auch in Deutschland stiegen die Ernten. War 1891—1892 eine Einfuhr von Roggen und Weizen von insgesamt 2,2 Millionen Tonnen nötig gewesen, so ermäßigte sich diese Menge schon im folgenden Jahre auf 1 Million Tonnen und betrug 1893—1894 nur noch 922 000 Tonnen.[196]) Aber den deutschen Landwirten blieb doch das

[192]) A. Sartorius von Waltershausen, die Entstehung der Weltwirtschaft, Jena 1931, S. 440.

[193]) Juraschek, a. a. O. S. 27.

[194]) Stillich, a. a. O. S. 37.

[195]) Fühlings Landwirtschaftliche Zeitung 1895, Heft 3.

[196]) Nachrichten vom deutschen Landwirtschaftsrat, 2. Jahrgang Nr. 9, 1897, S. 281 f.

Bewußtsein, daß nicht allein dem Weltmarkt, den sie nicht mehr belieferten, sondern auch dem deutschen Markte ein neuer Lieferant entstanden war, der sich in der Lage befand, bei guten deutschen Ernten die Preise besonders tief zu drücken und bei schlechten ihre Erholung zu verhindern. Bei gesteigerter Konkurrenz auf einem in seiner Aufnahmefähigkeit beschränkten Markte war eine Wirkung auf die Preise vorauszusehen. Verstärkt wurde diese unheilvolle Wirkung des ausländischen Angebots durch die im ersten Kapitel geschilderten technischen Rückständigkeiten in der deutschen Landwirtschaft — zum großen Teile eine Folge der Wirtschaftspolitik des Interessentenschutzes, wie Bismarck sie getrieben hatte. Als die Bedrängnis der Landwirte stieg, betraten diese, der Initiative entwöhnt, nicht den Weg der technischen Selbsthilfe, sondern suchten, auf politischem Wege ihre Lage zu verbessern.

b) Die Gründung des Bundes der Landwirte als politische Gegenaktion.

Diese beiden Erscheinungen sind also zusammen zu betrachten: Die Preise für Getreide sanken seit dem Anfang des Jahres 1892 unaufhörlich. Und im Reichstage hatten die Landwirte außerdem eine Niederlage erlitten. Ihre Versuche, die Herabsetzung der Getreidezölle zu verhindern, waren in der Öffentlichkeit wie im Reichstage, zersplittert, erfolglos gewesen. Es hatte sich gezeigt, daß ein Stand, wenn er überhaupt im Kampfe gegen die Gesamtheit der anderen Berufsstände Erfolge erringen wollte, fest und zielbewußt in einer einzigen einigen Front stehen mußte. Die häufig unbemittelten Versuche der einzelnen Zeitungen und begeisterten Schriftsteller, der vielen kleinen und großen landwirtschaftlichen Vereine verliefen sich wirkungslos. Sie wurden übertönt von einer starken feindlichen Presse, die eine große Zahl von Lesern und damit von Wählern beeinflußte. Die Abgeordneten im Reichstage stimmten, wie die Parteien, nicht wie die Interessen ihrer Wähler es verlangten. Der Gedanke lag nahe, die Landwirtschaft zusammenzufassen in einem großen Bunde. In diesem Bunde würden sich die sonst in viele kleine Kassen geflossenen Beiträge der Mitglieder sammeln. Er würde durch die Tagespresse und durch

die Literatur kräftig seine Ansichten verbreiten. Er würde schließlich auch die Reichstagsmitglieder verpflichten können, das Interesse ihrer Wähler wahrzunehmen. Kurz: da sich erwiesen hatte, daß die Landwirtschaft zersplittert machtlos war, sollte ein Bund als neue Kraft in das Wirtschaftsleben bestimmend eingreifen. So erhielten die Vorschläge zur Gründung eines großen landwirtschaftlichen Vereines für ganz Deutschland einen neuen so starken Anstoß, daß sie schließlich zur Gründung des Bundes der Landwirte führten.

Der Gedanke, einen großen, alle deutschen Landwirte vertretenden Bund zu bilden, ist im Dezember 1892 nicht zum ersten Male aufgetaucht. Er ist alt und war das Ziel aller größeren Vereinigungen wie der 1837 gegründeten „Wanderversammlung Deutscher Landwirte", der „Ackerbaugesellschaft" von 1861 und der verschiedenen Zentralvereine, die zu diesem Zwecke 1872 den „Deutschen Landwirtschaftsrat" gründeten.[197]) Aber alle diese Vereine hatten doch vorwiegend landwirtschaftstechnische Ziele. Die Forderungen, die später der Bund der Landwirte vertrat, waren bei ihnen noch nicht oder doch nicht in so eindeutiger Weise formuliert. Erst Engelheim[198]) schrieb: „Ebenso wie Handel und Industrie ihre Interessen mit allem Nachdruck selbst zu vertreten wissen, und in jeder Hinsicht mit Erfolg vertreten, so dürfte die Zeit nicht mehr so ferne sein, wo auch die Landwirtschaft in ähnlicher entsprechender Weise durch wirklich ausübende Landwirte die Förderung ihrer Angelegenheiten findet". Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen durch ausübende Landwirte in Gesetzgebung und Verwaltung, das war der Wunsch der Landwirte. Und auch die einzige große Möglichkeit, durch die diese Vertretung allein zu erreichen war, hatte man erkannt: In den Reichstag und in die Landtage mußte die Landwirtschaft „aus ihrer eigenen Mitte unabhängige Vertreter" schicken, „dann werden die anderen Stände einen Ausgleich ihrer Interessen und Forderungen mit denen des Landmannes suchen müssen".[199]) Daß der Zeitpunkt dieses allge-

[197]) Handwörterbuch der Staatswissenschaften, III. Aufl. Bd. 6 S. 395 ff.

[198]) a. a. O. S. 138.

[199]) Karl Mayer, Die ländlichen Genossenschaften als Mittel zur Organisation des Bauernstandes, Leipzig 1891, S. 21.

meinen Aufstandes, der die Landwirte Deutschlands „vom größten Latifundienbesitzer bis zum kleinsten Stellenbesitzer“[200]) vereint sehen würde, nicht mehr fern sei, wurde immer wieder betont. Es gab auch schon größere Bauernvereine, die man vorbildlich nannte, und an die sich anzuschließen, man die übrigen Landwirte aufforderte. Der „Mitteldeutsche Bauernverein“ war einer von ihnen. Er hatte sich die „politische Vertretung der bäuerlichen Interessen zu einer seiner ersten, ja zur ersten Aufgabe gemacht“.[201]) Und dort wurde schon für die Zukunft verlangt, daß für die gesetzgebenden Versammlungen entweder bäuerliche Vertreter gewählt werden sollten oder aber nur solche Vertreter anderer Parteien, die fest versprochen hatten, die bäuerlichen Interessen zu vertreten. Da dieser Verein seine Hauptanhängerschaft in Hessen hatte, war er gegen den ostdeutschen Großgrundbesitz eingestellt. Aber neben ihm gab es zahlreiche andere Vereine, in Westfalen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Thüringen — weniger in Ostelbien. Die Landwirtschaft war also auf die Gründungen landwirtschaftlicher Interessenvertretung vorbereitet. Im August 1892 wurden im Klub der Landwirte schon die wichtigsten Teilforderungen des „Bundes der Landwirte“ erhoben.[202]) Sicher war es auch kein Zufall, daß in diesem Jahre im „Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik“ ein Artikel über den „Farmerbund in den Vereinigten Staaten“ erschien.[203])

Am 21. Dezember 1892 wurde in der in Bunzlau erscheinenden „Landwirtschaftlichen Tierzucht“ ein Artikel des Generalpächters Ruprecht-Ransern veröffentlicht unter dem Titel: „Ein Vorschlag zur Besserung unserer Lage“.[204]) Ruprecht empörte sich gegen die „immer neue Anziehung der Steuerschraube und fortwährende Änderung des Besteuerungsmodus“. Er bekämpfte den in Aussicht stehenden Handelsvertrag

---

[200]) Theodor von Lieres, Seid einig deutsche Bauern, einig, einig! Breslau 1891, S. 13.

[201]) Theodor Brecht, Gründet Bauernvereine, Großbottwar 1892, S. 83, 92 f.

[202]) Nationalzeitung, 7. September 1892.

[203]) Archiv f. Soz. Gesetzgeb. u. Stat. 1892, 5. Bd. E. P. Cheyney, Der Farmerbund (farmers' alliance) in den Vereinigten Staaten, S. 132 ff.

[204]) Abgedruckt in: Otto von Kiesenwetter, 25 Jahre wirtschaftspolitischen Kampfes, Berlin 1918 Anh.

mit Rußland, — was alles nicht neu war. Neu war aber der Ton, in dem er die Schuld an dem ganzen Elend der Landwirtschaft der Regierung zuschob. Und da er von dieser Regierung keine Einsicht erwarten zu dürfen glaubte, gab es für ihn nur ein Mittel: Opposition im weitesten Maße: „Ich schlage nichts mehr und nichts weniger vor, als daß wir unter die Sozialdemokraten gehen und ernstlich gegen die Regierung Front machen, ihr zeigen, daß wir nicht gewillt sind, uns weiter so schlecht behandeln zu lassen, wie bisher, und sie unsere Macht fühlen lassen". Und weiter hieß es: „Wir müssen schreien, daß es das ganze Land hört, wir müssen schreien, daß es bis in die Parlamentssäle und Ministerien dringt — wir müssen schreien, daß es bis an die Stufen des Thrones vernommen wird! Aber wir müssen, damit unser Geschrei nicht auch wieder unbeachtet verhallt, gleichzeitig handeln. Wir müssen handeln, indem wir aufhören, was wir bis jetzt immer für selbstverständlich hielten, für die Regierung in unseren Bezirken die Wahl zu machen, wir müssen alle Ehrenämter usw. ablehnen, zu denen wir nicht gesetzlich verpflichtet werden können . . ."

Der Widerhall, den dieser Artikel in Deutschland fand, war groß — aber nur nach einer Richtung hin. „Hunderte von Zuschriften aus allen Teilen Deutschlands", besonders aber aus den Ostprovinzen liefen bei der Redaktion der Kreuzzeitung ein,[205]) die alle die Gründung einer landwirtschaftlichen Interessentenvertretung forderten. Die Kreuzzeitung versuchte von Anfang an, diesen neuen Strom für die konservative Partei aufzufangen und nutzbar zu machen. Sie rief, „man gründe keine neuen Vereine!" und hoffte, den konservativen Wahlverein stärken zu können. Wenn außerdem noch die beiden bekanntesten Vereine, der „Congreß Deutscher Landwirte" und die „Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer", sich zusammenschließen würden, glaubte sie, die Bewegung in der Hand der konservativen Partei zu haben. Vor allem aber wandte man sich von der Grundforderung Ruprechts ganz ab. Den Teil in seinem Aufsatz über die Sozialdemokraten nannte man „unvorsichtig", er machte „einen peinlichen Eindruck". Und auch die übrigen

[205]) Kreuzzeitung, 26. Januar 1893.

regierungsfeindlichen Maßnahmen lehnte man ab, weil sie „einen Triumph unserer politischen und wirtschaftlichen Gegner bedeuten".

Eine politische Schwenkung der Landwirte kam nun nicht mehr in Betracht. Und nicht nur in der ersten Zeit, auch noch später, als der „Bund der Landwirte" längst gegründet war, ist man von Ruprecht eindeutig abgerückt[206]) und hat die treue monarchische Gesinnung hervorgehoben. Er trat noch zweimal in einer Vorbesprechung und dann auf der konstituierenden Versammlung des Bundes unter großem Beifall der Menge auf und wurde vergessen. An seine Stelle waren streng konservative Männer getreten, meist Großgrundbesitzer. Sie erließen am 28. Januar 1893 unter Führung des Freiherrn von Wangenheim, Klein-Spiegel, einen zweiten Aufruf: „Eine Frage an die Regierung; eine Mahnung an die deutschen Landwirte!"[207]) Auch dieser Aufsatz wandte sich gegen die untragbaren Lasten. Von einer sozialdemokratischen Tendenz war nichts mehr zu lesen. Aber nun wurden auch die Ziele der neuen Bewegung klar: „Wir brauchen eine starke Gesamtvertretung in den Landwirtschaftskammern . . . einen landwirtschaftlichen Minister mit machtvoller Stellung unter seinen Kollegen . . . einen weisen Zollschutz . . . Vervollkommnung unserer Transportmittel, Ausbildung unserer Beamten in den Anforderungen des praktischen Lebens, Förderung des landwirtschaftlichen Versuchs- und Meliorationswesens . . . in den Parlamenten eine große Wirtschaftspartei, deren Mitglieder Verständnis für die wirtschaftlichen Fragen, Entschlossenheit zu ihrer Lösung haben, . . . in der Presse ein gut geleitetes Organ, welches unsere Sache vertritt . . ." Zu dem allen brauchte man aber Geld, und deswegen hatte man vorher schon auf die vorbildliche Opferfreudigkeit der staatsfeindlichen Parteien gewiesen. Die konservative Presse versuchte auch nach diesem Aufruf die Bewegung der Partei zuzuführen: „. . . richten wir unser besonderes Augenmerk darauf, daß die konservative Partei nur aus Männern zusammengesetzt ist, welche rücksichtslos bei jeder Gelegenheit die Interessen der Landwirtschaft voran-

---

[206]) E. Glantz, Für den Bund der Landwirte. Güstrow 1893, S. 3. H. Tholuck, Der Bund der Landwirte, seine Freunde und Feinde. Berlin 1893, S. 15.

[207]) Kiesenwetter, a. a. O. S. 22.

stellen", schrieb sie.[208]) Und da von Ploetz[209]), der Hauptgründer und spätere Vorsitzende des Bundes, schon in der Kreuzzeitung schrieb, hatte sie Aussicht auf Erfolg, falls nicht die Bewegung so groß werden würde, daß sie umgekehrt die konservative Partei an sich zog. Vorläufig war diese Gefahr noch nicht vorhanden. Für die liberale Presse war die Agitation schon in diesen Tagen zu stark. Das „Berliner Tageblatt" fragte die Regierung, „wie lange sie noch diesen demagogischen Aufhetzereien, die alle Agitation der Sozialdemokraten in den Schatten stellen, untätig zusehen will". Und hatte es vorher schon die Vorzüge des Bürgertums gepriesen — „es ist treu auch ohne Entgelt, und es hat das in Fährden und Nöten, in guten und bösen Tagen stets gezeigt"[210]) — so erwartete sie jetzt eine energische Erklärung der Regierung, daß diese die Wünsche der Agrarier niemals „auf Kosten der Allgemeinheit" erfüllen werde.

Am 4. Februar fand im Klub der Landwirte in Berlin eine Vorbesprechung statt.[211]) Den Vorsitz dieser aus etwa 60 Mitgliedern bestehenden Versammlung hatte Herr von Ploetz. Hier wurde der Name des Bundes festgesetzt. Zur vorläufigen Förderung der Bewegung wurden 10 000 Mark gezeichnet. Die konstituierende Versammlung des Bundes sollte am 18. Februar stattfinden. Die Bewegung war also doch größer geworden, als die „Kreuzzeitung" erwartet hatte, so groß, daß ein besonderer Bund gegründet werden sollte. Noch erklärte von Ploetz diesen zukünftigen Verein für unpolitisch. Daß von Ploetz „an alle Landwirte, große wie kleine, ohne Unterschied welcher christlichen Konfession und welcher Partei sie angehören" durch die „Kreuzzeitung" die Aufforderung richtete, dem Bunde beizutreten,[212]) zeigt, wie eng der Bund mit der konservativen Partei zusammen bleiben sollte. Die vom „Berliner Tageblatt" erwartete Regierungsäußerung blieb vorläufig aus. Die Hoffnung auf ein Verbot gegen den Bund erfüllte sich auch nicht.[213]) Da bewies die

[208]) Kreuzzeitung, 1. Februar 1893. — Ähnlich Reichsbote, 2. Februar 1893.
[209]) Berliner Tageblatt, 3. Februar 1893.
[210]) Berliner Tageblatt, 27. Januar 1893.
[211]) Der Landwirt, 10. Februar 1893, Vossische Zeitung, 9. Februar 1893.
[212]) Kreuzzeitung, 7. Februar 1893.
[213]) Berliner Tageblatt, 8. Februar 1893.

Zeitung, daß nach Artikel 29 der Reichsverfassung eine Vertretung von Sonderrechten im Reichstage verfassungswidrig sei.[214]) Auch die „Kreuzzeitung" erkannte die Schwierigkeit, die entstehen würde, wenn ein unpolitischer Verein die „Einflußnahme auf die politischen Wahlen" zu seinen Programmpunkten zählte.[215])

Endlich, vom 14. bis 17. Februar, bei den Etatsberatungen, nahm die Regierung Stellung zu dem Bunde. Die Handelsverträge blieben selbstverständlich von der „agitatorischen Kritik, welche gegenwärtig draußen im Lande betrieben wird", unberührt.[216]) Und für die herrschende Notlage machte Caprivi neben manchen anderen Erscheinungen den Weltmarkt verantwortlich, „von dem wir bis zu einem gewissen Grade abhängig sind".[217]) Das „Berliner Tageblatt" freute sich schon, bemerken zu können, daß „den praktischen Landwirten ein Soldat zeigen muß, wie an den landwirtschaftlichen Krisen ganz verschiedene allgemeine Ursachen schuld sind".[218]) Die schärfste Absage der Regierung erhielt der künftige Bund aber erst einen Tag vor seiner Gründung. Am 17. Februar faßte der Reichskanzler im Reichstage die ganze Bewegung der letzten Wochen zusammen:[219]) Der künftige Handelsvertrag konnte nicht den Anlaß bieten zu einer Opposition diesen Umfanges. Sie konnte nur gegen die Reichsregierung überhaupt gerichtet sein, die man vielleicht stürzen wollte. Er nahm die Bewegung „sehr ernst". Die Behauptungen, die Regierung und er, der Reichskanzler, kümmerten sich nicht genügend um die Landwirtschaft, wies er, „ . . . ehe Sie morgen in die Versammlung gehen . . . noch einmal auf das Allerbestimmteste zurück". Die Bewegung konnte er nicht mehr konservativ nennen, „weil eben viele wirtschaftliche Motive den politischen konservativen Grundgedanken zu überwuchern anfangen". Er sei nicht Agrarier: „Ich besitze keinen Ar und keinen Strohhalm, und weiß auch sonst nicht, wie ich dazu kommen sollte,

[214]) Berliner Tageblatt, 12. Februar 1893.
[215]) Kreuzzeitung, 14. Februar 1893.
[216]) Marschall, 14. Februar, 43. Sitzung, Sitzungsbericht, S. 1027.
[217]) Caprivi, 15. Februar, 44. Sitzung, Sitzungsbericht, S. 1040.
[218]) Berliner Tageblatt, 16. Februar 1893.
[219]) Sitzungsberichte, S. 1115 f.

Agrarier zu werden." Und das sei richtig so, denn der Reichskanzler habe nicht einen Zweig, sondern das ganze Reich gleichmäßig zu vertreten. Für wie gefährlich und weitgehend er die Bewegung hielt, bewiesen die Worte: „Es werden Geister wach gerufen, von denen man nicht weiß, ob man imstande sein wird, sie zu bannen," und er sah die Gefahr, daß der Strom „mit anderen Strömen zusammenfließt, die sich gegen den Besitz und die staatliche Ordnung richten". Er selbst blieb fest in seiner Stellung, an einen Rücktritt auf Grund der Angriffe dachte er nicht: „Ich werde auf der Stelle beharren und werde in der altpreußischen Weise, in der ich erzogen bin, meine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit zu tun suchen . . . ich wünsche aber dringend, daß die Herren, die das agrarische Interesse vertreten, einmal in sich gehen und reiflich erwägen mögen, ob die Wege, die sie einschlagen, wohl mit dem Staatsinteresse dauernd zu vereinigen sind; denn nicht um einen einzelnen Menschen — was ist ein Mann über Bord? — handelt es sich, wenn das Schiff nur weiter geht! Um das Schiff handelt es sich, auf dem die deutsche Flagge weht!"

Zu dem „reiflich erwägen" war allerdings nicht mehr Zeit. Am nächsten Morgen fanden in der Tivoli-Brauerei in Berlin zwei Versammlungen statt, die den „Bund der Landwirte" gründeten.[220]) Die Zahl der nach Berlin gekommenen Landwirte war so groß, daß längst nicht alle an einer der beiden Versammlungen teilnehmen konnten. Vorsitzender war auch hier Herr von Ploetz. In einer einleitenden Rede hob er die Kaisertreue der Landwirte hervor. Und Ruprecht-Ransern war auch nicht mehr „sozialdemokratisch" — er wollte nur noch (wenn es nötig war) in „eine energische Opposition" gegen die Regierung eintreten, „nicht zu unserm Spaße oder aus Lust zur Opposition, sondern lediglich weil wir um unsere Existenz kämpfen". Es wurden die verschiedensten Feinde der Landwirtschaft genannt, die Börsenbarone, die Großkapitalisten, die Bewohner der großen Städte — Freunde der Lanwirtschaft blieben zum Schluß fast nur noch Gott und Bismarck. Mit besonderer Energie kämpfte man gegen Caprivi, der gesagt habe, „Deutschland sei ein Industriestaat geworden, die Landwirtschaft laufe nur noch nebenher, sie

[220]) Stenographischer Bericht über die konstituierende Versammlung des „Bundes der Landwirte", Berlin 1893.

möge sehen, wie sie fortkomme". Freiherr von Wangenheim nannte hier auch die beiden Ziele der Bewegung: „Front zu machen durch eine imposante Kundgebung gegen die drohenden neuen Handelsverträge" und „eine dauernde Einrichtung zu schaffen, um unsere Interessen besser vertreten zu können". Die augenblickliche Kundgebung sollte nur ein „Provisorium" sein. Auch Stöcker kam zum Worte und nannte sich einen „Bauersmann". Aus Süddeutschland sprachen der Abgeordnete Lutz und Freiherr von Thüngen. Das Programm lehnte sich eng an den Aufruf von Ende Januar an und verlangte außerdem „keine Handelsverträge mit Rußland und anderen Ländern, welche die Herabsetzung der deutschen Zölle zur Folge haben", Absperrung der Vieheinfuhr aus seuchenverdächtigen Ländern und Einführung der Doppelwährung. Eine Resolution faßte dieses Verlangen zusammen. — Beide Versammlungen verliefen, wie die Zeitungen hervorhoben, ruhig und ohne Störung. Versuche, Bismarck laute Ovationen zu bringen, wurden unterdrückt, Waldersee bemerkte zwei Tage später, daß man „trotz aller Entschlossenheit sehr maßvoll aufgetreten ist und verständigerweise die Judenfrage herausgelassen hat".[221]) Die „Kreuzzeitung" sprach von einem „frischen Geist zielbewußter Freudigkeit" und nannte die Versammlung „für alle Zeiten einen Markstein . . . in der Entwicklungsgeschichte der deutschen Wohlfahrt".[222]) Der „Reichsbote" wies nach, daß die konservative Partei schon immer für das gekämpft hatte, was der „Bund der Landwirte" in seinem Programm forderte.[223]) Diese Parteiagitation ging soweit, daß sich die „Kölnische Zeitung" lustig machte über die Konservativen, die versuchten, sich „wenn auch nur als abgeschobene Führer" an die Spitze zu stellen.[224]) Aber damit waren beide Zeitungen schon über die Hauptbedenken hinaus, die in jenen ersten Tagen bereits genannt wurden, ob der Bund nämlich „den Erwartungen zu entsprechen vermag, welche . . . die Mehrzahl der Interessenten hegte, die seinem Inslebentreten so lebhaften Beifall spendeten".[225]) Die „Grenzboten" — die dem Bunde nicht wohlwollten — spotteten von Anfang an über die

221) Waldersee, Denkwürdigkeiten, Bd. 2, 20. Febr. 1893.
222) Kreuzzeitung, 19. Februar 1893.
223) Reichsbote, 19. Februar 1893.
224) Kölnische Zeitung, 21. Februar 1893.
225) Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 20. Februar 1893.

vielen verschiedenen Parteien innerhalb des Bundes, über die Welfen und Konservativen, die Großgrundbesitzer und die Kleinbauern, über die, die Bismarck an die Spitze der Bewegung stellen wollten, und die, die ihm einen Teil der Schuld an der großen Not gaben.[226])

Unter den Mitgliedern und Freunden des Bundes begann nun auch die Auseinandersetzung über die Aufgaben des Bundes. Am bescheidensten waren die, die sagten: „Vorteile zu erringen, wird . . . schwieriger sein, als Nachteile zu verhindern, und wenn sich der Bund mehr auf letzteres beschränkt, so wird er nicht Gefahr laufen, falsche Hoffnungen zu erwecken und Mißstimmungen durch getäuschte Hoffnungen hervorzurufen".[227]) Und diese nebelhafte Aufgabe sollte anscheinend die Warnung vor dem übermäßigen Entstehen von Genossenschaften sein, denen der Kaufmann, dank seiner größeren Geschäftskenntnis, doch immer überlegen sei. Im allgemeinen gingen die Erwartungen aber weiter. Neben den mehr technischen Seiten der Selbsthilfe in den verschiedensten Formen, behielt man den Gedanken bei, daß die bestehende Organisation nur provisorisch sei und in Zukunft ausgebaut werden solle in „eine große politische Partei, in der sich die Elemente zusammenfinden, die heute für die wirklich konservative und nationalliberale Partei stimmen".[228]) Die Politik wurde also bedenkenlos in den Bund hineingetragen, sehr gegen die Stimmen der übrigen Parteien. Man begann sogar schon zu handeln und forderte für die Annahme der Militärvorlage ein Seuchengesetz.[229]) Als der Bund seine äußere Organisation gefestigt hatte, wandte er sich dann auch den einzelnen Fragen zu. Besonders der Kreditnot wollte er Abhilfe schaffen. Und hier zeigte sich bald, daß auch der Bund nicht alle Landwirte retten konnte. Nur den Wirten, deren Besitz nicht mehr als zu 75 Prozent verschuldet war, konnte er Hoffnungen machen — bei einer gänzlichen Änderung der bestehenden Zollgesetzgebung und Wirtschaftspolitik.[230]) Man verlangte einen Höchstzinssatz von

[226]) Grenzboten, März 1893, S. 457 ff.

[227]) O. Scholz, Offener Brief an den Bund der Landwirte, Dresden 1893, S. 23.

[228]) E. Glantz, a. a. O. S. 4.

[229]) Glantz, a. a. O. S. 17.

[230]) Wiethold von Skarzynski, Die Agrarkrisis und die Mittel zu ihrer Abhilfe (Ref. für die Grundkreditkommission des Bundes der Landwirte), Berlin 1894, S. 120.

$2^1/_2$ Prozent für einen „unkündbaren, in größeren Zeiträumen amortisierbaren Hypothekarkredit" und daneben einen langfristigen Personalkredit.[231]) Die Regierung aber sollte eine nationale Kreditpolitik treiben, sie sollte „in erster Linie fremdländische Anleihen . . . von unseren Börsenplätzen möglichst ausschließen und das inländische Kapital dem inländischen Markt erhalten. Auch die Fonds der Invaliditäts- und Altersversicherung sollten als Kredite nutzbar gemacht werden. Und außerdem erwartete man einen Bauernschutz gegen „vorzeitige Kündigungen oder Subhastationen", die von den Gläubigern veranlaßt werden würden, „um ihre Kapitalien herauszuziehen".[232])

Auf dem Congreß deutscher Landwirte, am 22. Februar, wurde mit Erfolg für den Anschluß an den „Bund der Landwirte" Stimmung gemacht.[233]) Die Vereinigten Steuer- und Wirtschaftsreformer dagegen, auf die man im Anfange so große Hoffnungen gesetzt hatte, gaben sich selbst nicht auf.[234]) Die Vereinigung war im ganzen mehr wissenschaftlich als politisch-kämpferisch gerichtet. Sie wollte, wie der Vorsitzende, Graf Mirbach, sagte, „die hervorragenden in den Vordergrund tretenden wirtschaftspolitischen Fragen entwickeln, klarstellen, wie sie es bisher getan hat . . ." Aber im Reiche selbst ging die Entwicklung des Bundes überaus schnell vor sich. Vom ersten Tage ab kamen die Anmeldungen der landwirtschaftlichen Vereine. Der „Landwirt" allein zählte für Schlesien bis zum 1. Mai rund 20 Beitrittserklärungen von Vereinen, darunter die des großen Breslauer Landwirtschaftlichen Vereines. Auch nach Süddeutschland hinein wurde die Bewegung getragen. Am 25. März fand in Mainz eine große Versammlung statt, und viele Landwirte traten dem Bunde bei.[235]) Aber schon bald zeigte sich, daß die katholischen Bauernvereine sich fern hielten. Der Westfälische Bauernverein, der Katholische Bauernverein im

[231]) C. A. Zakrzewski, Die Organisation des landwirtschaftlichen Kreditwesens (Korreferat für die Grundkreditkomm. des Bundes der Landwirte), Berlin 1894, S. 3 ff.

[232]) Zakrzewski, a. a. O. S. 51.

[233]) Bericht über die Verhandlungen des 24. Congresses deutscher Landwirte, Berlin 1893, S. 73.

[234]) Bericht über die Verhandlungen der XVIII. Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer, Berlin 1893, S. 2.

[235]) Kiesenwetter, a. a. O. S. 26.

Großherzogtum Hessen, die Schlesischen, Rheinischen und Nassauischen Bauernvereine und die Landwirtschaftlichen Vereinigungen im Königreich Sachsen anerkannten „die Gemeinsamkeit ihrer Bestrebungen", lehnten aber den Anschluß ab, da sie, was der Nassauische Verein besonders betonte, in der Vereinzelung mehr Erfolge zu erringen hofften.[236]) Nicht viel später sprach auch das „Land", eine betont kleinbäuerliche Zeitschrift Nordostdeutschlands, die Befürchtung aus, daß im Bund der Landwirte bald wieder nur die großen und wohlsituierten Landwirte sein würden.[237]) Auch im Osten waren nicht alle Landwirte für den Bund, besonders nicht, da viele von ihnen durchaus für einen Handelsvertrag mit Rußland eintraten.[238]) Manche Landwirte stießen sich auch noch an der „prinzipiellen Gegnerschaft", die der Bund zur Regierung einnahm.[239]) In Bayern hielt man fest an den partikularistischen Vereinen. Dem Zentrum warf man zwar vor, daß es die landwirtschaftlichen Interessen nicht wahrnähme, aber den „Bund der Landwirte" hielt man für adlig — was fast als noch schlimmer erschien: „Die Macher beim ‚Bunde der Landwirte' sind fast ausschließlich Fürsten, Grafen und Barone, welche für die bäuerlichen Interessen weder Verständnis noch Wohlwollen haben, gehabt haben oder jemals haben werden".[240]) Daher wurde in Straubing am 18. März der Niederbayerische Bauernbund gegründet, der im großen und ganzen nichts anderes forderte, als der „Bund der Landwirte". Man fühlte sich kulturell erhaben über den preußischen Osten, warf dem Junker vor, „daß er unbändig roh mit Mensch und Vieh sei", wandte sich aber mehr gegen das Zentrum als gegen die Regierung,[241]) und das Zentrum bekam die Agitation des Bayerischen Bauernbundes deutlich zu spüren.[242]) Der Ruf: „Bayerisch

[236]) Reichsbote, 8. und 11. April 1893.

[237]) Das Land, 15. April 1893.

[238]) Heinrich von Wussow, Die gegenwärtige Notlage der Landwirtschaft in Westpreußen und der Bund der Landwirte, Graudenz, 1895.

[239]) Albert Platzmann-Saida, Die Handels- und Verkehrspolitik des Reiches . . ., Dresden 1894, S. 31, auch Politische Briefe IV, Die Not der Landwirte, Braunschweig 1894, S. 10.

[240]) I. Rieblinger, Radikalmittel zur Hebung des Notstandes der bayerischen Bauern, München 1895, S. 24 f.

[241]) Rieblinger, a. a. O. S. 48 f.

[242]) Karl Bachem, Vorgeschichte, Geschichte und Politik

wollen wir sein!", den es in Straubing zu hören gab, schloß jedes Zusammengehen mit anderen Vereinen und damit jede mehr als lokale Bedeutsamkeit aus.

So blieb der „Bund der Landwirte" also im wesentlichen auf Preußen beschränkt. Hier entwickelte er sich schnell. Der Deutsche Bauernbund schloß sich ihm an.[243]) Als im Mai der Reichstag aufgelöst wurde, der die Militärvorlage abgelehnt hatte, nahm der Bund entschlossen an der Wahlpropaganda teil. Er gab einen Wahlaufruf heraus: „Landwirte Deutschlands!", in dem die alten Forderungen des Bundes erhoben wurden.[244]) Im neuen Reichstage sollte eine wirtschaftliche Vereinigung gebildet werden, in der sich alle vom Bunde unterstützten Abgeordneten zusammenschlossen. Der Erfolg war, daß neben Herrn von Ploetz 140 Abgeordnete in den Reichstag gewählt wurden, „die sich ganz auf den Boden der wirtschaftspolitischen Anschauungen des Bundes stellten". Am 14. Juli wurde die wirtschaftliche Vereinigung gebildet.

Damit war der Bund über einen bloßen Verein hinaus zu einer anerkannten politischen Vereinigung geworden. Im Grunde war er das schon längst gewesen. Denn unter seinen Mitgliedern fanden sich alle die großen und kleinen Landwirte, die nicht allein eine berufsständische Interessenvertretung erwarteten, sondern die auch zugleich Bismarck-freundlich und Caprivi-feindlich — im weiteren Sinne — die gegen die Aufhebung des Sozialistengesetzes und gegen den Helgolandvertrag, auch gegen Caprivis Lösung der Militärvorlage eingestellt waren. Alle diese Oppositionsgruppen waren vorwiegend konservativ, sie überschnitten einander und trafen zusammen auf der gemeinsamen Basis des landwirtschaftlichen Grundbesitzes. Zwar blieb der Bund auch in der Folgezeit auf Preußen beschränkt, dort aber hatte er einen festen Stamm von Mitgliedern. Im Oktober 1893 waren es schon über 160 000.[245]) Und eine kräftige Vertretung fand er jederzeit in der konservativen Partei, die sich mehr und mehr der landwirtschaftlichen Interessen annahm.

Eine weitere Wirkung als den Zusammenschluß der Landwirte konnte man vom Bunde der Landwirte in

der deutschen Zentrumspartei, 5. Bd., Köln 1929, S. 272.

[243]) Der Landwirt, 1893, Nr. 34.

[244]) Kiesenwetter, a. a. O. S. 36.

[245]) Der Landwirt, 14. November 1893.

den ersten Jahren noch nicht erwarten. Wenn die Propaganda, die er in großem Umfange machte, überhaupt Erfolge in gesetzgeberischer Hinsicht haben würde, so waren sie erst in späteren Jahren zu erwarten. Immerhin bedeutete die wirtschaftliche Vereinigung der Reichstagsabgeordneten eine Minderung der Majorität bei der Annahme des deutsch-russischen Handelsvertrages — ohne die Annahme verhindern zu können.

IV. Das Ende der neuen Wirtschaftspolitik.

a) Der deutsch-russische Handelsvertrag.

Der Abschluß eines deutsch-russischen Handelsvertrages war nicht von vornherein vorgesehen gewesen. Man hatte zwar eine wirtschaftliche Annäherung an Rußland, ein Ausgleichen der wirtschaftlichen Gegensätze angestrebt,[246]) aber an einen Handelsvertrag hatte man umso weniger gedacht, als Rußland niemals sich bereitwillig gezeigt hatte, Handelsverträge abzuschließen. Erst während der Verhandlungen um die übrigen Handelsverträge stellte sich heraus, daß es nicht möglich sein würde, die anderen Staaten gemachten Zugeständnisse Rußland vorzuenthalten, ohne daß dieses Land sich gegen eine solche Behandlung zur Wehr setzen würde. Der Beginn der Verhandlungen mit Rußland fiel noch in die Jahre der einträglichen Getreidepreise. Von den im Stillen geführten Besprechungen drang nichts in die Öffentlichkeit. Erst als die Kornpreise zu sinken begannen, brachten die Zeitungen Meldungen über Verhandlungen mit Rußland — und auch diese Meldungen waren vorerst noch in den liberalen Blättern, also propagandistisch für einen neuen Handelsvertrag eintretend.

In den ersten Januartagen des Jahres 1892 entnahm die „Vossische Zeitung“[247]) der „Times“ eine Pariser Nachricht, nach der zwischen Deutschland und Rußland Verhandlungen über den Beitritt Rußlands zu den neuen Handelsverträgen bestanden. Aber schon am nächsten Tage erklärte das Wolffsche Telegraphenbüro,[248]) „daß

[246]) Große Politik, Band VII. Nr. 1632.
[247]) Vossische Zeitung, 2. Januar 1892.
[248]) Vossische Zeitung, 3. Januar 1892.

weder eine . . . Sitzung stattgefunden hat, noch daß eine solche in Aussicht steht . . .“ Und tatsächlich war mehr auch noch nicht zu sagen, wenngleich seit mehr als einem Jahre Vorbesprechungen stattgefunden hatten. Anfang April erhielt die „Vossische Zeitung“[249]) wieder eine Meldung aus Paris, daß Verhandlungen zwischen Berlin und Petersburg stattfänden, und daß sogar „Deutschland zu großen Zugeständnissen bereit sei, da der Zweck des Vertrages ein allgemein politischer sein soll“. Dann schwiegen die Zeitungen wieder. Erst im August schrieb die „Kreuzzeitung“,[250]) daß die Anregungen zu den Verhandlungen von Rußland, als dem interessierteren Lande ausgingen, und daß Deutschland keine Veranlassung habe, „im jetzigen Moment irgendwie den russischen Wünschen entgegenzukommen“. Von nun an verstummten die Zeitungen nicht mehr, und gleich im Anfange des Streites um einen zukünftigen Handelsvertrag zeigten sich die extremen Wünsche. Die freisinnige „Nation“[251]) hatte wenig Hoffnung, daß die Verhandlungen zwischen zwei schutzzöllnerischen Staaten einen begrüßenswerten Erfolg haben könnten. Sie versprach sich im besten Falle eine „Rückstauung der Bismarck'schen Schutzzollpolitik“, eine Beseitigung wenigstens der „ärgsten Auswüchse im wirtschaftspolitischen Kampf mit Rußland“. Die landwirtschaftlichen Zeitungen[252]) dagegen erinnerten schon die Regierung an das Versprechen, die Zölle nicht zu verändern. Und der Zentralverein für Schlesien richtete bereits eine Petition an den Reichskanzler, in der „um Berücksichtigung der deutschen Landwirtschaft bei den Verhandlungen mit Rußland“ gebeten wurde. Auch die „Pommersche Ökonomische Gesellschaft“ stellte wenig später eine Petition in Aussicht.[253])

Im übrigen waren „Kreuzzeitung“ und „Vossische Zeitung“ einig in der Ansicht, daß Deutschland der fordernde, Rußland der gebende Teil sein müsse. Die „Kreuzzeitung“ verlangte neben der zufriedenstellenden Erledigung der rein wirtschaftlichen Fragen eine „freiere Bewegung“ der Deutschen in Rußland,[254]) auch eine Verringerung des russischen Truppenbestandes an der

[249]) Vossische Zeitung, 6. April 1892.
[250]) Kreuzzeitung, 5. August 1892.
[251]) Nation, 13. August 1892, S. 664.
[252]) Der Landwirt, 1892, Nr. 68.
[253]) Allgemeine Münchener Zeitung, 9. Oktober 1892.
[254]) Kreuzzeitung, 16. September 1892.

Grenze. Bei diesen Erfolgen würde die deutsche Landwirtschaft „mit altbewährtem Opfermut wohl auch dieses Mal wieder die ihr zugemuteten Kosten" tragen. Die liberale Presse hielt sich in diesen Tagen etwas zu gute auf ihre loyale Haltung der Regierung gegenüber, allerdings forderte sie auf jeden Fall die Beseitigung der Differentialzölle.[255]) Die „Kreuzzeitung" versuchte im Oktober noch einmal, die Verhandlungen als von Rußland nicht ernst gemeint hinzustellen.[256]) Als ihr das nicht gelang, wurde umso energischer eine Zollherabsetzung für unerträglich erklärt — in Worten, die dem Ruprecht'schen Aufruf nicht viel nachstanden.[257]) Überhaupt war es, im Gegensatz zu dem Streite um den deutsch-österreichischen Handelsvertrag, jetzt weit mehr die konservative Presse, die immer wieder Artikel über die Verhandlungen brachte. War bei dem ersten Vertrage die Opposition den Liberalen zugefallen, so hatten diese jetzt bereits eine feste Stellung, sie waren fast sicher, daß ein deutsch-russischer Handelsvertrag zustandekommen mußte. Die Konservativen dagegen kämpften um eine Stellung, die ihnen bis 1890 gesichert und unangreifbar erschienen war, von der sie jetzt bereits ein großes Stück verloren hatten. Liberale und Konservative hatten in dieser Handelsvertragsfrage nahezu die Stellung — in bezug auf ihre Sicherheit — vertauscht. Das zeigte sich in dem verhältnismäßig ruhigen Ton der liberalen Presse.

Der Februar des Jahres 1893 brachte — neben der Gründung des „Bundes der Landwirte", dessen eines Ziel die Verhinderung des deutsch-russischen Handelsvertrages war — die Hauptversammlungen der landwirtschaftlichen Vereine in Berlin. Bei dem Congreß Deutscher Landwirte hatte der Handelsvertrag nicht auf der Tagesordnung gestanden. Trotzdem wurde ein Antrag des Freiherrn von Thüngen-Roßbach angenommen, der von der Regierung „Maßnahmen zur Preishebung der landwirtschaftlichen Produkte" und ein Verzicht auf die „in Aussicht genommenen Handelsverträge mit Rußland und Rumänien — welche die Preishebung der Produkte der deutschen Landwirtschaft hindern würden, ohne die Industrie wesentlich zu för-

---

[255]) Vossische Zeitung, 20. September 1892.
[256]) Kreuzzeitung, 27. Oktober 1892.
[257]) Kreuzzeitung, 3. November 1892.

dern", forderte.[258]) In dem Beschluß des Deutschen Landwirtschaftsrates hieß es: „Eine Herabminderung der Einfuhrzölle Rußland gegenüber würde in den östlichen preußischen Provinzen die Existenz zahlreicher Landwirte geradezu in Frage stellen, überall in Deutschland aber die Landwirtschaft schwer schädigen".[259]) Trotzdem hatte man sich aber auf den Abschluß des Handelsvertrages schon gefaßt gemacht und verlangte für diesen Fall wenigstens wirksame Schutzmaßnahmen gegen Einschleppung von Viehseuchen und Regelung der russischen Valuta. Bei den Vereinigten Steuer- und Wirtschaftsreformern sprach derselbe Freiherr von Thüngen, der im Congreß Deutscher Landwirte die Resolution provoziert hatte. Neben Angriffen auf den Reichskanzler und die Unterhändler, brachte er politische Gründe gegen den Handelsvertrag: „Im russischen Volke . . . herrscht eine solche Tiefe des Hasses und der Erbitterung gegen Deutschland, daß dies in absehbarer Zeit nicht anders werden wird. Sollen wir nun unseren grimmigsten Feind mit unserm guten Gelde bereichern . . .? Die Landwirtschaft hat . . . bereits auf sich genommen, was sie zu ertragen vermag; daß Maß ist übervoll . . ." Und auch hier wurde eine Resolution gegen den Handelsvertrag gefaßt.[260])

Zur gleichen Zeit wies die „Kölnische Zeitung" — die keineswegs die agrarisch-konservative Forderungen zu den ihrigen machte — mehrfach darauf hin, daß die deutsche Stahl- und Eisenindustrie erklärt habe, „ein nennenswerter Vorteil sei aus einem Handelsvertrage mit Rußland nur dann zu erwarten, wenn letzteres Land auf die Zölle von 1881—1882 zurückzugehen bereit sei". Auf Opfer der Landwirtschaft, die auf der russischen Seite nicht die verlangten Konzessionen auslösten, verzichtete die Industrie.[261]) Nur eine einzige Zeitschrift war für einen Handelsvertrag unter jeder Bedingung, „selbst wenn die Russen uns gar keine Gegenkonzessionen bieten".[262]) Die Verhandlungen schleppten sich in dieser

---

[258]) Bericht über die Verhandlungen des 24. Congresses Deutscher Landwirte, Berlin 1893, S. 115.

[259]) Archiv des Deutschen Landwirtschaftsrates, Berlin 1893, S. 250.

[260]) Bericht über die Verhandlungen der XVIII. Generalversammlung der Vereinigten Steuer- und Wirtschaftsreformer, Berlin 1893, S. 42.

[261]) Kölnische Zeitung, 18., 20. Februar 1893.

[262]) Preußisches Jahrbuch, März 1893, S. 569.

Zeit hin, von spärlichen Zeitungskommentaren begleitet. Ende Juni machten die Zeitungen die ersten Bemerkungen über die Möglichkeit eines Handelskrieges mit Rußland.[263]) Die „Vossische Zeitung" hatte außerdem ihre Hoffnung so weit verloren, daß sie sogar die Annahme eines Vertrages im neuen Reichstage bezweifelte. Am 1. Juli wurde bekannt, daß Rußland seinen Maximaltarif zum 1. August einführen werde. Das bedeutete den Wirtschaftskrieg. Die liberalen Blätter aber hofften, daß der Maximaltarif nur ein Verhandlungstarif sein sollte, daß Rußland also auch weiterhin einen Handelsvertrag suchte.[264]) Der „Reichsbote" frohlockte schon, daß die Verhandlungen „zwar nicht förmlich abgebrochen" waren, „aber sie sind jedenfalls als resultatlos fallen gelassen". — „Wir können sehr wohl ohne Rußland existieren, aber Rußland kann nur schwer ohne Deutschland leben".[265]) Das war kurz die Stellung, die jetzt fast alle Parteien einnahmen. Zwar unterstützten sie damit keineswegs die Konservativen, die überhaupt einen Handelsvertrag für unmöglich erklärten, sofern er deutsche Konzessionen erforderte. Aber einig war man in der Unterstützung, die man der Regierung bot.[266]) Bei einer erneuten Berechnung fand die „Kölnische Zeitung", daß bei den Fraktionsverhältnissen im neuen Reichstage der Reichskanzler zwar eine Mehrheit für den Vertrag finden werde, aber nur, wenn er „vollwertige russische Zollermäßigungen und Gegenleistungen" als „Gegengewicht wider die übertriebene Forderung der Agrarier" errungen habe.[267])

Am 22. Juli wurde von Rußland offiziell die Einführung des Maximaltarifs für den 1. August bekannt gegeben.[268]) Und noch nicht eine Woche später teilte Werder der russischen Regierung mit, „daß unsere Regierung beabsichtige, die Einführung des russischen Maximaltarifes gegen Deutschland durch Erhöhung der Steuern auf die Einfuhr russischer Produkte zu beantworten".[269])

Die Presse hielt auch in den folgenden Monaten zur Regierung. Der „Reichsbote" rief in seiner theatra-

[263]) Berliner Tageblatt, Vossische Zeitung, 26. Juni 1893.
[264]) Berliner Tageblatt, 1. Juli 1893.
[265]) Reichsbote, 2. Juli 1893.
[266]) Vossische Zeitung, 25. Juli 1893.
[267]) Kölnische Zeitung, 20. Juli 1893.
[268]) Große Politik, Band 7, Nr. 1661.
[269]) Große Politik, Band 7, Nr. 1663.

lischen Weise: „Landgraf werde hart!“[270]) Nur die „Vossische Zeitung“ fiel aus der Reihe. In ihrer Abneigung gegen die Agrarier verlangte sie plötzlich von der Regierung, daß sie Rußland „goldene Brücken“ bauen solle. „Nichts wäre verkehrter, als wenn Deutschland sich durch selbstsüchtige Interessen von dem Grundsatz weiser Mäßigung abdrängen ließe“.[271]) Indessen waren die Aussichten auf einen günstigen Ausgang der Verhandlungen nicht gut, man befürchtete ihr Scheitern. Dem Reichskanzler war unter diesen Umständen eine Verzögerung nur recht. Er schrieb am 24. September aus Karlsbad an Marschall: „Jedenfalls darf vor den Tagen Toulon die Sache nicht scheitern“.[272]) Diese kritischen Tage fielen in die zweite Oktoberhälfte.

Immerhin waren die Vorbesprechungen so weit gediehen, daß man an die Schlußverhandlungen in Berlin denken konnte. Ehe noch ein Termin für ihren Anfang bekannt war, fürchtete schon die „Kreuzzeitung“, „daß . . . Rußland gegenüber die Interessen der deutschen Landwirtschaft unbedenklich werden preisgegeben werden“.[273]) Die Entrüstung der landwirtschaftlichen Kreise stieg in diesen Monaten dauernd, man stritt nicht nur gegen den deutsch-russischen Handelsvertrag, sondern auch gegen die kleinen Handelsverträge, die in dieser Arbeit nicht behandelt werden, da sie, zwischen den Abschlüssen des deutsch-österreichischen und des deutsch-russischen Vertrages liegend, den beiden an Bedeutung nicht gleichkommen.

Gegen Ende des Monats wurde der Zollbeirat einberufen.[274]) Am 30. September trafen die russischen Delegierten in Berlin ein. Aber immer war man noch nicht sicher, daß ein Vertrag zustandekommen würde.[275]) Inzwischen hatte auch die „Vossische Zeitung“ wieder einigermaßen zu ihrem alten Standpunkt zurückgefunden. Sie bekämpfte zwar nach wie vor die Begehrlichkeit der Agrarier, aber sie hatte doch „ein lebhaftes Gefühl für die Würde des Deutschen Reiches“ und wünschte „bei Leibe nicht, daß dasselbe einen anderen Vertrag abschließe als einen ehrenvollen; ehrenvoll aber

[270]) Reichsbote, 13. September 1893.
[271]) Vossische Zeitung, 19. September 1893.
[272]) Große Politik, Band 7, Nr. 1664.
[273]) Kreuzzeitung, 26. September 1893.
[274]) Berliner Tageblatt, 27. September 1893.
[275]) Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 30. September 1893.

ist er nur, wenn er die berechtigten Interessen des Reiches in vollem Umfange wahrt".[276]) Auch so konservative Zeitschriften wie das „Deutsche Wochenblatt" waren jetzt bereit, „gewisse Opfer zu bringen, d. h. den deutschen Vertragstarif auf Rußland anzuwenden, falls dieses unserer Industrie . . . Zugeständnisse macht, und die deutsche Landwirtschaft anderweitig schadlos gehalten wird".[277]) Der „Bund der Landwirte" blieb allerdings fest bei seiner Ablehnung des Handelsvertrages. Am 12. Oktober erschien sein Flugblatt: „Schafft Klarheit!"[278]) Darin wurde vor allem Caprivis Rücktritt gefordert: „Die Person des Reichskanzlers ist entbehrlich, die deutsche Landwirtschaft ist es nicht!", und weiter hieß es, „wenn er auf dem eingeschlagenen Wege hartnäckig beharrt, so wird und muß uns das dahin führen, daß wir jede Forderung seiner Regierung hartnäckig bekämpfen". Die Agitation ging in diesen Tagen ins Maßlose. Der Schweizerische Gesandte schrieb nach Hause: „Um die gegenwärtige Situation im Innern sind Caprivi und Marschall nicht zu beneiden. Die Konservativen bzw. Agrarier benehmen sich der Handelspolitik der Regierung wegen wie toll und es ist noch keineswegs gesagt, daß der in Sicht stehende Vertrag mit Rußland vom Reichstage angenommen wird. Die Agrarier regalieren die öffentliche Meinung ausschließlich mit Schlagwörtern . . ."[279]) Die Regierung wandte sich gegen die Agitation des „Bundes der Landwirte" am 23. und 24. November im Reichstage. Marschall erklärte am 23., daß er „in dieser ganzen Agitation irgend einen fruchtbaren Keim für die Förderung landwirtschaftlicher Interessen nicht erblicken kann".[280]) Noch schärfer verurteilte am folgenden Tage der Reichskanzler die Interessenpolitik des Bundes: „Man stellt die Interessen einer Gruppe den Interesssen des Staates voran. Das ist das, was ich beklage". Und von der „Kreuzzeitung" erklärte er, daß er in dem „leitenden Blatte dieses Bundes Artikel gefunden habe, von denen ich mir sagte: nach der Vergangenheit dieses Blattes, nach dem Werte, den es sonst hat, ist es auf-

[276]) Vossische Zeitung, 1. Oktober 1893.
[277]) Arendts, Deutsches Wochenblatt, 5. Oktober 1893.
[278]) Kiesenwetter, a. a. O. S. 37.
[279]) Peter Heinrich Schmidt, Die Schweiz und die europäische Handelspolitik, Zürich 1914, S. 195.
[280]) Marschall, 23. November 1893, III. Sitzung, Sitzungsbericht, S. 19.

fallend, wie es Artikel mit so geringem geistigen Inhalt aufnimmt und gar an hervorragender Stelle abdruckt".[281]) Dieser Verweis an die „Kreuzzeitung" war hauptsächlich gegen eine am gleichen Tage gedruckte „Zuschrift" — die „Kreuzzeitung" erhielt erstaunlich viel „zugeschrieben" — gerichtet. In diesem Artikel wurde ein etwaiger Vertrag mit Rußland unbedingt abgelehnt, aber auch der Vertrag mit Österreich wurde angefochten: „ . . . Wir müssen den Handelsvertrag mit Österreich und Italien zerreißen und wenns mit dem Schwert in der Faust sein muß. Besser ein ehrlicher Kampf auf Tod und Leben, als dieses Verhungern bei lebendigem Leibe".[282]) In den gleichen Tagen ging durch die Presse ein Gespräch des Reichskanzlers mit Freiherrn von Manteuffel, in dem Caprivi den Landwirten den Rat gegeben haben sollte, „abzuschreiben", sich niedriger einzuschätzen; außerdem hatte er die hohe Verschuldung nicht für die Folge, sondern für die Ursache des Notstandes erklärt, dem die überschuldeten Besitzer zum Opfer fallen würden, ohne daß ihnen die Regierung helfen könnte.[283]) Diese ketzerischen Bemerkungen hatten zur Folge, daß die Angriffe mehr noch als bisher sich direkt gegen die Person des Reichskanzlers richteten. Ihn erklärte man für einen Dilettanten, der „den staatsmännischen Anforderungen, welche an den Nachfolger des Fürsten Bismarck gestellt werden müssen, nicht gewachsen ist". Ihm rechnete man nach, daß Deutschland mit dem österreichischen Handelsvertrage auf die schiefe Ebene geglitten, daß dieser, sein Vertrag, der Anfang allen Übels sei, dessen Ende das Hinabsinken Deutschlands zum englischen Industrialismus sein werde. Die „kalte Preisgabe der Landwirtschaft", die am 10. Dezember 1891 mit der Reichtagsrede begonnen hatte, hier fand sie ihre Fortsetzung. Diese Stimmung steigerte sich in den folgenden Wochen. Am 13. und 14. Dezember wurden die „kleinen Handelsverträge" angenommen, mit einer so geringen Mehrheit allerdings, daß das „Berliner Tageblatt" bei dem russischen Handelsvertrage auf „heftigen Widerstand" gefaßt war.[284]) Dabei war die Regierung in ihrer Handels-

[281]) Caprivi, 24. November 1893, IV. Sitzung, Sitzungsbericht, S. 49.
[282]) Kreuzzeitung, 24. November 1893.
[283]) Arendts Deutsches Wochenblatt, 23. November 1893.
[284]) Berliner Tageblatt, 16. Dezember 1893.

politik nicht einmal der Regierungspräsidenten und Landräte sicher. Und als Hohenlohe den Reichskanzler darüber befragte, erklärte dieser ihm: „Gegen die Landräte sei es nicht ratsam vorzugehen, aber die Regierungspräsidenten könne man an den Ohren packen".[285])

Bald nach der Annahme des österreichischen Handelsvertrages waren die Getreidepreise durch günstige Ernten gedrückt worden. Sie fielen unaufhörlich. Für die agrarische Opposition war diese Erscheinung — so unerfreulich sie war — ein willkommenes Argument gegen Handelsverträge überhaupt und gegen den vorliegenden Handelsvertrag mit Rußland, dem Roggenlieferanten Deutschlands, ganz besonders. Die Regierung hatte die Preissenkung so wenig voraussehen können, wie man eine gute Ernte voraussehen kann. Die Kritik der Konservativen blieb nicht auf die Zeitungen und Zeitschriften beschränkt. Auch in Broschüren bekämpften sie den Abschluß eines Handelsvertrages mit Rußland, der eine Ermäßigung der deutschen Getreidezölle bringen würde,[286]) und man bediente sich nun sogar der Worte Caprivis: Daß Deutschland ein Industriestaat sei; nur daß man die Landwirtschaft die „heimisch-größte Industrie" nannte.[287]) Aber nur wenige sahen in Caprivi und seinen Mitarbeitern die Männer, die man überzeugen könnte, „daß sie auf falschem Wege sich befinden",[288]) und die daraufhin eines Tages das „erlösende Wort" sprechen würden: „Wir haben die Verhandlungen mit Rußland abgebrochen". Zumeist hielt man einen Wechsel in der Leitung der Politik für nötig.

Dazu aber kam noch eine Abneigung und ein Haß gegen Rußland von oft überraschender Tiefe. Es gab Leute, die das russische Volk mit den türkischen Scharen früherer Jahrhunderte verglichen, die berechnen zu können meinten, daß Rußland eines Tages Deutschland überflügeln werde, und dabei zu dem Ergebnis kamen: „Geht es in demselben Tempo weiter, dann kommt eine Zeit, wo die Deutschen unter den europäischen Nationen die Stellung eines Duodezvölkchens,

---

[285]) Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, 2. Band, S. 507.

[286]) E. Glantz, a. a. O. S. 13.

[287]) Freiherr von Thielmann-Jakobsdorf, Die Ära Caprivi-Heyden und die neue Wirtschaftspolitik, Breslau 1893, S. 4.

[288]) Thielmann, a. a. O. S. 24 f.

wie etwa heute die Schweizer einnehmen".[289]) Wie könnte man — meinten sie — mit einem solchen Staat einen Handelsvertrag abschließen? Rußland erschien als der gefährlichste Feind Deutschlands. Der Handelsvertrag aber bedeutete eine Stärkung dieses Feindes. Viel eher schlug man die Fortdauer des Zollkrieges vor, die „die beste — vielleicht die einzige dauernde Sicherung des politischen Friedens mit Rußland ist".[290]) Rußland war kriegerisch — und: „ein Handelsvertrag, welcher eine Stärkung Rußlands und eine Schwächung Deutschlands bewirken müßte, — welcher deutsche Patriot könnte ihn wünschen?"[291]) Außerdem aber nannte man Rußland — und erkannte nicht den Widerspruch, den diese Behauptung zur Kriegsbereitschaft bildete — arm und hinfällig. Sein Ruin erschien „absolut unvermeidlich", da „die Verhältnisse der russischen Landwirtschaft . . . in rapidem Niedergange sich befinden". Diesen Niedergang zu beschleunigen durch die Verhinderung eines Handelsvertrages, durch die Fortdauer des Zollkrieges, verlangte die nationale Klugheit.[292]) Über die Forderungen und Angebote Rußlands war dabei nur wenig zu sagen: die politischen Bedenken gingen diesen Schriftstellern über alle wirtschaftlichen Erwägungen. Und daher sprachen die, die für den Vertrag eintraten, in einer ganz anderen Richtung, sie konnten nur selten die ablehnenden Argumente widerlegen. Unter ihnen gab es überzeugte Landwirte, die aber in erster Linie die „Folgen für das Erwerbsleben der Nation", nicht den „möglichen Einfluß auf einen einzelnen Betriebszweig" bedachten.[293]) Sie sahen die Festigung des Friedens für eine Reihe von Jahren, der auch für die Landwirte von beträchtlichem Nutzen war.[294]) Auch erkannten sie, daß nach Abschluß der übrigen Verträge Rußland „das einzige Land Europas sein wird, für welches die deutschen Zollermäßigungen keine Geltung haben, und diese einseitige Ausschließung

---

[289]) Adolf Stein, Wer wird siegen? Berlin 1893, S. 5 u. 13.
[290]) Zur deutsch-russischen Zollkonferenz, Berlin 1893, S. 14.
[291]) H. von Samson-Himmelsstjerna, Zollkrieg und Weltfriede, Freiburg i. Br. 1894, S. 7.
[292]) Samson-Himmelsstjerna, a. a. O. S. 27 ff.
[293]) Albert Platzmann-Saida, Die Handels- und Verkehrspolitik des Reiches in Rücksicht auf die Landwirtschaft, Dresden 1894, S. 30.
[294]) (Adolf Bartian) Der Friede auf dem Papier und der Friede eines tatsächlichen Status quo. Berlin 1894, 2. Aufl., S. 29.

unseres größten Nachbarstaates wird sich auf die Dauer schwer aufrecht erhalten lassen".[295]) Allerdings wurde für die östlichen Gebiete als Ausgleich die Aufhebung des Identitätsnachweises verlangt. Für die Industrie glaubte man auch bei diesem Vertrage nicht an große Vorteile. Die berufenen Industrievertretungen hatten sich gewöhnlich gegen einen Handelsvertrag mit Rußland ausgesprochen. Die Handelskammer für Dortmund betonte ausdrücklich für die deutsche Produktion, „daß ihre Interessen es nicht sind, welche einen Handelsvertrag mit unserem östlichen Nachbarn wünschenswert oder gar dringend erscheinen lassen", sie war mit einem engen Zollanschluß mit Österreich und Italien zufrieden.[296]) Im Langnamverein hatten die ersten Verträge nur Enttäuschung hervorgerufen.[297]) Aber wenn auch der „Verein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln" im Februar 1893 die Gründung des „Bundes der Landwirte" begrüßte,[298]) so änderte sich doch die Stellung der Industrie dem russischen Vertrage gegenüber bis zum Ende des Jahres. Der Zentralverband deutscher Industrieller erinnerte zwar noch an seine Opferwilligkeit der Landwirtschaft gegenüber im Jahre 1891, aber zugleich bemerkte er auch, daß die Verträge der Landwirtschaft keinen Schaden gebracht hatten, und verlangte nun von ihren Vertretern die Annahme des rumänischen Handelsvertrages: „Denn Solidarität immer nur von einer Seite anerkannt und geübt kann auf die Dauer nicht zur Grundlage eines Bündnisses dienen, sondern die Landwirte müssen auch einmal etwas tun, um uns ihre Ansicht von der Solidarität zu beweisen".[299])

Das Jahr 1894 begann mit einem Aufruf der „Vossischen Zeitung" an die Regierung.[300]) Bei einer Ablehnung des Handelsvertrages im Reichstage, meinte sie,

---

[295]) Graf von Kanitz-Podangen, Die neuen Handelsverträge, Preußisch-Holland 1894, S. 3.

[296]) Jahresbericht der Handelskammer Dortmund für 1892. Seite 3, 5.

[297]) Berichte des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, Berlin 1892, Nr. 57, S. 63 ff.

[298]) Zitiert in: Bericht über die Verhandlungen der XVIII. Generalversammlung der Vereinigten Steuer- und Wirtschaftsreformer, Berlin 1893, S. 31.

[299]) Berichte des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, Berlin 1893, Nr. 60, S. 23, 28.

[300]) Vossische Zeitung, 3. Januar 1894.

sei die Regierung vor die Frage gestellt, „ob sie weiter ihre Stütze in der konservativen Partei suchen oder fortan mit der Linken zusammen arbeiten wolle". Und wenn die Regierung sich für die Linken entschieden habe, sei die Annahme des Handelsvertrages in einem neuen Reichstage sicher. Allerdings meldete man auch schon für die Zukunft Forderungen an, denn „so epochemachend ist der Handelsvertrag mit Rußland nicht, daß man ohne jede Rücksicht auf andere Fragen der Zukunft die Wahltätigkeit von dem Sein oder Nichtsein dieses einen Vertrages abhängig machen könnte".

Zugleich wurde jetzt immer mehr die Frage der Aufhebung des Identitätsnachweises und der Staffeltarife besprochen. Sahen die Liberalen diese Aufhebung für überflüssig an, wenn die Regierung nur fest und zielbewußt mit ihnen zusammenarbeitete, so hielt der „Reichsbote" die Aufhebung der Staffeltarife für eine Schädigung der Ostprovinzen, die durch die Aufhebung des Identitätsnachweises nicht ausgeglichen wurde.[301]) Der Versuch der Regierung, dem Süden und dem Osten eine Entschädigung für etwaige Verluste durch den Handelsvertrag zu geben, wurde also von vornherein als unzureichend bekämpft — von den Zeitungen, die auf jeden Fall gegen die Regierungsmaßnahmen eingestellt waren; denn der Osten selbst sah einen Vorteil in der Aufhebung des Identitätsnachweises.[302]) Die ganz für die Interessen des Handels eintretende „Weserzeitung" sprach sogar von einem „Verlangen der ostpreußischen Agrarier nach Aufhebung des Identitätsnachweises", das die Regierung zweifellos erfüllen müsse, wenn der Handelsvertrag im Reichstage angenommen werden sollte.[303]) Die Annahme im Reichstag war allerdings noch nicht gesichert. Im neuen Reichstage waren die kleinen Handelsverträge nur durch eine Spaltung der Zentrumspartei angenommen worden. Damals hatten 49 Mitglieder der Fraktion gegen die Verträge gestimmt, und 46 unter Führung Liebers hatten ihre Annahme bewirkt.[304]) Auch dieser neue Vertrag, das sah man voraus, würde durch das Zentrum angenommen oder abgelehnt werden. Und daher konnte die „Vossische Zeitung" noch einmal die Regierung auffor-

[301]) Reichsbote, 6. Januar 1894.
[302]) Kölnische Zeitung, 9. Januar 1894.
[303]) Weserzeitung, 16. Januar 1894.
[304]) Bachem, a. a. O. S. 335.

dern, mit den Linken zu regieren, nachdem sie den Reichstag aufgelöst hatte,[305]) während die konservativen Parteien sich geneigter zeigen mußten, gegen „gleichwertige Zugeständnisse" — zu denen die Aufhebung des Identitätsnachweises freilich nicht gezählt wurde — den Vertrag anzunehmen.[306]) Hohenlohe hielt die Annäherung Bismarcks an den Kaiser „für das Zustandekommen des russischen Handelsvertrages . . . von entscheidender Bedeutung".[307]) Aber das hinderte nicht, daß auch in den folgenden Tagen immer wieder die Auflösung des Reichstages erwogen wurde. Am 6. Februar wurde der Vertragstext veröffentlicht, und man umstritt nun ihn. Die liberalen Parteien erklärten ihn — wie nicht anders zu erwarten war — für gut. Die konservative Presse benutzte die Gelegenheit, politisch Stellung zu nehmen. Hatte die „Kreuzzeitung" schon im Januar die Frage, „ob Deutschland heute noch die Stellung einnimmt, in welcher es sich zu Ausgang der Regierung Kaiser Wilhelms I. befand" mit „Nein" beantwortet und behauptet, daß das Gewicht des Dreibundes „ein geringeres geworden ist",[308]) so verurteilte der „Reichsbote" jetzt noch einmal die Nachgiebigkeit der deutschen Unterhändler.[309]) Und die landwirtschaftlichen Vereine, die in diesen Tagen sich wieder in Berlin versammelten, faßten entsprechende Resolutionen. Aber diesmal traten ihnen der Handel und die Industrie offen entgegen. Die Kaufmannschaft von Berlin faßte am 9. Februar eine Resolution, in der der Vertrag „als eine hocherfreuliche Ergänzung des bisherigen Handelsvertragssystems" bezeichnet wurde, der der Landwirtschaft keinen Schaden zufüge.[310]) Wenig später folgte ihr der Deutsche Handelstag, der seine „Genugtuung und Freude" aussprach und um schleunigstes Inkrafttreten des Vertrages bat.[311]) Und die Industrie schloß sich dieser Stellungnahme an. Der Langnamverein sprach sich „einstimmig für die Annahme" des Vertrages aus, da die Landwirtschaft aus

[305]) Vossische Zeitung, 10. Januar 1894.
[306]) Arendts, Deutsches Wochenblatt, 18. Januar 1894.
[307]) Hohenlohe, a. a. O. S. 509.
[308]) Kreuzzeitung, 8. Januar 1894.
[309]) Reichsbote, 11. Februar 1894.
[310]) Die Korporation der Kaufmannschaft von Berlin, Berlin 1920, S. 440.
[311]) Verhandlungen des XVIII. und XIX. Deutschen Handelstages, Januar und Februar 1894, Berlin 1894, S. 18.

dem Differentialzoll gegen Rußland keinen Vorteil ziehen könne;[312]) fast mit den gleichen Worten begrüßte der Zentralverband deutscher Industrieller den Vertrag;[313]) im Reichstage vertrat Freiherr von Stumm-Halberg, bei der Beratung des Handelsvertrages eindeutig die Interessen der Industrie.[314]) Der Kaiser — von dem Waldersee allerdings empört das offene Eingeständnis seiner Furcht vor einem Konflikt mit Rußland notierte[315]) — faßte in einem Kronrat am 18. Februar noch einmal zusammen, was ihn bewog, die Annahme gerade dieses Vertrages zu wünschen.[316]) Er betonte besonders die politische Seite des Vertrages, dessen Entstehung er mehr als ein Verdienst der Dynastien als der Unterhändler hinstellte. Er hoffte auf „Verbesserung der Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland und Lockerung derjenigen zwischen Frankreich und Rußland". Heftig wandte er sich gegen die Opposition aus dem „Bund der Landwirte", der gegenüber er seine „Rechte voll zur Geltung bringen" wollte. Er hielt den Vertrag „für eine der größten je für Preußen und Deutschland erzielten Errungenschaften".

Am 26. Februar begann die erste Beratung des Handelsvertrages. Sie wurde zu einem viertägigen Kampfe nicht immer um den Handelsvertrag, oft auch um den „Bund der Landwirte". Die Vertreter der Landwirtschaft bekämpften, wie schon 1891, besonders die zwölfjährige Gültigkeit des Vertrages.[317]) Sie forderten Kompensationen in einem Maße, wie sie die Regierung nicht gewähren konnte. Nur die östlichen Provinzen schienen mit der Aufhebung des Indentitätsnachweises zufrieden zu sein.[318]) Aber immer wieder zeigte sich, daß es überhaupt an Vertrauen zur Regierung fehlte. „Wenn der Fürst Bismarck, bei dem wir das warme Herz für die Landwirtschaft kannten, uns einen solchen Vertrag vorgelegt hätte, dann würden

---

[312]) Beumer, a. a. O. S. 243.

[313]) Mitteilungen des Zentralverbandes deutscher Industrieller, Berlin 1894, Nr. 61, S. 5.

[314]) Die Reden des Freiherrn von Stumm-Halberg, 3. Bd., Berlin 1905, S. 127 ff.

[315]) Waldersee, a. a. O. S. 306, 308.

[316]) Große Politik, Band 7, Nr. 1666.

[317]) Graf von Mirbach, 26. Februar 1894, 57. Sitzung, Sitzungsberichte, S. 1426.

[318]) Graf von Moltke, Sitzungsbericht vom gleichen Tage, S. 1434.

wir auch landwirtschaftliche Opfer in dem sicheren Vertrauen gebracht haben, daß er es verstanden haben würde, Kompensationen zu finden . . . dieses Vertrauen können wir den gegenwärtigen Leitern der Politik momentan nicht entgegenbringen", das sagte ein Abgeordneter,[319]) aber jeder andere Konservative hätte so auch sprechen können. Dieser Stimmung gegenüber spielten die Furcht vor Rußland, das man zur Zeit für gefährlicher hielt als Amerika,[320]) die Bedenken gegen die zwölfjährige Gültigkeit und die Forderung bedeutenderer Entschädigungen nur eine untergeordnete Rolle. Die langen Reden der Regierungsvertreter, in denen versucht wurde nachzuweisen, daß die Industrie „die Stabilität der Zollsätze auf eine längere Zeit hinaus" und den russischen Markt brauche,[321]) konnten diese Stimmung nicht beseitigen. Sie und die Bemerkung Caprivis, daß der Kaiser und der Bundesrat den Vertrag gutgeheißen hätten,[322]) mußten bei den Konservativen und Agrariern nur den Eindruck vertiefen, daß die Regierung sich von ihnen abwenden und Handel und Industrie bevorzugen wolle. Gegen die Gefahr des Panslawismus hielt man, wie ich gezeigt habe, einen Handelskrieg für sicherer, als einen Vertrag, der Rußland stärkte. Daß dieser Vertrag „das letzte Glied in einer Kette" sei, glaubte man wohl, nicht aber, daß Deutschland die Kette verlängert habe, „ohne einen Preis dafür zu zahlen".[323]) Und wenn in der zweiten Beratung am 10. März der Artikel I des Vertrages mit 200 gegen 146 Stimmen angenommen wurde, so bewies das, daß die Partei, die sich vor allen anderen die staatserhaltende nannte, das Vertrauen zur Regierung verloren hatte. Neue Gedanken brachten die Beratungen nicht, nur einen Antrag Kardorffs, der Erhöhung der Getreidezölle auf 5 Mark und damit die Ablehnung des Handelsvertrages verlangte. Er war der Ablehnung, die er am 13. März mit 205 gegen 151 Stimmen fand, von vornherein sicher. Am 16. März wurde der Han-

[319]) von Kardorff, 27. Februar 1894, 58. Sitzung, Sitzungsberichte, S. 1447.
[320]) von Ploetz, 1. März 1894, 60. Sitzung, Sitzungsberichte, S. 1530.
[321]) Marschall, 26. Februar 1894, 57. Sitzung, Sitzungsberichte, S. 1429.
[322]) Caprivi, 27. Februar 1894, 58. Sitzung, Sitzungsbericht, S. 1449.
[323]) Caprivi, a. a. O. S. 1451.

delsvertrag im Reichstage angenommen. Das Zentrum war auch bei diesem Handelsvertrage ausschlaggebend.[324])

„Der Kampf in seiner bisherigen Gestalt" war damit beendet, „es bleibt uns nur noch übrig — schrieb die „Kreuzzeitung" — am Grabe unserer wirtschaftspolitischen Unabhängigkeit einige Worte der Erinnerung zu sprechen".[325]) Der Deutsche Landwirtschaftsrat hatte schon Anfang März resigniert.[326]) Aber der „Reichsbote" rief jetzt zur Tatkraft auf: „nur kein Pessimismus, keine ermattende Hoffnungslosigkeit".[327]) Die „Kreuzzeitung" stimmte ihm bei: „es gilt nunmehr, den Vernichtungskampf gegen den kapitalistischen Liberalismus und alles, was sonst noch zu ihm schwört, zum Austrag zu bringen . . ." Wieder stellte man Bismarck Caprivi entgegen. Er war das Symbol der Größe, mit den Blick auf ihn hieß es: „durch Kampf zum Sieg — Das sei's Panier!"[328]) Einen Systemwechsel forderte man, wie der „Landwirt" in einem Artikel „Das Maß ist voll" sich ausdrückte, nicht einen Ministerwechsel. Zugleich faßte man einmal alle Forderungen für die Zukunft zusammen: „. . . Reform der Währung, der Börsenordnung, des Alters- und Invaliditätsgesetzes, strengere Maßregeln gegen Viehverseuchung, Regelung der Verschuldungsfrage des Grundbesitzes, mehr staatliche Aufwendungen für Meliorationen, mehr Eisenbahnen auf dem platten Lande, eine neue Erbschaftsgesetzgebung und ein neues Heimstättengesetz, Entlastung der Selbstverwaltungsämter usw."[329]) Das war das Ende des Kampfes und der Anfang eines neuen.[330])

Noch am Tage der Annahme des Vertrages durch den Reichstag hatte der Kaiser ein Glückwunschtelegramm an den Zaren geschickt. Am nächsten Tage versicherte ihm Alexander III. der „réciprocité de mes voeux les plus sincères".[331]) Der Kaiser „war in der

---

[324]) Bachem, a. a. O. S. 347.
[325]) Kreuzzeitung, 18. März 1894.
[326]) Bericht über die Verhandlungen der 22. Versammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates, Charlottenburg 1894, Seite 425.
[327]) Reichsbote, 18. März 1894.
[328]) Kreuzzeitung, 19. März 1894.
[329]) Der Landwirt, 23. März 1894.
[330]) Große Politik, Band 7, Nr. 1667.
[331]) Große Politik, Band 7, Nr. 1668.

Propoganda sehr arbeitsam" gewesen,[332]) seinem Oberzeremonienmeister Kanitz hatte er sagen lassen, „daß er entweder den Dienst verlassen oder für den Vertrag stimmen solle".[333]) Seine Verstimmung gegen die Konservativen zeigte sich in der Randbemerkung zu einem Bericht Münsters aus Paris.[334]) Münster hatte von der Wirkung des Handelsvertrages in Frankreich geschrieben, daß er einen „tiefen Eindruck" gemacht habe, daß man seinen Wert in Frankreich besser verstünde, „als viele unserer Parlamentarier" — wozu der Kaiser bemerkte: „Jawohl! besonders von rechts!" Überhaupt zeigte sich jetzt erst recht die politische Bedeutung des Vertrages. Der durchschnittene Draht nach Rußland sollte geflickt und Rußlands Verständigung mit Frankreich gestört werden. Hatte Münster schon im Februar geschrieben: „die Franzosen verstehen, daß unser Handelsvertrag eine schlechte Antwort auf Kronstadt und Toulon ist",[335]) so berichtete der deutsche Botschafter in Wien an Caprivi Anfang April, daß Kalnoky sich von den beiden Verträgen mit Rußland — Österreich-Ungarn war im Begriff, gleichfalls einen Handelsvertrag mit Rußland abzuschließen — eine Sicherung des Friedens zwischen den drei Staaten versprach. Auch er sah dabei nach Frankreich und meinte, „offenbar fühle man sich dort unsicher, und das sei sehr hoch anzuschlagen".[336]) Die russische Presse war zeitweise weniger freundlich gegen Frankreich als gewöhnlich.[337]) Es herrschte auch noch einen Monat später eine „im Großen und Ganzen . . . freundlichere Stimmung Deutschland gegenüber". Allerdings meldeten sich da auch schon die ersten Bedenken, ob dieser „Umschwung zum Bessern sich von Dauer erweisen wird . . ."[338])

b) Caprivis Sieg und Sturz.

Caprivi hatte seinen letzten Sieg errungen: Die von ihm begonnene neue Orientierung der Wirtschaftspolitik

---

[332]) Eugen von Jagemann, 75 Jahre des Erlebens und Erfahrens, Heidelberg 1925, S. 118 f.

[333]) Hohenlohe, a. a. O. S. 511.

[334]) Große Politik, Band 7, Nr. 1537.

[335]) Große Politik, Band 7, Nr. 1604.

[336]) Große Politik, Nr. 1669.

[337]) Große Politik, Nr. 1670.

[338]) Große Politik, Nr. 1671.

hatte er durch alle Angriffe sachlicher und persönlicher Art mit dem Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrages zu Ende geführt. Freilich nicht zu dem einst von ihm gewünschten, der Mitteleuropäischen Zollunion. Aber daß dieser Versuch ihm nicht geglückt war, lag ebenso sehr an der allgemeinen Anschauung, die ein Aufgeben nationaler Rechte, das Übergehen zu einem — wenngleich ganz eng begrenzten — Internationalismus noch nicht erlaubte, wie an Caprivis Mangel an Voraussicht. Immerhin war für das Deutsche Reich ein Handelsvertragssystem geschaffen, das gestattete, auf zehn Jahre im voraus zu disponieren. Und dieser Vorteil kam keineswegs der Industrie allein zugute — auch der Landwirt nahm daran teil, wenn er Meliorationen oder Veränderungen in seinem Betriebe plante, die eine Reihe von Jahren in Anspruch nahmen.

Die deutsche Landwirtschaft war in den Jahren seit 1890 nicht zurückgegangen. Zwar nahm die Verschuldung in steigendem Maße zu. Die Zunahme betrug jährlich seit 1891 über 200 Millionen, seit 1895 sogar über 250 Millionen Mark.[339]) Und auch die Zwangsversteigerungen stiegen in Preußen 1892—1893 auf 2299, 1893—1894 auf 1998 mit einer Gesamtfläche von 89 266 bzw. 69 327 Hektar versteigerten Landes. Aber gerade hier zeigt die Statistik auch, daß zwischen Caprivis Wirtschaftspolitik einerseits und der Verschuldungs- und Versteigerungszunahme andererseits kein erkennbarer Zusammenhang besteht.

Bayern, das in den Jahren 1893 bis 1896 der Zahl und Fläche nach an Zwangsversteigerungen aufwies:[340])

	Zwangsversteigerungen	Fläche in ha
1893	823	6718
1894	991	7385
1895	1086	8618
1896	1148	9148

hat für einige Jahre eine Zusammenstellung der „Ursachen der Vergantung" veröffentlicht.[341])

---

[339]) Zeitschr. des Königl. Preuß. Stat. Bur. 38. Jahrg. 1898, Seite XLII.

[340]) Maßnahmen auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Verwaltung in Bayern 1890 und 1897. München 1897, S. 253.

[341]) Maßnahmen, a. a. O. S. 254.

Jahr	Ungünstige Gutsübernahme, Überschuldung, Kapitalskündigung	Mangel an Sparsamkeit, Leichtsinn, Arbeitsscheu, Trunk, Spielsucht, Müßiggang	Geschäftsunkenntnis, Mangel an Arbeitskräften, schlechte Wirtschaft	Verfehlte Spekulation, Bauwut, Neubauten, zu große Baulust	Vermögens- oder Kreditlosigkeit, Mangel an Betriebskapital, Verlust im Geschäft oder durch Schulden	Prozeßsucht, Verlorene Prozesse	Wucher	Zahl überhaupt
1893	376	221	48	22	19	16	5	823
1894	413	264	60	27	63	9	4	991
1895	496	263	52	43	51	14	8	1086
1896	598	258	63	27	39	21	3	1148

Für das Großherzogtum Hessen ergaben sich folgende Verhältnisse im Jahre 1890: 46 bis 53 Prozent eigene Verschuldung (hauptsächlich schlechte Haushaltung, Nachlässigkeit, Trägheit, Arbeitsscheu, Trunk und Genußsucht); 17 Prozent Krankheit und ungünstige Familienverhältnisse; 11 bis 15 Prozent freiwillig ungünstige oder leichtfertige Übernahme; 6 bis 10 Prozent unglücklicher Betriebsgang (meist selbstverschuldet); 4 bis 9 Prozent ungünstige Zeitverhältnisse.[342])

Alle solche Statistiken haben ihre Fehler und Lücken, sie erfassen häufig nur die an der Oberfläche liegenden Tatsachen und übergehen die eigentlichen tieferen, unerfaßbaren Einzelheiten. Deswegen gibt es auch nur sehr wenige Zusammenstellungen, wie sie in Bayern vorgenommen wurde. Bedenkt man aber auch alle Schwierigkeiten und daß die Statistik nicht Anspruch darauf erheben kann, für jeden einzelnen Fall das Richtige auszusagen, so wird man doch bei einer um tausend schwankenden Zahl von beobachteten Zwangsversteigerungen die großen Linien feststellen können. Und da zeigt sich überraschenderweise, daß „Vermögens- oder Kreditlosigkeit", „Mangel an Betriebskapital" und „Wucher" in der bayerischen Statistik erst an fünfter und siebenter Stelle stehen, während die ersten Plätze eingenommen werden von Gründen, die gewöhnlich in der persönlichen Unzulänglichkeit des Besitzers zu suchen sind.

[342]) Sozialpolitisches Centralblatt 1894, Nr. 21. Für Preußen vgl. die Bemerkungen in der Nordd. Allg. Zeitung vom 9. April 1890 und in der Vossischen Zeitung vom 26. August 1890.

Für eine größere Zahl von landwirtschaftlichen Betrieben sind die Betriebsrechnungen veröffentlicht worden, besonders in einer von der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft herausgegebenen Reihe. Aber auch dort ist nur in den wenigsten Fällen eine brauchbare Ertragsrechnung zusammengestellt. So ist man gezwungen, sich in der Frage nach der Rentabilität der Landwirtschaft in jenen Jahren auf wenige Angaben zu verlassen. Albert Rose[343]) gibt für ein ostpreußisches Rittergut als Reingewinn an:

1860—1861	4 452,88 Mk.	1889—1890	7 760,18 Mk.
1870—1871	10 192,13 Mk.	1890—1891	7 106,83 Mk.
1880—1881	10 646,21 Mk.	1891—1892	4 784,82 Mk.
1885—1886	7 519,31 Mk.	1892—1893	9 429,20 Mk.
1886—1887	13 104,37 Mk.	1893—1894	8 561,05 Mk.
1887—1888	11 519,18 Mk.	1894—1895	7 467,77 Mk.
1888—1889	8 233,26 Mk.	1895—1896	8 505,87 Mk.

Es wird also für jedes Jahr seit 1885 ein Reingewinn ausgewiesen. Der Verkehrswert des Gutes betrug

1860—1870	203 325 Mk.	1880—1890	224 758 Mk.
1870—1880	228 520 Mk.	1890—1902	261 500 Mk.

Die Verzinsung des Verkehrswertes betrug also in den Jahren 1890 bis 1896 immerhin fast 3 Prozent.

Einnahmen und Ausgaben von drei Rittergütern Mecklenburgs während der Jahre 1881 bis 1894 hat Siemssen[344]) nebeneinandergestellt:

	Einnahmen			Ausgaben		
	Gut I	Gut II	Gut III	Gut I	Gut II	Gut III
1881-87	100	100	100	100	100	100
1888-94	130	152,6	132,2	137	151,3	129,7

Also die Gesamteinnahmen heben sich bei zwei Gütern mehr als die Gesamtausgaben, so daß man sogar von einer steigenden Rentabilität sprechen kann. Und diese Feststellung deckt sich durchaus mit Siemssens Beobachtungen, der erklärt: „Die Mecklenburgische Landwirtschaft hat noch ihre Zukunft. Die Rentabilität derselben kann noch gesteigert werden . . .“ Backhaus hat eine Umfrage etwa im Jahre 1896 veranstaltet,[345])

[343]) Albert Rose, Das ostpreußische Rittergut Müggen von 1860 bis 1902. Diss. Jena, Königsberg-Pr. 1903, S. 70 und Tabelle XI.

[344]) Gustav Siemssen, Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Verhältnisse dreier Rittergüter Mecklenburgs während des neunzehnten Jahrhunderts. Diss. Halle 1903. Seite 55 ff.

[345]) A. Backhaus, Agrarstatistische Untersuchungen über den preußischen Osten im Vergleich zum Westen, Berlin 1898, S. 254 ff.

in der er auf die Rentabilität der Güter eingeht. In Ostpreußen antworteten auf seine Fragen 45 Wirte. 30 von ihnen gaben für die neunziger Jahre Erträge an, die im allgemeinen, soweit Verhältniswerte angegeben wurden, zwischen drei und fünf Prozent des Grund- und Betriebskapitales lagen, 6 Betriebe waren zeitweise unrentabel oder zogen ihre Überschüsse aus technischen Nebengewerben. Die Angaben der restlichen neun Betriebe waren nicht zu verwerten. In Westpreußen waren von 13 befragten Gütern 9 rentabel und 2 unrentabel, in Pommern von 5 Gütern 3 rentabel. Kann man auf Grund dieser Angaben schon nicht von einer allgemeinen Verlustwirtschaft sprechen, so zeigen einige Bemerkungen, daß auch die niedrigen Kornpreise der neunziger Jahre die Landwirtschaft nicht unbedingt unrentabel machten — in einem hauptsächlich Getreide bauenden Gebiete — sondern nur die Einnahmen verringerten oder nicht beeinflußten (Nr. 57 und Nr. 39, auch Nr. 11 der Güter). Einige andere Güter, die Backhaus in den Kreisen Pillkallen, Mohrungen und Gumbinnen untersuchte, ergaben gleichfalls Überschüsse, die zum Teil der vielzitierten Dividendenhöhe der Industrie nicht nachstanden.

Dies sind die Ertragsrechnungen und Angaben von etwa 60 ostelbischen Wirtschaften der neunziger Jahre, aus einer Gegend also, in der die Klagerufe am lautesten waren. Es sind zum Teil die Ertragsrechnungen von G ü t e r n, die also nichts beweisen für den mittleren Bauernstand des gleichen Gebietes und schon gar nichts für die Zustände im Reiche. Es läßt sich einwenden, es könnten ja überhaupt nur aktive Ertragsrechnungen veröffentlicht werden, denn ein Gut, das nicht eine gewisse Rente abwirft, muß verkauft oder versteigert werden. Eine umfassende Statistik über die Rentabilität auch nur der Mehrzahl der deutschen landwirtschaftlichen Betriebe ist nicht zu erreichen. Aber wenn man die vorliegenden Angaben verwertet und dazu bedenkt, daß in den Jahren 1890 bis 1895 jährlich nur etwa jeder 1700ste von den 3 300 000 landwirtschaftlichen Betrieben zwangsweise seinen Besitzer gewechselt hat, so läßt sich doch sagen, daß von einem besonderen Notstande der Jahre etwa seit 1890 und seiner unerträglichen Verschärfung durch die neue Wirtschaftspolitik nicht die Rede sein kann.

Nur die Getreidepreise fielen unaufhörlich. 1892

kostete in Berlin der Weizen 176 Mark, 1893 152 Mark, 1894 nur noch 136 Mark.[346]) Der Transport von Getreide aus Übersee wurde weiter verbilligt.[347]) In Rußland erreichten die Kornpreise Tiefstände. Winterweizen kostete 1894 per Pud 50 bis 67, Sommerweizen 44 bis 59, Roggen 38 bis 47 Kopeken. Das ergab gegen 1891 ein durchschnittliches Sinken von etwa 58 %.

Aber daß überall die Getreidepreise in diesen Jahren sanken, wurde von den deutschen Landwirten nicht bedacht. Sie legten die schlechten deutschen Marktverhältnisse ausschließlich Caprivi zur Last. Ihn bekämpfen, seinen Rücktritt erzwingen, hieß der Landwirtschaft eine bessere Zukunft bereiten.

Und mit dieser agrarischen Opposition — die vom Kleinbauern bis zum Großgrundbesitzer reichte — verbanden sich die verschiedensten Gegner Caprivis. Geis hat in seiner Untersuchung[348]) gezeigt, wie dem Reichskanzler schon in den ersten Monaten seiner Amtszeit Gegner erstanden, und wie er, isoliert stehend, nur um seine Pflicht dem Kaiser gegenüber zu erfüllen, seinen Rücktritt hinauszögerte bis zum Oktober 1894. Alles legte man ihm zur Last, was sich in diesen Jahren an scheinbarem und wahrem Unglück gestaltete: Den Helgoland-Vertrag erklärte man für einen außenpolitischen Fehler; mit der Militärvorlage schuf sich der Reichskanzler seine Feinde unter den Militärs, soweit diese nicht von vornherein — wie Waldersee —, enttäuscht von Caprivis Art, ihn als unfähig bekämpften. Des Reichskanzlers Versuch, den Einfluß des Militärs auf Heeresangelegenheiten zu beschränken, die Militär-Attaches — wie Waldersee sagte[349]) — zum „Reporter des Botschafters" zu machen, vertiefte diesen Zwiespalt. Außerdem standen alle, die gut bismarckisch waren, die „Bismarckfronde", von Anfang an gegen Caprivi und erhielten von der Öffentlichkeit eine Berechtigung zu ihrem Kampf durch den „Uriasbrief" nach Wien, für den der Reichskanzler die volle Verantwortung auf sich nahm.

Zu all diesen Feinden kamen die Agrarier, die sich vernachlässigt, ja verraten glaubten. Führer der Agrarier aber waren die Großgrundbesitzer, die zugleich hohe Militärs waren oder dem Kaiser in anderer Eigen-

[346]) Meitzen, a. a. O. Bd. VIII. S. 373.
[347]) Juraschek, a. a. O. S. 25 Anm. 1.
[348]) Robert Geis, Der Sturz des Reichskanzlers Caprivi, Berlin 1930.
[349]) Waldersee, Briefwechsel, S. 392.

schaft nahestanden. Sie waren außerdem zumeist Bismarckfreunde.

Der Kaiser, der selbst gelegentlich nicht Caprivis Ansichten teilte — bei der Militärvorlage —, tat mit der „Versöhnung" mit Bismarck die ersten Schritte gegen Caprivi. Ihm wie jedem anderen war klar, daß diese Annäherung den Rücktritt Caprivis zur Folge haben würde. Die Rede des Kaisers am 6. September 1894 in Königsberg, in der er erklärte: „Als ausgelöscht betrachte ich alles, was geschah"[350]) und seine Hilfsbereitschaft betonte, bedeutete das Aufgeben der Caprivischen Handelspolitik. Die agrarische Opposition sollte wieder an die Regierung herangezogen werden. Es war ein für diesen Monarchen unerträglicher Zustand, daß seine Regierung sich auf das Zentrum, die Freisinnigen und die Sozialdemokraten stützte, während die Konservativen und die Großgrundbesitzer — und das waren die hohen Militärs, das hohe Beamtentum, der weitaus größte Teil des Adels, die dem Kaiser am nächsten stehenden Männer — gegen diese Regierung kämpften. Sollte dieser Zustand sich ändern, dann mußte Caprivi fallen. Als der Reichskanzler am 28. Oktober seinen Abschied erhielt, waren im Augenblick zwar andere Gründe bestimmend. Aber nicht am wenigsten hatten die Erfolge Caprivis in seiner Handelspolitik das schnelle Ende dieser Reichskanzlerschaft herbeigeführt.

Einige Bemerkungen über die Stellungen Bismarcks, Caprivis und des Kaisers zur Wirtschaftspolitik in den behandelten Jahren.

Zum Schluß der Untersuchung ist es nötig, etwas näher — soweit die oft spärlichen Quellen das zulassen — einzugehen auf einige Persönlichkeiten, die den Wirtschaftskampf jener Jahre 1890 bis 1894 richtunggebend beeinflußt haben. Die oben angegebene Gruppierung dieser drei hervorragenden Männer ergibt sich aus folgendem:

Bismarck war nach seinem Rücktritt durch keine amtlichen Hemmungen gehindert, seine Ansichten öffentlich zu verkünden, den Leitern der Politik Beifall oder herabsetzende Kritik zu spenden. Und da er „der größte Meister der journalistischen Wirkung"[351]) war, blieben

[350]) Europäischer Geschichtskalender 1894, S. 140.
[351]) Lotz, a. a. O. S. 115.

seine Meinungsäußerungen nicht auf einen engen Kreis beschränkt, sondern bewußt machte sich der ehemalige Reichskanzler zum Führer einer oppositionellen Partei, deren Mitglieder ihm umso eher zu folgen gewillt waren, als sie von ihm während seiner Amtszeit geschützt und behütet worden waren. Es ist hervorgehoben worden, wie sehr zeitweise der Kampf um den Getreidezoll und die Handelsverträge ausartete in einen Kampf um Personen — ein deutliches Zeichen davon, daß diese Meinungsverschiedenheiten tief in das Volk hineinreichten, daß Bismarcks Bedeutung in jenen Jahren eine überaus große war.

Caprivi, der Reichskanzler, hat sich in führender Stellung mit dieser oppositionellen Gruppe auseinanderzusetzen. Ihm fehlt die jahrzehntelange Erfahrung seines Vorgängers, die bedingungslose Anhänglichkeit, die dieser sich im Volke verschafft und über seinen Rücktritt hinaus zu wahren vermocht hat. Seine Stellung ist dadurch erschwert. Er ist ein Neuling in wirtschaftspolitischen Fragen, wie überhaupt in der Kunst des Staatsmannes — was er freimütig selbst bekennt vom ersten Tage ab — und sofort fällt ihm die schwierige Aufgabe wenn nicht eines Systemwechsels, so doch der Systemänderung zu. Er ist sich bewußt, damit denen, die an ihm abfällige Kritik üben, einen neuen, vielleicht den größten Anlaß zu dieser Kritik zu geben. Er nimmt dieses Unglück auf sich in der unerschütterlichen Überzeugung, zum Wohle seines Vaterlandes zu handeln und die Befehle seines Herrn ausführen zu müssen — soweit wenigstens lassen uns die Quellen, die für ihn von besonders geringem Umfange und Werte sind, blicken.

Der Kaiser tritt hinter diesen beiden Männern, die in gehobener Stellung vor aller Augen ihre Meinung zu erkennen geben oder ihre Pflicht erfüllen, zurück. Gibt ihm schon seine Stellung seltener die Möglichkeit, seine eigenen Ansichten rücksichtslos auszusprechen, so wird das Bedürfnis nach einer Meinungsäußerung auf wirtschaftspolitischem Gebiete außerdem noch geringer sein, als etwa in den Fragen der Außenpolitik. Erst in der Zeit der Vorbereitungen zu dem deutsch-russischen Handelsvertrage mehrt sich seine Anteilnahme, denn mit der in Rußland herrschenden Dynastie verbinden ihn verwandtschaftliche Beziehungen, die ihm teuer sind. Aber auch dann — das wird sich zeigen — gleichen seine Worte mehr einem kurzen heftigen Aufschäumen,

einer plötzlichen Gemütserregung, als einem dauernden Flusse und dem Verlangen nach tätiger Anteilnahme an einem Werke, dessen Bedeutung er über die aller gleichzeitigen stellt.

Bismarck.

Im April 1890, nicht viel mehr als einen Monat nach seinem Rücktritt, sprach Bismarck wiederholt den Wunsch aus, man möge „Herrn von Caprivi, den er wegen seiner persönlichen Eigenschaften hochschätze . . seinem Charakter und der Schwierigkeit seiner Aufgabe entsprechend mit Rücksicht“[352]) behandeln. Aber als gegen Ende des Jahres der Abschluß eines Handelsvertrages immer sicherer wurde, wandte Bismarck sich bereits mit aller Schärfe gegen die „Verquickung der Politik mit wirtschaftlichen Fragen“, und die Zeitung erinnerte daran, daß er einmal gesagt habe, man könne mit einem Staate politisch zusammengehen und zugleich einen Wirtschaftskrieg führen.[353]) Bismarck betonte in den folgenden Monaten, daß das Bündnis mit Österreich eben deshalb ein so gutes und sicheres geworden sei, weil man sich in kluger Enthaltsamkeit gehütet habe, „das politische System mit wirtschaftlichen Fragen zu belasten“.[354]) Bei einem wirtschaftlichen Bündnis sah er die Gefahr, daß in beiden Ländern sich Gruppen bilden könnten, die in dem Gefühle, benachteiligt zu sein, sich gegen das wirtschaftliche und zugleich auch gegen das politische Bündnis wenden würden. Außerdem rügte er, daß man auf deutscher Seite die Verhandlungen zu geheim geführt habe, statt, „die Intentionen der Regierung vorher in der breitesten Öffentlichkeit . . . sowohl durch die Presse wie durch die beteiligten Korporationen und den Staatsrat“ zu besprechen. Er bemängelte also von Anfang an genau die Punkte, die auch den Feinden des Vertrages im Reichstage anstößig erschienen. Und mit diesen Männern verband er sich noch enger, wenn er befürchten zu müssen glaubte, daß bei dem künftigen Vertrage der deutsche Ackerbau zugunsten Österreichs benachteiligt werden würde.[355]) Wie groß Bismarcks Bedeutung in jenen Tagen in Deutschland und über die Grenzen hinaus war, zeigt eine Notiz der „Münchener Allgemeinen Zeitung“,

[352]) Hamburger Nachrichten, 23, 28. April 1890.
[353]) Hamburger Nachrichten, 28. Dezember 1890.
[354]) Hamburger Nachrichten, 27. Januar 1891.
[355]) Hamburger Nachrichten, 20. Februar 1891.

die die Erregung in Österreich mit der Besorgnis erklärte, „daß Fürst Bismarck, wenn er in den Reichstag eintritt, den deutsch-österreichischen Handelsvertrag zu Fall bringen könnte".[356]) Und was die Besorgnis der Österreicher war, war die Hoffnung der deutschen Landwirte. Aber Bismarck ging nicht in den Reichstag. Nur in immer neuen Zeitungsartikeln bekämpfte er die Regierung. Er erklärte „das seit zehn Jahren bei uns fungierende Wirtschaftssystem" für bewährt. An einem grotesken Beispiele wies er nach, daß neben dem politischen Bündnis das wirtschaftliche nicht nötig sei — und ganz besonders nicht ein für die Dauer von zwölf Jahren geschlossenes.[357]) Der völligen Gefolgschaft der Konservativen war er sicher, wenn er den Streit ganz auf das Gebiet der Außenpolitik schob und von dem „doppelten Schach" sprach, „in das wir durch den Bruch mit dem System der gleichzeitigen Annäherung an Rußland geraten sind". Da kam er dann zu dem Ergebnis, daß mit Berechtigung „Österreich glaubt . . ., daß die leitende Stellung im Bunde, die früher Deutschland innegehabt hat, jetzt in seine Hände übergegangen sei", daß man in Österreich beginne, den Kopf zu heben und sich für klüger und mächtiger als Deutschland zu halten, und daß man — natürlich — aus dieser veränderten Lage wirtschaftliche Vorteile zu ziehen beabsichtige.[358]) Das waren fast die Worte, mit denen die „Kreuzzeitung" und der „Reichsbote" den Handelsvertrag bekämpften. Noch deutlicher wurde die Übereinstimmung, als Bismarck in Kissingen zu einem deutschkonservativen Reichstagsabgeordneten sagte: „Sie können es jedem sagen, ich halte jede Herabsetzung unserer Getreidezölle für ein vaterländisches Unglück".[359]) Je näher die Beratung im Reichstage, umso heftiger die Worte. Zu den Borussen, die man in seiner Umgebung suchte, bekannte sich Bismarck zwar nicht,[360]) aber nun, da der Abschluß eines Vertrages nicht mehr zu verhindern war, wandte er sich umso mehr gegen die ungeschickten Unterhändler und eine Bindung auf zwölf Jahre. Am 7. Dezember waren die Handelsverträge veröffentlicht worden, am 9. ermahnte Bismarck die Reichstagsmitglieder, „eine möglichst

[356]) Münchener Allgemeine Zeitung, 28. April 1891.
[357]) Hamburger Nachrichten, 17. Mai 1891.
[358]) Hamburger Nachrichten, 2. Juni 1891.
[359]) Augsburger Abendzeitung, 5. August 1891.
[360]) Hamburger Nachrichten, 30. Oktober 1891.

genaue Prüfung der Vorlagen vorzunehmen und sich vor jeder Übereilung zu hüten", er erinnerte sie an ihre „verfassungsmäßige und verantwortliche Mitwirkung an der Gesetzgebung"[361]) — zu einer Zeit, da bekannt war, daß die Regierung Wert legte auf die Annahme des Vertrages noch vor Weihnachten. Dabei war er überzeugt, daß die Verträge „mit großer Majorität durchgehen werden".[362]) Das hinderte ihn nicht, in einer seiner Reden, von denen er wußte, daß sie in ganz Deutschland beachtet wurden, mit ironischen Worten von der „Abdiktation des Reichstages" zu sprechen, „wenn er in wenigen Tagen das begutachten und zur dauernden Einrichtung machen will, was Herren vom grünen Tisch in Zeit eines Jahres im Geheimen ausgearbeitet haben". Er stellte noch einmal heraus, daß er nie den Mut gehabt hätte, „auf zwölf Jahre den Sprung ins Dunkle zu tun". Zugleich war er überzeugt von der Zwecklosigkeit seiner Ermahnungen.[363])

Bis zum Juli des nächsten Jahres war aus der Abneigung Bismarcks gegen den Handelsvertrag eine Feindschaft gegen Caprivi geworden, die auch öffentlich eindeutigen Ausdruck fand. Das begann damit, daß die „Hamburger Nachrichten" Caprivi vorwarfen, er sei getragen „von dem Vertrauen solcher Parteien, deren Bestrebungen wir dem Reich für nachteilig halten".[364]) Schon wenige Tage später war Bismarck „allmählich zu der Erkenntnis gelangt, daß die Unterstützung des Generals von Caprivi, zu der er einen ernsten Anlauf genommen hatte, nicht durchführbar sei, da der neue Kurs eben eine andere Richtung einzuschlagen begann".[365]) Das frühere günstige Urteil über Caprivi wurde zurückgenommen, ihm wurde der „neue Kurs" in seinem ganzen Ausmaße zur Last gelegt.[366]) Und mehr noch: Bismarck verdächtigte ihn, daß er an seiner Stellung hänge und sich — fälschlich — vor Bismarck fürchte.[367])

Die Gegnerschaft fand eine neue Belebung durch die Verhandlung über den russischen Handelsvertrag. Während der Entstehungszeit des „Bundes der Landwirte" hatte Bismarck sich ganz zurückgezogen. Noch

[361]) Hamburger Nachrichten, 9. Dezember 1891.
[362]) Waldersee, a. a. O. S. 226.
[363]) Hamburger Nachrichten, 14. Dezember 1891.
[364]) Hamburger Nachrichten, 11. Juli 1892.
[365]) Hamburger Nachrichten, 13. Juli 1892.
[366]) Hamburger Nachrichten, 20. Juli 1892.
[367]) Hamburger Nachrichten, 21. Juli 1892.

Mitte März teilten die „Hamburger Nachrichten" mit, daß „von seiten des ‚Bundes der Landwirte' niemand in Friedrichsruh gewesen ist".[368]) Aber Caprivi wurde nicht mehr geschont. Seine Kühle der Landwirtschaft gegenüber rechnete Bismarck ihm nach und nannte ihn einen Freihändler „aus politischer Überzeugung".[369]) Er erschwerte die Lage des Reichskanzlers, indem er wieder, wie schon vor zwei Jahren, die Vorverhandlungen kritisierte, vom „Mangel an geschäftlicher Routine"[370]) sprach und schließlich an der Flottenvorlage bewies, daß die Landwirtschaft unterstützt werden müsse.[371]) Er hieß nun auch die politischen Ziele des „Bundes der Landwirte" gut.[372]) Aber bei einer Besprechung des Programms fand er doch, daß „weniger mehr und Beschränkung auf die nächstliegenden praktisch erreichbaren Ziele vorzuziehen gewesen wäre".[373])

Von der Annäherung Bismarcks an den Kaiser im Januar 1894 versprach man sich — wie schon oben erwähnt — eine günstige Wirkung auf die Beratung des Handelsvertrages mit Rußland im Reichstage. Tief in die rein persönlichen Beziehungen, Bedenken und Wünsche bei der Stellungnahme Bismarcks zum russischen Handelsvertrage dringt ein Brief von Pourtalés, der allerdings noch aus dem Jahre 1891 stammt.[374]) Es heißt da, daß Bismarck, nur um den „neuen Kurs" belasten zu können, diesem vielleicht „den Erfolg einer handelspolitischen Annäherung an Rußland nicht gönnen, vielleicht sogar eine solche zu hintertreiben suchen" würde. Auch wenige Tage vor seinem Besuch beim Kaiser lehnte er den Vertrag ab,[375]) gab aber nach anderer Quelle[376]) dem Abgeordneten Vopelius kein bindendes Wort der Ablehnung. Jedenfalls erklärte er auch in dieser Zeit, als er zu größerer Zurückhaltung veranlaßt war, diesen Vertrag nur für eine böse Folge des deutsch-österreichischen Handelsvertrages, die die Verstimmung zwischen der Landwirtschaft und der Industrie vertiefen werde. Die Opposition gegen Caprivi

[368]) Hamburger Nachrichten, 19. März 1893.
[369]) Hamburger Nachrichten, 22. Februar 1893.
[370]) Hamburger Nachrichten, 23. Februar 1893.
[371]) Hamburger Nachrichten, 19. März 1893.
[372]) Hamburger Nachrichten, 25. März 1893.
[373]) Hamburger Nachrichten, 10. Mai 1893.
[374]) Schweinitz, Briefwechsel S. 279.
[375]) Schweinitz, a. a. O. S. 313.
[376]) Jagemann, a. a. O. S. 119.

blieb die gleiche, wenn er sagte, er würde „Wert darauf gelegt haben, die Vertragsentwürfe der Diskussion und der Prüfung in der Öffentlichkeit zu unterbreiten, namentlich hätte er nicht den Reichstag in eine Zwangslage gesetzt und dadurch alle Verantwortlichkeit auf die Regierung selbst übernommen".[377]) Der Ton war kaum gemildert, die Stellung blieb die gleiche.

Caprivi.

Caprivi hatte den Vorzug, zu Beginn seiner Amtstätigkeit gern gesehen zu sein. Wie Bismarck sich in den ersten Tagen zu ihm stellte, haben wir schon gesehen. Waldersee, auf dessen Notizen wir häufig allein angewiesen sind, nannte ihn einen „unbedingt sicheren Mann", der auch dem Kaiser gefiel.[378]) Aber dieses Urteil änderte sich bald. Im September 1890 entdeckte Waldersee Mängel am Reichskanzler und im Dezember hielt er ihn schon für unredlich und falsch.[379]) Zu berücksichtigen ist bei diesen Urteilen, daß sie von dem „präsumptiven Nachfolger" — wie Waldersee selbst sich nannte — stammen. So ist es zu erklären, daß er ihn bald „Intrigant und unwahr" nannte. Es entstanden jetzt auch schon anderswo Zweifel an seiner Fähigkeit, das Reich zu leiten. Die „Eifersucht" Caprivis dürfte eine Erfindung Waldersees sein.[380]) Im April 1891 mehrten sich „die Stimmen derjenigen, welche die Leitung unserer auswärtigen Angelegenheiten in weiterem Sinne direkt anzugreifen beginnen".[381]) Daß man Caprivi auf innerpolitischem Gebiet nicht weniger befehdete, habe ich oben gezeigt. Der Reichskanzler beantwortete die Angriffe niemals, auch Bismarck gegenüber verteidigte er sich nicht. Aus seinen Äußerungen geht nicht hervor, daß es eine Berechtigung zu der Behauptung gäbe, ihn habe „mehr als politisch erlaubt die Abneigung des Nachfolgers gegen den Vorgänger, des Kleineren gegen den Überragenden oder anders ausgedrückt, der Wunsch, daß sein kaiserlicher Herr und er der Welt beweisen möchten, es gehe vorwärts auch ohne Bismarck und auf Wegen, die der Große nicht gefunden", beherrschte.[382]) Diese Vorwürfe

[377]) Hamburger Nachrichten, 9. Februar 1894.
[378]) Waldersee, a. a. O. S. 121, 123.
[379]) Waldersee, a. a. O. S. 146, 171.
[380]) Waldersee, a. a. O. S. 185 f., 194.
[381]) Schweinitz, Briefwechsel, S. 278.
[382]) Adolf Wermuth, Ein Beamtenleben, Berlin 1922, S. 190, auch 194.

der Liebedienerei kamen bezeichnenderweise von Männern, die, wie Wermuth, selbst zugaben, Anhänger der landwirtschaftlichen Richtung zu sein oder, wie Waldersee, durch Caprivis Fall gehoben werden konnten.

Berechtigter scheinen die Bedenken gegenüber seinen Mitarbeitern an den Handelsverträgen zu sein. Der Vorwurf der Planlosigkeit bei der Leitung der inneren Angelegenheiten[383]) ist übertrieben. Aber Caprivi schien tatsächlich „in die Hände von Freihändlern geraten" zu sein.[384]) Der Geheimrat Huber, den Bismarck „unbedeutend", Wermuth einen „hervorragenden Zolltechniker" nannte, leitete von nun ab die Handelspolitik. Nach Wermuths Ansicht hat er auch den Gedanken des mitteleuropäischen Zollbundes gehabt. Und hier liegt zweifellos ein Fehler Caprivis und Hubers. Beide glaubten an die Möglichkeit dieses auf Mitteleuropa beschränkten Zollbundes. Der Gedanke war — wie ich im ersten Kapitel gezeigt habe — nicht mehr neu. Aber was Enthusiasten oder Parteipolitiker erstrebt hatten, übernahm jetzt der verantwortliche Leiter der Reichspolitik. Caprivi hat geglaubt, man könnte gegen Rußland einen Differentialzoll aufrecht erhalten. Er hatte nicht bedacht, daß Rußland sich diese Zurücksetzung nicht gefallen lassen würde. Kein Mensch aber hat 1891 schon diese Lücke in der Überlegung Caprivis bemerkt. Erst viel später hat man den russischen Handelsvertrag als eine notwendige Folge des österreichischen Handelsvertrages hingestellt. Der Zollunionsplan fand seinen öffentlichen Ausdruck in Caprivis Rede im Reichstage am 10. Dezember 1891.[385]) Er sah in der Zukunft ein geeintes Mitteleuropa, im Kampf vielleicht gegen die Vereinigten Staaten von Amerika. Dieses war der zusammenhaltende Gesichtspunkt für alle Handelsverträge. Mit ihm hoffte der Reichskanzler Anhänger zu gewinnen. In der gleichen Rede wird aber auch Caprivis Unsicherheit deutlich. Er wollte nicht Schutzzöllner und nicht Freihändler sein, sondern Realpolitiker. Er hielt eine vermittelnde Stellung für möglich in einem Reichstage und einem Volke, die nur extreme Forderungen kannten. Er fühlte wohl seine schwache Stellung, sah, wie sich die Konservativen von ihm entfernten. Deshalb suchte er, die Tradition zu

[383]) Wermuth, a. a. O. S. 190.
[384]) Waldersee, a. a. O. S. 127.
[385]) Caprivi, 10. Dezember 1891, 137. Sitzung, Sitzungsberichte, S. 3301 ff.

erhalten. Mühevoll und fast gewaltsam fand er den Anschluß an Bismarcks Wirtschaftspolitik, kurz nachdem er sie für unmöglich erklärt hatte. Aber auf dem einmal eingeschlagenen Wege blieb der Reichskanzler. Abgesehen von dem Unionsgedanken war er auch der einzige gangbare. Die Verträge mußten 1892 erneuert werden, die sich dauernd ausdehnende Industrie brauchte die Auslandsmärkte. Und da das Ausland seine Märkte nur gegen Entschädigungen öffnete, mußten diese gewährt werden — auf Kosten der Landwirtschaft. Es war Caprivis Unglück, daß in seiner Amtszeit die Landwirtschaft auf der einen Seite, Handel und Industrie auf der anderen einander gleich an Bedeutung gegenüberstanden. Das schloß von vornherein die Möglichkeit aus, beide Parteien zufrieden zu stellen.

Der Reichskanzler besaß die Sympathien und das Vertrauen des Kaisers.[386]) Waldersee hatte für den Plan der Vereinigten Staaten von Europa nur eine ironische Bemerkung.[387]) Caprivi sah wohl die Erschütterung seiner Stellung unten den Konservativen. Er nahm die Gelegenheit wahr, seine konservative Überzeugung klar herauszustellen. Aber er hatte das Unglück, nur zeigen zu können, daß er nicht so konservativ war wie die Konservativen. Seine Rede gegen den „Bund der Landwirte" am 17. Februar 1893[388]) zwang ihn, gegen eine staatsgefährdende Bewegung aufzutreten. Er vertrat die Interessen des Staates gegen die einer Gruppe. Da ihm die Mittel fehlten, seine Sprache zu formen und geschmeidig zu machen, wurde jeder Versuch der Anknüpfung zu einem neuen Riß. Die Kluft zwischen ihm und den Konservativen vergrößerte sich. Zugespitzte Bemerkungen, die durch das Volk getragen wurden, verschlechterten Caprivis Stellung. Der „Bund der Landwirte" und Bismarck wandten sich gegen ihn. Die Aufforderung liberaler Blätter, mit den linken Parteien zu regieren, zeigte ihm deutlich, wo er stand. Auch der Kaiser schien zeitweilig nicht mehr zu ihm zu halten.[389]) Jetzt war auch allen klar, daß der russische Handelsvertrag notwendig wurde. Vergleiche wurden täglich im Volke gezogen zwischen Bismarck und Caprivi, die alle ungünstig für Caprivi ausfielen. Bei der Beratung des russischen

[386]) Hohenlohe, a. a. O. S. 483.
[387]) Waldersee, a. a. O. S. 230.
[388]) Caprivi, 17. Februar 1893, 46. Sitzung, Sitzungsberichte, S. 1114 ff.
[389]) Waldersee, a. a. O. S. 299.

Handelsvertrages am 27. Februar 1894[390]) konnte er sich mit Recht konsequent nennen: er hatte ein Handelsvertragssystem geschaffen, das Deutschland für zehn Jahre wirtschaftspolitische Ruhe bot. Der Zusammenschluß der europäischen Nationen war nicht vergessen, Rußland war jetzt sogar einbegriffen. Aber Caprivi wollte ihn nur noch vorbereiten „für spätere Zeiten". Man mag Fehler und Mängel an staatsmännischen Fähigkeiten bei Caprivi feststellen. Der Vorzug, aufrichtig gehandelt und das getan zu haben, was er für das allein Richtige hielt, bleibt ihm. Am 4. März nannte er in einem Privatbrief den Vertrag „eine gute Sache, die ich vertrete", und ihretwegen nahm er ruhig alle Gehässigkeiten auf sich.[391]) Er glaubte noch später, sich mit der Militärvorlage und den Handelsverträgen „ein Verdienst um Deutschland erworben zu haben". Wenn er die Zollunionsidee vielleicht von seinen Mitarbeitern übernommen hatte — sie war ihm doch gemäß. Wie fest konservativ und königstreu er innerlich stand, und wie sehr er aus dieser Stellung heraus die übertriebene Agitation der Landwirte verurteilte, zeigt ein letzter Brief an Schneidewin aus dem März 1895. Er sah die Möglichkeit einer „Revolution auf agrarischer Basis . . . für den Augenblick gefährlicher als eine sozialdemokratische". Er, dem der Dienst für seinen Kaiser eine Ehrenpflicht war, sah ernst und übertriebener vielleicht, als es nötig war, Gefahren für den Staat entstehen, „wenn unser Junker anfängt, seine Gesinnung von seinen Einnahmen abhängig zu machen, und wenn er zur Bedingung seines Royalismus macht, daß der Staat Unmögliches für ihn tun soll". Er hielt das beste des kleinen Adels, seine staatliche Gesinnung, für zerstört. Seine ganze wirtschaftliche Tätigkeit und Überzeugung fassen die Schlußworte zusammen: „lohnt es, dem Staate noch für diese Klasse Opfer zu bringen?"

Der Kaiser.

Es ist bereits gesagt, daß der Kaiser sich bis zu den Verhandlungen über den deutsch-russischen Handelsvertrag in seinen Äußerungen über die Handelsvertragspolitik des Reiches sehr zurückhielt. Immerhin läßt sich jedoch feststellen, daß er sie durchaus billigte und unterstützte. Er war 1891 „mit den Handelsverträgen . . .

[390]) Caprivi, 27. Februar 1894, 58. Sitzung, Sitzungsbericht, S. 1450.

[391]) Max Schneidewin, Briefe des toten Reichskanzlers von Caprivi, 1922, Deutsche Revue, Band 47, 2.

einverstanden".[392]) In seiner Rede zur Einweihung des Teltower Kreishauses am 18. Dezember fand diese Zustimmung auch öffentlich Ausdruck.[393]) Die Auszeichnung, mit der der Reichskanzler belohnt wurde, war mehr noch als ein Zeichen des Dankes der Beweis, daß der Kaiser die ganze Handelsvertragsidee und den Gedanken des mitteleuropäischen Zollbundes guthieß — zumal von Rußland noch nicht die Rede war.

Die Quellen bleiben versiegt bis 1894. Waldersee notierte allerdings im Dezember 1893, daß der Kaiser „nicht sehr für die Handelsverträge begeistert" sei und „ihre Ablehnung nicht weiter übelnehmen" würde.[394]) Wenn diese Stimmung tatsächlich bestand, so war es eine augenblickliche. Denn kaum einen Monat später sagte der Kaiser nach der gleichen Quelle schon wieder: „Ich habe keine Lust, wegen hundert dummer Junker, mit Rußland Krieg zu führen".[395]) Er verließ Caprivi auch nicht um den Preis der Rückkehr der Konservativen zur Regierung. Doch war es nicht allein die Abneigung gegen die Junker, die ihn für den Handelsvertrag eintreten ließ. Was Waldersee sagte, bestätigt Jagemann:[396]) der Kaiser sah sich persönlich verpflichtet, diesen Vertrag zustandezubringen, er glaubte wohl, daß „man in Rußland persönlich ihn dafür verantwortlich mache, wenn seine Hofleute und Offiziere im Reichstage nicht für den Vertrag stimmten". Der erwähnte Versuch, auf den Oberzeremonienmeister Kanitz und die dem Kaiser nahestehenden Männer einen Druck auszuüben, ist mehrfach belegt. Caprivi konnte am 27. Februar im Reichstage mitteilen, daß der Kaiser „mit der tiefen und festen Überzeugung von der Notwendigkeit und Heilsamkeit unserer Wirtschaftspolitik und insbesondere dieses Vertrages" hinter ihm stünde. Nur das letzte Zeichen dieser Teilnahme und ein Ausdruck der Freude über den endlichen Erfolg war das Telegramm an Alexander III. Der Kaiser scheint auch in der Folgezeit — nach Caprivis Rücktritt — zu dem eingeleiteten Wirtschaftssystem gehalten und die agrarische Opposition gegen die Regierung nicht vergessen zu haben. Graf Monts schrieb noch im März 1896 an Bülow, daß der Kaiser „dem Blödsinn des . . . Antrages Kanitz usw. durchaus feindlich gegenüber" stand.[397])

[392]) Hohenlohe, a. a. O. S. 483.
[393]) Europäischer Geschichtskalender 1891, S. 182.
[394]) Waldersee, a. a. O. S. 299.
[395]) Waldersee, a. a. O. S. 306.
[396]) Jagemann, a. a. O. S. 118 f.
[397]) Fürst von Bülow, Denkwürdigkeiten, Band 1, Berlin 1930, S. 37.

Quellenverzeichnis.

Ackermann-Salisch: „Der Siloismus und der Antrag Kanitz", Berlin 1895.

Altkemper, Joh.: „Die Landwirtschaft der Kreise Recklinghausen und Gelsenkirchen unter dem Einflusse der Industrie", Bonn 1905.

Bachem, Karl: „Vorgeschichte, Geschichte und Politik der der deutschen Zentrumspartei", 5. Band, Köln 1929.

Backhaus, A: „Agrarstatistische Untersuchungen über den preußischen Osten im Vergleich zum Westen", Berlin 1898.

Bartian, Adolf: „Der Friede auf dem Papier und der Friede eines tatsächlichen status quo", Berlin 1894. 2. Aufl.

Bauer, Erwin: „Caveat Populus", Leipzig 1892.

Beckmann, Fritz: „Der Bauer im Zeitalter des Kapitalismus", Schmollers Jahrbuch 1925.

Beseler, Otto u. Rümker, Kurt: „Über Züchtung unserer Getreidearten . . . und Ertragserhöhung des Getreidebaues", Berlin 1890.

Beumer, W.: „25 Jahre Tätigkeit des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen von Rheinland und Westfalen", Düsseldorf 1896.

Böhm, Otto: „Die Kornhäuser. Eine Studie über die Organisation des Getreideverkaufs . . .", Stuttgart 1898.

Borussen: „Ablehnen oder Annehmen?", Gotha 1891.

—, „Was für einen Kurs haben wir?", Gotha 1891.

—, „Die nächste Zukunft der deutschen Nation in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht", Gotha 1892.

Brecht, Th.,: „Gründet Bauernvereine!", Großbottwar 1892.

„Brotwucher und seine Bekämpfung", Berlin 1895.

Buchenberger, A.: „Grundzüge der deutschen Agrarpolitik", Berlin 1899. 2. Aufl.

Buerstenbinder und Guradze-Kotlischowitz: „Intensiv oder Extensiv?", Berlin 1891.

v. Bülow, Fürst: „Denkwürdigkeiten", Band I, Berlin 1930.

Demeaux, Louis: „Der deutschen Landwirtschaft Notlage", Osterwieck 1890.

„Denkschrift über die zur Förderung der Landwirtschaft in den letzten Jahren ergriffenen Maßnahmen", Berlin 1896.

„Die Große Politik", Band 7.

„Die Korporation der Kaufmannschaft von Berlin", Berlin 1920.

„Die Landwirtschaft in Bayern", Denkschrift, München 1890.

„Die Reden des Freiherrn von Stumm-Halberg", Band 3, Berlin 1905.

Drill, Robert: „Soll Deutschland seinen ganzen Getreidebedarf selbst produzieren?", Stuttgart 1895.

Engelheim, Franz: „Unsere landwirtschaftlichen Zustände", Stuttgart 1890.

v. Freyberg, Karl Freiherr: „Die landwirtschaftliche Verschuldungsfrage in Theorie und Praxis", München 1894.

Fuld, Ludwig: „Die Verstaatlichung des Grund und Bodens", Hamburg 1892.

Geis, Robert: „Der Sturz des Reichskanzlers Caprivi", Berlin 1930.
Geyer, Florian: „Gib uns Brot, Kaiser!", Berlin 1891.
Ghibellinus: „Kaiser, werde hart!", Weimar 1891.
Glantz, E.: „Für den Bund der Landwirte", Güstrow 1893.
Grabowski: „Der Kampf gegen die Kornzölle in England 1838—1846", Berlin 1891.
v. Graß-Klanin, Leo: „Die Assoziation des landwirtschaftlichen Angebotes", Danzig 1888.
—, „Die wirtschaftliche Bedeutung der Kornzölle und die Möglichkeit ihrer Herabsetzung", Berlin 1891.
—, „Kornhaus contra Kanitz", Berlin 1895.
Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Aufl., Band 6, „Landwirtschaftliche Vereine".
Hartmann, W.: „Kann Deutschland seinen Bedarf an Getreide selbst produzieren?", Leipzig 1894.
—, „Die neueren Kraftmaschinen und ihre Bedeutung in der Landwirtschaft", Dresden 1895.
Hoffmann, Immanuel: „Die Hoffnung der Getreidebörsen", Düsseldorf 1890.
Hofmann, Hermann: „Fürst Bismarck 1890—1898."
zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Fürst Chlodwig: „Denkwürdigkeiten", Band 2.
v. Jagemann, Eugen: „75 Jahre des Erlebens und Erfahrens", Heidelberg 1925.
zu Isenburg, Karl Fürst: „Die Notlage des Grundbesitzes und Vorschläge zu deren Beseitigung", Offenbach am Main 1895.
v. Juraschek, Franz: „Übersichten der Weltwirtschaft, Jahrgang 1890—1902", München 1905.
v. Kanitz-Podangen, Graf: „Die neuen Handelsverträge", Preuß. Holland 1894.
v. Kiesenwetter, Otto: „25 Jahre wirtschaftlichen Kampfes", Berlin 1918.
Klapper, Edmund: „An den deutschen Kaiser, Ein Wort über Bauernnot und Fürstenpflicht", Berlin 1895.
v. Langsdorff, K.: „Die Landwirtschaft im Königreich Sachsen", Dresden 1889.
de Leusse, Paul, Comte: „La Paix par l'Union Douanière Franco-Allemande", Straßburg 1888.
Lexis, W.: „Die Wirkung der Getreidezölle" (Georg Haussen-Festschrift), Tübingen 1889.
v. Lieres, Th.: „Seid einig deutsche Bauern, einig, einig", Breslau 1891.
Lotz, Walter: „Die Handelspolitik des Deutschen Reiches unter Graf Caprivi und Fürst Hohenlohe", Leipzig 1901.
Magnus-Matzdorf: „Zur Beseitigung der landwirtschaftlichen Not", Berlin 1890.
Mahraun, H.: „Der landwirtschaftliche Notstand, seine Gründe und seine Heilung", Berlin 1889.
Mancke, Walther: „Getreideversorgung und Großmachtstellung", Berlin 1899.
v. Marcard: „Die Ergebnisse der preußischen Landwirtschaft in den Jahren 1887 und 1888", Berlin 1890.
„Maßnahmen auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Verwaltung in Bayern 1890—1897", München 1897.

Mayer, Karl: „Die ländlichen Genossenschaften als Mittel zur Organisation des Bauernstandes", Leipzig 1891.
Meitzen: „Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des preußischen Staates, Bd. VIII, 1908.
v. Mendel-Steinfels, H.: „50 Jahre der Landwirtschaft der Provinz Sachsen", Berlin 1894.
Mercator: „Die Hoffnung der Landwirtschaft und des Handels in den östlichen Provinzen", Danzig 1890.
v. Miaskowski, August: „Agrarpolitische Zeit- und Streitfragen", Leipzig 1889.
Morre, Carl: „Die Arbeiterpartei und der Bauernstand", Graz 1893. 2. Aufl.
Müller, Ernst: „Die Bildung des Landwirts und der höhere landwirtschaftliche Unterricht in Preußen", Berlin 1891.
Oetken, Fr.: „Die Landwirtschaft in den Vereinigten Staaten von Nordamerika", Berlin 1893.
Penzler, Johannes: „Bismarck nach seiner Entlassung", Band I—V.
Philipp, Ferdinand: „Bismarckgespräche", Dresden 1928.
Platzmann-Saida, Albert: „Erörterungen über einige Fragen aus der Agrar- und Sozialpolitik des deutschen Reiches am Ausgange des 19. Jahrhunderts", Dresden 1892.
—, „Die Handels- und Verkehrspolitik des Reiches . . .", Dresden 1894.
Politische Briefe IV: „Die Not der Landwirte", Braunschweig 1894.
v. Proskowetz, Max Ritter: „Bericht über die Verhandlungen und Beschlüsse des internationalen land- und forstwirtschaftlichen Kongresses, Wien 1890", Wien 1890.
Putz, H.: „Radikale Mittel zur Beseitigung der gegenwärtigen Notlage der Landwirtschaft", Passau 1889.
Reichsarchiv: „Der Weltkrieg 1914—1918." Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft. I.
Riblinger, J.: „Radikalmittel zur Hebung des Notstandes der bayerischen Bauern", München 1895.
Rose, Albert: „Das ostpreußische Rittergut Müggen von 1860 bis 1902", Diss. Jena, Königsberg i. Pr. 1903.
v. Samson-Himmelsstjerna, H.: „Revanche oder Zolliga?", Freiburg i. Br. 1891.
—, „Zollkrieg und Weltfriede", Freiburg i. Br. 1894.
Schiff, Walter: „Zur Frage der Organisation des landwirtschaftlichen Kredits in Deutschland und Österreich", Leipzig 1892.
Schmidt, Peter Heinrich: „Die Schweiz und die europäische Handelspolitik", Zürich 1914.
Scholz, O.: „Offener Brief an den Bund der Landwirte", Dresden 1893.
Schütze, Paul: „Studien über die Entwicklung der Lohnverhältnisse ländlicher Arbeiter in Norddeutschland seit 1870", Diss., Königsberg 1914.
v. Schweinitz: „Briefwechsel", Berlin 1928.
—, „Denkwürdigkeiten", Berlin 1927.
Schwerin, Heinrich: „Ein Vorschlag zur Lösung der handelspolitischen Wirren", Berlin 1890.

Sering, Max: „Die innere Kolonisation im östlichen Deutschland", Leipzig 1893.
Siemssen, Gustav: „Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Verhältnisse dreier Rittergüter Mecklenburgs während des 19. Jahrhunderts", Diss., Halle 1903.
v. Skarzynski, Witold: „Die Agrarkrisis und die Mittel zu ihrer Abhilfe", Berlin 1894.
Stein, Adolf: „Wer wird siegen?", Berlin 1893.
Stillich, Oskar: „Die englische Agrarkrisis", Jena 1899.
v. Thielmann-Jakobsdorf, Freiherr: „Die Ära Caprivi-Heyden und die neue Wirtschaftspolitik", Breslau 1893.
Tholuk, H.: „Der Bund der Landwirte, seine Freunde und Feinde", Berlin 1893.
Tischert: „5 Jahre deutsche Handelspolitik", Leipzig 1898.
Vasters, Joseph: „Die Landwirtschaft in den Kreisen Erkelenz, Geilenkirchen und Jülich", Diss. Jena, Halle 1912.
Von einem alten Politiker: „Darf Caprivi bleiben?", Berlin (1892).
Vosberg-Rekow: „Das britische Weltreich und der deutsche Wettbewerb", Berlin 1898.
v. Waltershausen, A. Sartorius: „Die Entstehung der Weltwirtschaft", Jena 1931.
Waldersee: „Denkwürdigkeiten", Band 2.
Wermuth, Adolf: „Ein Beamtenleben", Berlin 1922.
Wilckens, Martin: „Nordamerikanische Landwirtschaft", Tübingen 1890.
Wohltmann, F.: „Landwirtschaftliche Reisestudien über Chikago und Nordamerika", Breslau 1894.
v. Wussow, Heinrich: „Die gegenwärtige Notlage der Landwirtschaft in Westpreußen und der Bund der Landwirte", Graudenz 1895.
Wuttke, Robert: „Der deutsch-österreichisch-ungarische Handelsvertrag", Leipzig 1902.
v. Zadow-Alt-Wuhrow: „Der alte und der neue Kurs", Berlin 1892.
Zakrzewski, C. A.: „Zur Schuldentlastung der landwirtschaftlichen Betriebe", Berlin 1895.
—, „Die Organisation des landwirtschaftlichen Kreditwesens", Berlin 1894.
Zoltowski, Adam Graf: „Ist es für den mitteleuropäischen Landwirt tunlich, angesichts der überseeischen Konkurrenz den Anbau von Halmfrüchten aufzugeben?", Diss., Leipzig 1889.
„Zur deutsch-russischen Zollkonferenz", Berlin 1893.

Zeitungen, Zeitschriften:

Fühlings landwirtschaftliche Zeitung: 1895.
Der Landwirt: 1891—1895.
Das Land: 1893.
Deutsche Landwirtschaftliche Presse: 1893.
Deutsches Wochenblatt: 1891, 1893, 1894.
Nationalzeitung: 1892.
Münchener Allgemeine Zeitung: 1890—1892.
Kreuzzeitung: 1890—1894.
Norddeutsche Allgemeine Zeitung: 1890, 1891, 1893.

Vossische Zeitung: 1890—1894.
Die Post: 1891.
Der Reichsbote: 1890, 1891, 1893, 1894.
Kölnische Zeitung: 1890—1894.
Berliner Volksblatt (Vorwärts): 1890, 1891.
Berliner Tageblatt: 1890—1893.
Frankfurter Zeitung: 1890.
Weserzeitung: 1890, 1891, 1894.
Deutsche Konsulatszeitung: 1891.
Bayerische Handelszeitung: 1891.
Die Neue Zeit: 1891—1893.
Schmollers Jahrbuch: 1885, 1891, 1926.
Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft: 1893, 1894.
Conrads Jahrbuch: 1890, 1891, 1893.
Zeitschrift des Königlich Preuß. Statistisch. Büros: 1894, 1898.
Statistik des Deutschen Reiches: 1898.
Sozialpolitisches Zentralblatt: 1894.
Die Nation: 1890—1892.
Journal für Landwirtschaft: 1893.
Preußische Jahrbücher: 1890, 1893, 1894.
Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik: 1892.
Grenzboten: 1893.
Deutsche Revue: 1922.
Menzel-Lengerkescher landwirtschaftl. Kalender: 1894, 1902.
Europäischer Geschichtskalender: 1891, 1894.

Versammlungsberichte:

Reichstagsverhandlungen: 1890—1894.
Nachrichten v. Deutschen Landwirtschaftsrat: 1892, 1894, 1897.
Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer: 1892, 1893.
Jahrbuch des Allgemeinen Verbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften: 1898.
Congreß Deutscher Landwirte: 1889, 1893.
Jahrbuch der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft: 1896.
Archiv des Deutschen Landwirtschaftsrates: 1891, 1893.
Berichte des Zentralverb. Deutscher Industrieller: 1892—1894.
Mitteilungen des Industriellen Klubs: 1893.
Stenographischer Bericht über die konstituierende Versammlung des Bundes der Landwirte: Berlin 1893.
Verhandlungen des 18. und 19. Deutschen Handelstages: 1894.
Jahresbericht der Handelskammer Dortmund für 1892.

Lebenslauf.

Am 18. Juli 1909 wurde ich in Berlin geboren. Seit Michaelis 1915 besuchte ich nacheinander die Vorschule der Oberrealschule zu Berlin-Steglitz, die Königliche Vorschule in Berlin, Kochstraße, und die Sexta und Quinta des Gymnasiums in Berlin-Steglitz. Im Oktober 1920 wurde ich in das Paulsen-Realgymnasium zu Berlin-Steglitz umgeschult, wo ich am 3. März 1928 das Zeugnis der Reife erhielt.

Seit dem Sommer-Semester 1928 war ich an der Universität Berlin immatrikuliert und studierte vorwiegend Geschichte und Biologie. Ich besuchte die Vorlesungen und Übungen der Herren Professoren Brackmann, Dessau, Diels, Franke, Hartmann, Hartung, Hochstätter, Kniep, Köhler, Lietzmann, Maier, Marcks, Meinecke, Norden, Oncken, Perels, Schmitt, Smend, Stählin, Weisbach, Wilcken und der Herren Doktoren Czaja, Elze, Stern. Allen Herren Dozenten danke ich für die mir gegebenen Belehrungen und Anregungen, ganz besonders Herrn Professor Dr. Hartung für die Förderung dieser Arbeit.

WILH. JÜRGENS, HANNOVER.